REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 436 · 16.3.2000

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 43 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Minen und Menschenrechte. Scherbenhaufen Kosovo - ein Jahr nach dem NATO-Krieg
2. Eskalation im KFOR-Land. Serbische und albanische Nationalisten setzen auf Konfrontation - Boris Kanzleiter
3. Der direkte Zugang zur Macht. Handlanger der Rüstungslobby - das Beispiel Ludwig-Holger Pfahls - Thomas Klein
4. Schleswig-Holstein bleibt meerumschlungen. Landtagswahlen - mb.
5. Schröder trotzt dem Bösen. Antifaschismus als Richtschnur rot-grüner Außenpolitik? - Js.
6. Schwarze und braune Kassen. Die Finanzjongleure der CDU und die extreme Rechte - Jean Cremet
7. Ein reinigendes Gewitter. Wie der CDU-Spendenskandal das Parteiensystem stabilisiert - Js.
8. Ring frei für die dritte Runde. Der Weg vom neuen Staatsbürgerschaftsrecht zur Verwaltungsvorschrift - Gabi Ohler
9. Die Karawane hält kurz inne. Karawane-Kongress vom 20.4. bis 1.5. in Jena
10. "Wir werden Neuland betreten." Interview mit Osaren Igbinoba zum Karawane-Kongress in Jena - Anke Schwarzer
11. Der "Österreich-Effekt" bleibt aus. Die extreme Rechte sucht vergeblich nach Strategie und Einigkeit - Jean Cremet
12. Es gilt das gesprochene Wort. Worte des Ex-Vorsitzenden Haider - eine Zitatensammlung
13. Das Feindbild. Russlands liberale Intellektuelle und die "kommunistische Gefahr" - Boris Kagarlitzki
14. Putin und kein Ende. Russland wählt und der Sieger steht schon fest - Kai Ehlers
15. "Eine ganze Bewegung wurde ausgelöscht." Interview mit Jaime Cedano vom kolumbianischen Linksbündnis UP
16. Die Nächte der langen Messer. Die rassistische Gewalt in El Ejido ist kein Einzelfall - Tom Kucharz
17. Raum für die Worte schaffen. Eine Neuerscheinung zum Politikverständnis der Zapatisten - Markus Wissen
18. Mit dem Frieden auf Kriegsfuß. Südphilippinen: Friedensverhandlungen trotz militärischer Konfrontation - Rainer Werning
19. Iran: Sieg der Reformer - Jan Keetman
20. Postkarten in Bewegung. Anti-Expo-Proteste nehmen konkrete Formen an - Peter Nowak
21. Wer darf die Nation verteidigen? Zur Debatte um Frauen in der Bundeswehr - sk, Berlin
22. Schon verjährt. Worüber man nicht spricht: Das Verbrechen NATO-Krieg - Vo
23. Der Kosovokrieg und seine Folgen. Seminar am 13./14. Mai in Hamburg - gw
24. Ohne Schattenökonomie geht nichts. Leben in Berlins armen Stadtteilem - Dario Azzellini
25. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus dem Untergrund der Lohnarbeit
26. Selbst-Ständig-Arbeiten. Neue/alte Selbstausbeutung und die Kampagnen der IG Metall und IG Medien - Martin Dieckmann
27. Flexi voll normal. Klassische Regelarbeitszeit wird immer mehr zur Ausnahme - dk
28. "Ein Wachstumsmarkt par excellence." Leiharbeit wird zur echten Börsenattraktion - dk
29. Fusionswelle auf dem Atommarkt. Siemens und Framatome bilden neuen Atomkonzern - Henrik Paulitz
30. Repolitisierung des Sofortausstiegs - Gruppe Anna-Liese, Marburg
31. Fußball unterm Hakenkreuz. 100 Jahre Fußball in Deutschland, Teil 2: 1933 bis 1945 - Dietrich Schulze-Marmeling
32. Verkürzter Antifaschismus. Politik mit der NS-Vergangenheit in der DDR und der BRD - Gerd Wiegel
33. Männer und Mensuren. Corpsbruder Wippermann und sein elitärer Männerbund - Felix Krebs
34. Martin Walsers "Bruder Hitler". Über den Missbrauch Thomas Manns für reaktionäre Zwecke - Detlef Hartmann
35. Rap statt Rancheras. Hybrider Sound aus Mexikos Metropolen zeigt neues Latino-Bewusstsein - Dario Azzellini

36. Kammerpop der Traurigkeit - Hz
37. Zwei Filme zum Holocaust: Einmal zum Lachen, einmal zum Weinen - Tim Gallwitz
38. KALENDER
39. LESERBRIEF
40. AUFGEBLÄTTERT
41. Solidarität ist die Parole der Stunde!
42. Anleitung im ArbeiterInnenkampf
43. Was will Putin?

1. Minen und Menschenrechte. Scherbenhaufen Kosovo - ein Jahr nach dem NATO-Krieg

Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/volker.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:volker

Kosovska Mitrovica ist zum Symbol dafür geworden, dass von Stabilisierung der Lage oder gar von Frieden im Kosovo nicht die Rede sein kann. Albanische und serbische Nationalisten heizen die Auseinandersetzungen in Kosovska Mitrovica bewusst an. Einen zentralen Aspekt im Interessenkalkül beider Seiten bildet dabei die Kontrolle über die wenige Kilometer von Mitrovica entfernt liegenden Minen von Trepca. Sie sind sowohl für die Kosovo-AlbanerInnen als auch für Serbien von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Opfer der Auseinandersetzungen ist einmal mehr die Zivilbevölkerung, die zum Spielball chauvinistischer Eliten bei deren Kampf um Macht und Einfluss wird.

Kosovska Mitrovica ist auch zum Symbol dafür geworden, dass NATO und KFOR ihr vorgebliches Ziel eines friedlichen multi-ethnischen Zusammenlebens im Kosovo nicht erreicht haben. Vielmehr haben sie mit ihrer Politik und Strategie dazu beigetragen, eben dies auf Dauer zu verhindern. Nicht allein, dass die von der NATO während ihres Bombenkrieges zehntausendfach auch über dem Kosovo abgeworfenen Streubomben bis heute als höchst gefährliche Landminen alle BewohnerInnen gefährden - auch sonst liegt das Kosovo in Scherben. Und so offenbart der Rückblick ein Jahr nach Beginn des NATO-Krieges gegen Jugoslawien die ganze Verlogenheit der offiziellen Kriegsrechtfertigungen. Die NATO hat während des Krieges Tausende von unschuldigen Menschen getötet. Eine Maxime aber, die besagt, dass Unschuldige - hier: serbische ZivilistInnen - getötet werden müssen, um Unschuldige - hier: kosovo-albanische ZivilistInnen - zu retten, zerstört sich offenkundig selbst. Essenz der Menschenrechte ist ihre Unteilbarkeit, ihre gleichmäßige Gültigkeit für alle Menschen. Die NATO-Bombardements waren keine Menschenrechtsarbeit, sondern Kriegsverbrechen. Doch auch wenn der Begriff "Kollateralschaden" zum Unwort des Jahres 1999 gekürt wurde, will die breite Öffentlichkeit den verbrecherischen Charakter des Krieges nicht zur Kenntnis nehmen. Eine große öffentliche Debatte über den Krieg, seine Folgen und die daraus zu ziehenden politischen Lehren findet nicht statt.

Misst man die NATO-Politik an den öffentlich erklärten Kriegszielen, so ist ein Scheitern auf der ganzen Linie festzustellen: Menschenrechte kaputt gebombt, multi-ethnisches Zusammenleben im Kosovo unmöglich gemacht, Stabilisierung und Frieden in der Region nicht in Sicht. Gleichwohl sprechen die NATO-Oberen von Sieg und Erfolg. Warum sie damit Recht haben - und dann wiederum auch nicht - erläutern wir auf Seite 17

Über die aktuelle Lage im Kosovo und die Hintergründe der Auseinandersetzungen in Kosovska Mitrovica berichten wir auf Seite 3

2. Eskalation im KFOR-Land. Serbische und albanische Nationalisten setzen auf Konfrontation

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:27

Der Frühling kommt und die Kriegsspirale auf dem südlichen Balkan dreht sich weiter. Gleich an mehreren Brennpunkten wird derzeit deutlich, dass mit der Stationierung der KFOR-Streitmacht im Kosovo im letzten Juli keineswegs eine Stabilisierung der Region zu erwarten ist. Ganz im Gegenteil: Das Wechselspiel aus Provokationen albanischer Nationalisten und Repression durch das Regime in Belgrad geht weiter. Die Interventionsmächte, in Form ihrer militärischen Institution KFOR und deren zivilem Arm Unmik, gießen dabei Benzin ins Feuer.

Die Entwicklungen der letzten Wochen lassen befürchten, dass aus dem "kalten Frieden" seit der Stationierung der KFOR wieder ein "heißer Krieg" werden könnte. Die Unruhen in der nordkosovarischen Stadt Kosovska Mitrovica machen deutlich, dass um den unklaren Status des Kosovo weiter gekämpft werden wird. Weitere Konflikte, die eng mit der Entwicklung im Kosovo verflochten sind, zeichnen sich um Montenegro, das "Ost-Kosovo" (der Grenzregion des südlichen Serbien zum Kosovo) und in Mazedonien ab. Und natürlich ist die Frage nach wie vor ungeklärt, ob und wie lange sich das Regime von Slobodan Milosevic in Belgrad noch halten kann. Sein Sturz könnte - ganz im Gegensatz zu den Erwartungen des "Westens" - zur weiteren Destabilisierung beitragen, da keinesfalls ausgeschlossen werden kann, dass das Nachfolgeregime nicht noch autoritärer und nationalistischer sein könnte.

Kosovska Mitrovica stellt momentan so etwas wie ein Brennglas dar, in dem die sich widersprechenden politischen Optionen für das Kosovo gebündelt aufeinander treffen. Tagelang gingen im Februar die Bilder von sich bekämpfenden albanischen und serbischen Nationalisten sowie "machtlosen" KFOR-Truppen, die von beiden Seiten attackiert wurden, um die Welt. Als Interpretationsmuster der Konflikte musste wie so oft der angeblich unvermeidbare "ethnische Hass" zwischen beiden Gruppen herhalten.

Dabei zeigt gerade der Konflikt in Kosovska Mitrovica, dass es die gezielten politischen Strategien der nationalistischen Kräfte sind, welche den Konflikt bewusst eskalieren. Der "ethnische Hass" wird von ihnen hergestellt und ist nicht die Ursache der Auseinandersetzungen.

Kosovska Mitrovica zählt etwa 100.000 Einwohner. Die Stadt ist in einen serbisch kontrollierten Norden und einen albanisch dominierten Süden gespalten. Die Grenze bilden der Ibar-Fluss und zwei Brücken, welche die Stadtteile verbinden. Nord-Mitrovica ist eine der letzten größeren Enklaven, in denen nach den Vertreibungen der letzten Monate noch Serben im Kosovo leben.

Die Stadt war nicht immer ethnisch geteilt. Während der Nato-Luftangriffe sind Tausende Albaner von serbischen Paramilitärs aus dem Nordteil vertrieben worden. Der Südteil ist von ihnen während des Kriegs zu großen Teilen zerstört worden. Nach Rückkehr der albanischen Flüchtlinge im letzten Sommer vertrieben albanische Nationalisten ihrerseits serbische Einwohner aus dem Südteil über die Brücke in den Norden. Dort sammelten sich auch viele serbische Flüchtlinge aus umliegenden Dörfern und Städten.

Jetzt fordern die aus dem Norden vertrieben Albaner die Rückkehr in ihre Wohnungen. Dies wird aber von serbischen Nationalisten gewalttätig verhindert. Gleichzeitig können Serben ebenfalls nicht in den Süden der Stadt zurückziehen, weil sie dort zum Opfer von Übergriffen werden können.

Doch die spektakulären Szenen an den umkämpften Brücken von Kosovska Mitrovica sind nur die Oberfläche der eigentlichen Konflikte um die Stadt. So paradox es klingt: Sowohl albanische als auch serbische Nationalisten haben ein Interesse an der Eskalation. Die Flüchtlinge beider Seiten stellen für sie nur billiges Kanonenfutter dar.

Einen zentralen Aspekt der Auseinandersetzungen in Kosovska Mitrovica bildet die Kontrolle des Minenkomplexes von Trepca. "Die Zukunft von Trepca schneidet ins Herz der Identität der Kosovaren. Sein großer Mineralreichtum ist die Basis der Ökonomie des Kosovo", stellt die International Crisis Group (ICG) in einem Dokument vom letzten November fest. (1) In den Minen von Trepca, die wenige Kilometer östlich von Mitrovica liegen, werden verschiedene Mineralien und Erze gefördert. 1996 exportierte der Minenkomplex,

dem eine Reihe von Veredelungs- und Verarbeitungsfirmen angegliedert sind, Produkte im Wert von 100 Millionen US-Dollar. 1998 sollen es nach Angaben des serbischen Trepca-Managers Novak Bijelic sogar 370 Millionen US-Dollar gewesen sein. (2) Auch wenn diese Zahlen übertrieben sein mögen, gibt es keinen Zweifel daran, dass Trepca die "größte Exportfirma in der Bundesrepublik Jugoslawien" ist, wie die ICG schreibt. Vor 1989 hat das Trepca-Kombinat über 20.000 Menschen beschäftigt und war damit der größte Arbeitgeber im Kosovo.

Brennglas Kosovska Mitrovica

Heute stellt Trepca einen Zankapfel von großer materieller und symbolischer Bedeutung dar. 1988/89 protestierte die mehrheitlich albanische Belegschaft gegen die neochauvinistische Politik der serbisch-nationalistischen Fraktion des Bund der Kommunisten Jugoslawiens, die mit Slobodan Milosevic in Belgrad an die Macht gelangt war. Mit Tito-Portraits und Jugoslawienfahnen zogen sie damals nach Pristina, um gegen die drohende Aufhebung des Autonomiestatutes des Kosovo zu protestieren. Nach einem Hungerstreik unter Tage im Februar 1989 wurde praktisch die gesamte albanische Belegschaft entlassen. Seitdem gilt die Auseinandersetzung um die Mine als Beginn der Eskalation im Kosovokonflikt.

Spiel mit gezinkten Karten

Unter der Kontrolle Belgrads wurde die Produktion in Trepca in den 90er Jahren wieder aufgenommen. Jetzt, nach dem Ende des Kriegs, sind die Eigentumsverhältnisse des Kombinats heftig umstritten. Belgrad argumentiert, dass Trepca in den letzten Jahren privatisiert wurde und nun eine Aktiengesellschaft sei. Die Aktien würden von den eng mit dem Regime verbundenen Banken Jugobanka, Beobanka sowie der Versicherungsgesellschaft Dunav gehalten. Die albanische Seite dagegen betrachtet den Trepca-Komplex noch immer als Staatseigentum, wie vor den Massenentlassungen 1988/89. Da sie für eine vollständige Unabhängigkeit des Kosovo eintritt, fielen jugoslawische Staatsbetriebe auf dem Territorium des Kosovo der neu zu gründenden Republika Kosova zu.

Für beide Seiten ist die Mine von zentraler wirtschaftlicher Bedeutung. Ein unabhängiges Kosovo ohne Trepca verfügte über eine deutlich schwächere ökonomische Basis. Ein von Embargo und Kriegszerstörungen heimgesuchtes "Restjugoslawien" ohne seinen größten Devisenbringer wäre ebenfalls weiter geschwächt.

Doch es geht in Mitrovica nicht nur um die Kontrolle von Trepca, sondern um den gesamten Status des Kosovo. Die albanische politische Elite, die sich aus unterschiedlichen Organisationen rekrutiert, welche teilweise heftig zerstritten sind, ist sich doch weitgehend über eines einig: Kosovo soll unabhängig werden. Diese Meinung teilt auch die überwältigende Mehrheit der albanischen Bevölkerung. Zumindest formal heißt es aber in der UN-Sicherheitsresolution 1244 vom 10. Juni 1999, dass die "territoriale Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien" nach dem Waffenstillstand gewährleistet werden soll. Statt an die Macht zu kommen, wurde die albanische politische Elite von KFOR und Unmik lediglich an der Macht beteiligt. Aus dieser "freundschaftlichen Umklammerung" durch KFOR/Unmik versucht sich ein Teil der kosovo-albanischen Staatsführung im Wartestand nun freizumachen. Das Programm ist dabei klar: Vertreibung der letzten Serben aus dem Kosovo und eine Machtverschiebung innerhalb der neu gegründeten Zivilverwaltung zu ihren Gunsten. Von daher ist es keinesfalls verwunderlich, dass sich die Zwischenfälle mehren, in denen albanische Gruppen mit der KFOR zusammenstoßen.

Bei diesen Auseinandersetzungen werden die legitimen Anliegen albanischer Menschen für die Eskalationspolitik missbraucht, denn selbstverständlich ist es ein untragbarer Zustand, dass Albaner aus Nord-Mitrovica auch fast ein Jahr nach ihrer Vertreibung nicht in ihre Wohnungen zurückkehren können. Dasselbe gilt für die Bergarbeiter, die vor zehn Jahren gefeuert wurden und bis heute keine Möglichkeit haben, an ihren Arbeitsplatz zurückzukehren.

Doch auch von Belgrader Seite aus wird der Konflikt in Mitrovica angeheizt. Einerseits wird Nord-Mitrovica zu einer serbisch-nationalistischen Trutzburg aufgebaut, um damit die Option auf eine immer wieder ins Spiel gebrachte Abtrennung des Nordkosovo vom Süden aufrechtzuerhalten. Nach diesen Plänen soll hier eine Art Republika Srpska nach bosnischer Bauart in klein entstehen. Der Norden Mitrovicas könnte das Zentrum einer solchen Entität eines parzellierten Kosovo bilden. Andererseits dient die von serbischen Nationalisten in Mitrovica gesuchte Konfrontation deutlich auch dazu, in Serbien selbst die "nationale Einheit" zu beschwören und das Regime wieder populärer zu machen. Denn alle relevanten politischen Parteien in Serbien, auch die

Opposition, sind keinesfalls bereit, einen Verlust Kosovos zu akzeptieren. Gleichzeitig kann damit bewiesen werden, dass KFOR/Unmik zu einer Pazifizierung des Kosovo nicht in der Lage sind. So versuchen serbische Nationalisten wie Oliver Ivanovic, Chef des selbsternannten Serbischen Nationalrates, der nicht anerkannten serbischen Parallelregierung im Nordkosovo, in eine bessere Verhandlungsposition mit KFOR/Unmik zu kommen.

Serbische Zivilisten, welche aus anderen Teilen des Kosovo nach Nord-Mitrovica geflohen sind, werden in dieser Strategie als Mobilisierungsmasse benutzt. Nach Auskunft von unabhängigen Beobachtern vor Ort halten sich in Nord-Mitrovica aber auch eine Reihe militanter Nationalisten aus der bosnisch-serbischen Republika Srpska und Serbien selbst auf, um die serbischen Nationalisten auch militärisch zu unterstützen.

Die Auseinandersetzung um Mitrovica folgt so der Logik des Krieges, die Jugoslawien seit zehn Jahren heimsucht. Nationalistische Eliten kämpfen um Macht und Einfluss, während die Zivilbevölkerung zu ihrem Spielball wird. Gerade in Kosovska Mitrovica ist dies besonders tragisch, weil hier noch vor zehn Jahren die albanischen Beschäftigten von Trepca ihren Kampf mit dem jugoslawischen Gedanken eines sozialistischen-föderalistischen Staates verbanden.

Während momentan kaum damit zu rechnen ist, dass in Kosovo und Serbien eine breitere antinationalistische Bewegung von unten entstehen könnte, bemüht sich KFOR/Unmik nach Kräften, dies auch von oben zu verhindern. Mit ihrer Politik im Kosovo haben sie Schritt für Schritt ihr selbstgesetztes Postulat des Aufbaus eines "multiethnischen Kosovo" als Teil von Jugoslawien konterkariert. Zuerst haben sie dem Treiben albanischer Nationalisten zugeschaut, die nach dem KFOR Einmarsch Serben, Roma und Juden vertrieben. Dann führten sie im September 1999 die DM als offizielles Zahlungsmittel ein und verletzten damit die Souveränitätsrechte Jugoslawiens. Im Herbst stimmten sie der Umwandlung der UÇ K in ein "Kosovohilfkorps" unter Führung ehemaliger UÇ K-Kommandeure wie Agim Ceku zu.

Eskalation en gros

Es ist offensichtlich, dass diese Schritte der Politik albanischer Nationalisten dienen, die auf eine Loslösung des Kosovo zielen. Wenn auch nachvollziehbar ist, warum viele Albaner im Kosovo die Unabhängigkeit von einem autoritären Staat wünschen, dessen Regierung sie seit über zehn Jahren rassistisch unterdrückt hat und dessen Antikriegsopposition keine politische Relevanz besitzt, ist andererseits ebenfalls offensichtlich, was eine Unabhängigkeit Kosovos bedeuten würde: Die Unabhängigkeitsbestrebungen in Montenegro würden einen deutlichen Auftrieb erhalten, was Belgrad zur militärischen Intervention nutzen würde. Ein unabhängiges Kosovo würde auch eine Autonomieerklärung der albanischen Minderheit im benachbarten Mazedonien wahrscheinlicher machen. Ein Auseinanderfallen Mazedoniens würde aber gewiss nicht friedlich verlaufen. Und auch in Ost-Kosovo würde der Konflikt weiter eskalieren: Dort haben in den letzten Wochen Kämpfer einer albanisch-nationalistischen Befreiungsarmee für Presevo, Medvedja, Bujanovac (UÇ PMB) bereits begonnen serbische Polizeikräfte zu überfallen. Die Repression gegen die etwa 100.000 dort lebenden Albaner wird nicht lange auf sich warten lassen.

Boris Kanzleiter

Anmerkungen:

1) Trepca: Making Sense of the Labyrinth, 26.11.1999. http://www.crisisweb.org/. Die International Crisis Group ist ein in Brüssel ansässiger brain-trust, der Politikberatung zum Balkankonflikt betreibt. Sie wird von verschiedenen westlich Regierungen und Stiftungen finanziert. Vorsitzender des Leitungsgremiums ist der ehemalige US-Senator George Mitchell.

2) Nach offiziellen serbischen Angaben in Serbia Today am 6.1.1997 und Angaben des Wall Street Journals vom 22.6.1998.

3. Der direkte Zugang zur Macht. Handlanger der Rüstungslobby - das Beispiel Ludwig-Holger Pfahls

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Rüstungsexport; CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:24

Der Name Ludwig-Holger Pfahls ging in der sich mittlerweile schon Monate hinziehenden CDU-Schwarz- und Schmiergeld-Affäre weitgehend unter. Dabei ist dieser Mann ein Paradebeispiel für den Einfluss, den Fürsprecher und Manager großer Unternehmen in diesem Land ausüben. An seiner Person lässt sich aufzeigen, wie eine einflussreiche Rüstungslobby bei heiklen Rüstungsaufträgen und Waffengeschäften die Fäden in der Hand hielt, und dass in der Vergangenheit das Zustandekommen bestimmter politischer Entscheidungen mit so genannter demokratischen Willensbildung nichts, aber auch rein gar nichts zu tun hatte.

Ludwig-Holger Pfahls ist ein Ziehsohn des ehemaligen CSU-Vorsitzenden und langjährigen bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß. Er war dessen Büroleiter und Teil des berüchtigten, aber höchst effizient arbeitenden CSU-Amigo-Systems. Stationen seiner Karriere: Daimler-Manager, Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Präsident des Verfassungsschutzes. Heute auf der Flucht vor staatsanwaltlichen Ermittlungen, irgendwo in Singapur oder Indonesien "untergetaucht".

Es lohnt sich in diesem Zusammenhang nochmals den Blick auf die Geschichte eines Milliarden von Mark verschlingenden Rüstungsprojekts - des Eurofighter 2000 (vormals Jäger 90 genannt) - zu richten. Dabei wird klar, welche Rolle etwa Daimler-Benz oder Staatssekretäre wie Erich Riedl und Ludwig-Holger Pfahls bei Rüstungsgeschäften spielen.

Pfahls und seine Freunde

In den siebziger Jahren waren es nur erste Überlegungen: Welcher Jagdbomber sollte den Tornado- und Phantom-Flugzeugen folgen. Der heute sich deutsch-national gebärende Alfred Mechtersheimer, ehemals CSU-Mitglied und nach seinem Krach mit der Parteispitze (wegen seiner Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses) in den achtziger Jahren zeitweilig Mitglied der Grünen, schrieb 1977, in seiner Eigenschaft als Oberstleutnant der Reserve: "Spätestens dann, wenn die ersten MRCA-Tornados in Dienst gestellt werden, muss über einen Phantom-Nachfolger für die Jagdgeschwader nachgedacht werden". Nachgedacht, oder besser gesagt, unter Nutzung staatlicher Finanzierung erste Studien vorangetrieben haben dann die Rüstungsfirmen MBB und Dornier, heute eingegliedert in der DASA, der DaimlerChrysler Aerospace.

Anfang 1981 entschied allerdings der damalige SPD-Verteidigungsminister Hans Apel, das Projekt eines "neuen taktischen Kampfflugzeuges" vorläufig auf Eis zu legen. Der Grund war der steigenden Geldbedarf für die Anschaffung neuer Tornados, des bis dahin teuersten Rüstungsprojekts "seit Christi Geburt" (Helmut Schmidt). Eine Denk- und Ausgabenpause sei nötig, so Apel. Wie es weiterging bringt Otfried Nassauer, Leiter des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit (BITS), so auf den Punkt: "Die sozialliberale Koalition überlebte die Denkpause nicht. Mit der Regierungsübernahme durch die CDU/CSU wurden drängende Stimmen aus der Industrie lauter, das Vorhaben energisch voranzutreiben. Die neue Regierung hatte mit Verteidigungsminister Manfred Wörner nicht nur einen flugzeugvernarrten Reserve-Kampfpiloten an die Spitze der Hardthöhe, sondern mit den Staatssekretären Riedl (Wirtschaft und Koordination der Luft- und Raumfahrt), Voss (Finanzen) und Pfahls (Verteidigung) eine ganze Reihe bayerischer Amigos in verantwortliche Positionen gebracht". Das sollte sich für die Rüstungsindustrie auszahlen.

Wann immer das Projekt ins Straucheln geriet, gab es ein Trommelfeuer an scheinbar "guten" Argumenten, die sich für dessen Fortsetzung aussprachen. Dabei zeigte schon der Übergang von der Konzept- zur Entwicklungsphase, dass die involvierten Firmen des Kooperationsprojekts, an dem Italien, Spanien, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sind, de facto die Entmachtung der "demokratisch gewählten Entscheidungsträger" betrieben. Unmittelbar vor der Internationalen Luftwaffenausstellung in Hannover, im Juni 1986, wurde in München die Eurofighter Jagdflugzeug GmbH als Generalunternehmen für das Flugzeug aus der Taufe gehoben. Im September des selben Jahres endete mit der Unterzeichnung der "Militärisch-Technischen Zielsetzung" die Konzeptphase. Das war, so Otfried

Nassauer, nichts anderes als ein deutliches Zeichen, "dass die Industrie sich des Vorhabens schon sicher war (...) und die nationalen Parlamente faktisch von der Entscheidung ausgeschlossen" wurden.

Danach blieb es einige Jahre ruhig um den Jäger 90. Bis Volker Rühe als Verteidigungsminister im Kabinett Kohl die große politische Bühne betrat. Mit seinem gewohnt markigen Auftreten hatte Rühe als Chef der Hardthöhe einen spektakulären Start. Er verkündete 1992 in deutlichen Worten: "Der Jäger 90 passt nicht mehr in unsere Zeit. In einer Demokratie kann man langfristig nur durchsetzen, was man gut begründen kann. Der Jäger 90 ist tot." Dass dieses vor dem Hintergrund der Kalten Krieges konzipierte Jagdflugzeug nicht mehr gebraucht werde und außerdem viel zu teuer sei, war nicht nur in einer breiten Mehrheit der Bevölkerung, sondern bis hinein in die Regierungsparteien zu diesem Zeitpunkt unstrittig. Der FDP-Verteidigungsexperte im Bundestag, Olaf Feldmann, stimmte Rühe zu: "Die Produktion des Jagdflugzeuges ist aus heutiger Sicht so sinnlos wie ein Kropf." Und noch im November 1992 erklärte Hans-Dieter Wichter, Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums, der "in den achtziger Jahren vor dem Hintergrund des Kalten Krieges geplante Jäger 90 wird nicht kommen". Gegenteilige Darstellungen spiegelten nur "ein Wunschdenken bestimmter interessierter Kreise wider, die noch glauben, den Jäger 90 retten zu können".

Wer nicht spurt, wird demontiert

"Bestimmte interessierte Kreise" ließen es nicht beim Wunschdenken: Der damalige Daimler-Benz-Vorstandsvorsitzende Jürgen Schrempp, inzwischen an der Spitze des "Global-Player" DaimlerChrysler, drohte, sofort nachdem Rühe vermeintlich die Notbremse gezogen hatte, "mit der Schließung kompletter Werke". Ex-DASA Vorstandsmitglied Hartmut Mehdorn überhäufte den neuen Verteidigungsminister mit Vorwürfen, die seine Kompetenz in Frage stellen sollten. Gleichzeitig fielen die CSU-Staatssekretäre Riedl und Pfahls dem neuen Mann an der Spitze des Verteidigungsministeriums öffentlich in den Rücken: Für Erich Riedl war Rühes Kompetenz bei Rüstungsfragen, so seine Kritik im Einklang mit der Industrie, offensichtlich nicht gegeben. Rühe, so der emsige Rüstungslobbyist, schätze die Sicherheitslage falsch ein und stelle dadurch "das gesamte System der Bundeswehr" in Frage. Während die Rüstungs- und Politlobby sämtliche Register der "Mobilmachung" gegen Rühe zog, reichte unterdessen Daimler Benz für die unverändert fortgeführte Jäger 90-Entwicklung deftige Rechnungen ein. Dazu der Kritische Aktionär und Friedensaktivist Jürgen Grässlin: "Diese Rechnungen sprengten jeglichen Rahmen, welche Regierung sowie Parlament zuvor gesetzt hatten. Mit der formalen Begründung, noch seien ‚keine verbindlichen Verträge ausgehandelt worden`, kassierte der Konzern weitere Millionen ab."

Rühes markigen Worten folgte ein windelweicher Kompromiss: Nachdem der Minister erfahren hatte, dass gegen die Interessen von Daimler Benz und einem einflussreichen militärisch-industriellen Komplex offensichtlich kaum etwas durchzusetzen ist, versuchte er, wenigstens einen kleinen Erfolg herauszuholen. Eine abgespeckte "Jäger light", sprich Eurofighter 2000-Version sollte, so die Vorgabe von Rühe, pro Stück nicht mehr als 90 Millionen Mark kosten. Andernfalls könne die Industrie nicht mit einem Auftrag des Bundes rechnen. Doch selbst damit hatte Volker Rühe den Mund zu voll genommen. Am Ende einer traurigen "Schmierenkomödie" einigigte sich der gar nicht mehr forsche Verteidigungsminister mit der DASA auf einen Preis pro Jagdflugzeug, der bei 125 Millionen liegen soll. Fast überflüssig zu erwähnen, dass nach Ansicht von Experten die nicht aufgeführten "Nebenkosten" zu einem Endpreis führen werden, der auf jeden Fall bei über 150 Millionen Mark pro Flugzeug liegen wird.

Im November 1997 stimmte die CDU/CSU/FDP-Regierungskoalition, allen zuvor von vielen Parlamentariern gewonnenen Erkenntnisse zum Trotz, für die Anschaffung des Eurofighters. Ein Beschluss, der in den nächsten Jahren Mittel des Bundes in einer Höhe von über 30 Milliarden Mark binden wird. Der Generalsekretär von Pax Christi, Joachim Garstecki, hatte zuvor in einem offenen Brief Helmut Kohl darum gebeten, zur Finanzierung des Milliardenprojekts Stellung zu nehmen: "Die Gelder, die das Verteidigungsministerium für Forschung, Entwicklung, Betrieb, Wartung etc. ausgeben muss", so Garstecki auch im Namen zahlreicher Organisationen der Kampagne gegen das Rüstungsprojekt, "werden objektiv gesehen anderen Bereichen geraubt. Das rasante Anwachsen der Kosten von Sozialhilfebedürftigkeit, Wohnungsbeschaffung, Verarmung und die Belastungen der Betroffenen ist Teil des Gesamtproblems, an dessen skandalösen anderem Ende Milliardenausgaben für ein neues Jagdflugzeug stehen. Ich bitte Sie deshalb, mich darüber zu informieren, aus welchen Bereichen Ihrer Meinung nach diese Mittel per Saldo eingenommen werden sollen". Selbstverständlich hatte Helmut Kohl besseres zu tun, als auf derartige Fragen zu antworten . Was das im einzelnen so war, ist augenblicklich, zu Kohls Überraschung und der des im

Waffenhandel so umtriebig tätigen Kaufmanns und CSU-Mitglieds Karlheinz Schreiber, Gegenstand staatsanwaltlicher Ermittlungen.

Erkenntnisgewinn - aber kein Happy End

Immerhin kamen vom ehemaligen britischen Verteidigungsminister Allan Clark ein paar erfrischende, wenn auch letztlich niederschmetternde Worte: Beim Eurofighter handele es sich, so Clark, um "kein effektives Waffensystem", das außerdem zu Zeiten des Kalten Krieges erdacht und "dessen Bedarf von den Ereignissen überholt wurde. EFA (Kürzel für den Eurofighter, Anm. ak) wird uns als Arbeitsbeschaffungsprogramm präsentiert - ich habe immer etwas Sympathie für keynesianische Ethik", allerdings sollten "weniger ausgefallene Wege gefunden werden, um Leute für löchrige Eimer zu bezahlen. Wir brauchen diese Flugzeuge nicht, und sie sind völlig überflüssig."

Eine Position, die der Ex-Daimler-Manager und ehemalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Ludwig-Holger Pfahls so nie teilte. Und mit ihm war eine einflussreiche Rüstungslobby ebenfalls anderer Meinung. Verschiedene Rüstungsfirmen haben sich für diese "Haltung" immer wieder erkenntlich gezeigt.

Am Ende bleibt nur die schlichte Frage: Wo ist Ludwig-Holger Pfahls? Vielleicht weiß ja der Verfassungsschutz, wo sein ehemaliger Präsident "abgetaucht" ist - für Daimler arbeitet er jedenfalls nicht mehr, und seine CSU-Freunde sind sicher auch nicht mehr scharf darauf, ihn wiederzusehen. Zwar stellt sich bei dieser Geschichte so mancher "Erkenntnisgewinn" ein - das "Happy End" muss aber leider entfallen.

Thomas Klein

4. Schleswig-Holstein bleibt meerumschlungen. Landtagswahlen

Autor: mb. · Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:48

Die Wahl am 27. Februar in Schleswig-Holstein hinterließ wieder einmal (fast) nur Sieger. Gesiegt haben die SPD und Ministerpräsidentin Heide Simonis, gesiegt haben aber auch - trotz Verlusten - die CDU und die Grünen und gesiegt haben natürlich die FDP und die Partei der dänischen Minderheit, der Südschleswigsche Wählerverband (SSW). Vor allen anderen aber siegte die "Demokratie", wie sich alle Politiker und Kommentatoren zu erklären beeilten. Verloren hat nur eine Partei. Die PDS konnte noch nicht einmal ihr Ergebnis der Bundestagswahl 1998 halten.

Die Krise der Demokratie hat nicht stattgefunden", so Christian Semler in der taz vom 29.2. Die seit Wochen diskutierte Frage, ob die CDU ein ähnliches Schicksal erleiden wird wie die italienische DC, scheint beantwortet. Der Einbruch in der WählerInnengunst blieb für die Union zwischen Nord- und Ostsee aus. Schwankten in der Woche vor dem schleswig-holsteinischen Urnengang die Umfrageergebnisse für die CDU zwischen 33 und 37 Prozent, zeigte sich am Wahlabend, dass die konservativen WählerInnen - genauer: die Wähler, denn sie haben deutlich häufiger für die Union gestimmt als Frauen - weiterhin zu ihrer Partei stehen.

Das Ergebnis der Landtagswahl in Schleswig-Holstein scheint darüber hinaus auch alle Vorhersagen widerlegt zu haben, die Finanz- und Korruptionsaffäre der CDU würde zu einer weit reichenden Destabilisierung des politischen Systems führen. Weder war ein bemerkenswerter Einbruch bei der Wahlbeteiligung festzustellen, noch zeigte das Wahlergebnis eine Verschiebung zwischen den politischen Lagern. Zu Verschiebungen kam es allerdings innerhalb der beiden Lager. So gewann die SPD zwar Stimmen von allen Parteien hinzu, am meisten jedoch von den Grünen. Auf der anderen Seite entsprachen die Verluste der Union den Zugewinnen der FDP. Gegenüber den letzten Landtagswahlen 1996 stimmten rund 1.800 WählerInnen mehr für SPD und Grüne.

Scheinbar also alles im Lot. Auf den ersten Blick überrascht das Ergebnis der Wahl und erscheint gleichzeitig doch auch als Ausdruck gefestigter politisch-parlamentarischer Verhältnisse. Ob das Ergebnis der schleswig-holsteinischen Landtagswahl wirklich mit einer unerschütterlichen Stabilität des Parteiensystems gleichgesetzt werden kann, ist allerdings fraglich. Noch im Oktober erschien Rühe als sicherer Sieger, während die SPD nur noch vage Hoffnungen hatte, die Wahl gewinnen zu können. Strategisch richtete sie sich schon auf die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai aus. Innerhalb weniger Wochen hat sich das Bild unter dem Eindruck der CDU-Affäre geändert. Am Ende wurde Heide Simonis als Ministerpräsidentin wieder gewählt. Dennoch, die Wahlforschung kommt zu dem Ergebnis: "Die CDU-Parteispendenaffäre hat zwar das öffentliche Bild der Parteien und die Grundstimmung stark verändert, bei der Stimmabgabe spielte sie jedoch nicht die zentrale Rolle." (FR, 29.02) Lediglich 13 Prozent der WählerInnen hätten auf Grund des CDU-Spendenskandal ihre Wahlentscheidung getroffen, für 59 Prozent stand die Landespolitik im Vordergrund.

Dieser Widerspruch lässt sich wohl nur damit erklären, dass momentan die Folgen des Skandals weder für die WählerInnen noch für die Parteien richtig einzuschätzen sind. Insofern sind alle positiven Verlautbarungen aus den Reihen von SPD, CDU, FDP und Grünen erstmal nur Makulatur. Weder kann von einer Trendwende für die SPD vor dem Hintergrund einer sich stabilisierenden rot-grünen Regierungsarbeit in Berlin gesprochen werden noch von einem Ende der politischen Talfahrt der Grünen bei Wahlen. Das Ergebnis der Grünen setzt die Negativserie bei Landtagswahlen fort. Ohne das in Schleswig-Holstein erstmals mögliche Stimmensplitting zwischen 1. und 2. Stimme hätten die Grünen den Wiedereinzug ins Kieler Parlament vermutlich nicht geschafft.

Der Versuch, durch das Profil als linksliberale Partei Zugewinne in der "politischen Mitte" zu erzielen, die die Verluste am linken Rand mehr als kompensieren würden, scheint durch diese Wahlen konterkariert. Stattdessen war der Wahlausgang eine Wiederbelebung für die FDP. Ihr Erfolg kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie - ebenso wie die Grünen von der SPD abhängig sind - am Tropf der Union hängt. Die FDP profitierte bei diesen Wahlen davon, dass die CDU ihr Potenzial nicht ausschöpfen konnte und enttäuschte CDU-WählerInnen ihr die Stimme gaben.

Profitiert vom geänderten Wahlrecht in Schleswig-Holstein und seiner Kandidatur im gesamten Land hat auch der sozialdemokratisch ausgerichtete SSW, der weit über 20.000 WählerInnen hinzugewinnen konnte. Es ist reine Spekulation, ob der Erfolg des SSW zu Lasten der PDS ausfiel. Die PDS, die zum ersten Mal zur Landtagswahl angetreten war, ist der eindeutige Verlierer. Nicht einmal das Ergebnis der Bundestagswahl von 1,5 Prozent konnte sie halten. Der im Vorfeld der Wahlen verbreitete Optimismus wurde danach durch das geschäftsmäßige Beschwören der widrigen Umstände ersetzt. Die organisatorischen Schwächen und die - wenn überhaupt - nur lokale politische Verankerung der PDS überall im Westen galten allerdings bei dieser Wahl wie auch bei allen Wahlen davor und werden auf absehbare Zeit auch für alle weiteren Wahlen danach gelten. Ob unter diesen Voraussetzungen eine Wahlkandidatur in den westlichen Bundesländern sinnvoll ist, sollte die PDS ernsthaft bedenken.

Die NPD konnte nicht an die Erfolge der nicht mehr kandidierenden DVU anknüpfen, die 1992 den Einzug in den Landtag schaffte und vier Jahre später nur knapp scheiterte. Das Abschneiden der NPD sollte aber nicht so verstanden werden, als sei ein Erfolg für Rechtsradikale in absehbarer Zeit nicht möglich. Auch wenn das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein als Ausdruck stabiler politischer Verhältnisse erscheint, zeigt es gleichzeitig, wie "Stimmungen" in wenigen Monaten kippen können.

mb.

Wahlergebnisse in Schleswig-Holstein

(absolute Stimmen/Prozent)

Landtagswahl 2000, Europawahl 1999, Bundestagswahl 1998, Landtagswahl 1996

Wahlbeteiligung, 1.484.128 (69,5) , 827.878 (38,7) , 1.760.598 (82,4) , 1.516.309 (71,8)

SPD 630.237 (43,1) , 289.850 (35,3) , 788.907 (45,4) , 597.751 (39,8)

CDU 515.205 (35,2) , 414.097 (50,5) , 620.516 (35,7) , 559.107 (37,2)

Grüne 91.211 (6,2) , 50.229 (6,1) , 112.287 (6,5) , 121.939 (8,1)

FDP 111.544 (7,6) , 25.757 (3,1) , 131.611 (7,6) , 86.227 (5,7)

SSW 60.286 (4,1) , -, -, 38.285 (2,5)

PDS 20.067 (1,4) , 11.594 (1,4) , 25.470 (1,5) , -

NPD 15.106 (1,0) , 2.549 (0,3) , 2.870 (0,2) , -

DVU -, -, 21.913 (1,3) , 64.335 (4,3)

5. Schröder trotzt dem Bösen. Antifaschismus als Richtschnur rot-grüner Außenpolitik?

Autor: Js. · Rubrik: SPD; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:10

Die leidgeprüften AnhängerInnen der rot-grünen Koalition durften aufatmen: Endlich gab es mal ein Thema, bei dem "ihre" Regierung Flagge zeigen und sich von den bürgerlichen Oppositionsparteien deutlich links absetzen kann! Die Regierungsbeteiligung der FPÖ sei eine Gefahr für Europa, befanden der Kanzler und sein Außenminister - während CDU und CSU umgehend für die neue österreichische Regierung Partei ergriffen. Namentlich CSU-Chef Stoiber, chancenreicher Bewerber um das Amt des Kanzlerkandidaten der Union, reiste eigens zur aktuellen Stunde des Bundestages an, um die "anti-österreichische" Politik der EU und der Bundesregierung zu geißeln.

So hatten es Schröders Berater vorausgesehen und erhofft, und der Beifall nicht nur der eigenen Klientel gab ihnen recht. Zwar können sich nach einer Forsa-Umfrage 32 Prozent der Deutschen vorstellen, eine "Haider-Partei" zu wählen, aber die Mehrheit hält Haider (noch) für gefährlich.

Weil der rot-grüne "Antifaschismus" offensichtlich Sympathien bringt, dabei aber nichts kostet und zu nichts verpflichtet - ein Boykott Österreichs steht nicht zur Debatte - setzte Schröder noch eins drauf und blickte mit sorgenvoller Miene nach Italien. Im Interview mit der Zeit (17.2.) antwortete er auf die Frage, ob die "Wertegemeinschaft" EU sich auch in Italien einzumischen gedenke: "Sie müsste es, säßen dort wieder Neofaschisten am Regierungstisch." Das würde - wenn es denn ernst gemeint und durchsetzbar sein sollte - einen deutlichen Schwenk der EU bedeuten: 1994, als Ministerpräsident Berlusconi fünf Neofaschisten zu Ministern machte, verfolgte man in den europäischen Gremien strikt die Politik der "Nichteinmischung", die Schröder nun als unverträglich mit dem europäischen "Wertekanon" brandmarkt.

Nachdem der Corriere della Sera Auszüge aus dem Schröder-Interview dokumentiert hatte, war in der italienischen Öffentlichkeit die Empörung groß - zum einen wegen der ungebetenen "Einmischung", zum anderen wegen der "falschen" Anschuldigung, Alleanza Nazionale (AN) sei eine neofaschistische Partei. Nicht nur Staatspräsident Ciampi, auch das linksdemokratische Führungsduo Veltroni und D'Alema reagierte mit einem Dementi: Alle italienischen Parteien, auch AN, seien demokratisch. Völlig außer sich geriet Oppositionsführer Berlusconi; er verlangte eine sofortige Intervention von Außenminister Dini, der sich gerade in Ägypten aufhielt. Bei so viel Beistand von Konkurrenten und politischen Gegnern konnte AN-Sekretär Fini gelassen bleiben: Schröder habe sich völlig blamiert; in Berlin sei man über Alleanza Nazionale wohl "schlecht informiert".

Ganz so schlecht denn wohl doch nicht: Die AN-Funktionäre schulen sich nach wie vor an den Schriften der faschistischen und nationalistischen Klassiker sowie der französischen Nouvelle Droite (Mussolini, Gentile, Evola, Rocco, D'Annunzio, Schmitt, Jünger, de Benoist - um nur einige Lehrmeister der angeblich geläuterten "Postfaschisten" zu nennen). Auch der wendige Gianfranco Fini, Zögling des Altfaschisten Giorgio Almirante, hat sein Lob Mussolinis ("größter Staatsmann des 20. Jahrhunderts") nie zurückgenommen; dass er bei anhaltendem Misserfolg durch einen weniger "moderaten" Anführer ersetzt würde, ist ziemlich wahrscheinlich - Finis Kurs der Anbiederung, sein Bekenntnis zur Demokratie, ja sogar zum Antifaschismus als einem wichtigen (wenn auch abgeschlossenen) "Zwischenschritt", lassen etliche AN-Mitglieder und -Funktionäre hoffen, er werde früher oder später "auf seiner eigenen Schleimspur ausrutschen".

Schröder verharmlost die rechte Gefahr

Was Schröders undiplomatische Intervention unglaubwürdig macht, ist die dahinter sichtbare selektive Wahrnehmung. Denn wenn die italienischen Rechten im nächsten Jahr die Wahl gegen die amtierende "Mitte-Links"-Koalition gewinnen sollten, dann muss nicht zwangsläufig Alleanza Nazionale die größte Gefahr für die Demokratie darstellen. Derzeit kann vielmehr Silvio Berlusconi als der schlimmste Hetzer gelten: Er entdeckte selbst in dem Blair-Imitator Walter Veltroni, dem Sekretär der Linksdemokraten (DS), einen verkappten Stalinisten, wie er überhaupt immer und überall kommunistische Wühlarbeit auszumachen meint. Meistens geht es dabei um staatsanwaltliche Ermittlungen gegen ihn selbst oder um das kürzlich beschlossene Gesetz zur Eindämmung politischer Werbespots, denen seine Retortenpartei Forza Italia 1994

ihren kometenhaften Aufstieg zu verdanken hatte. Dieses Gesetz würde eine rechte Mehrheit umgehend rückgängig zu machen versuchen. Ebenso würde sie, wenn möglich, alle weiteren Hindernisse aus dem Weg räumen, die der Entfaltung von Berlusconis Medienmacht entgegen stehen.

Als Dritter im Bunde der starken Männer der Rechten darf Umberto Bossi nicht vergessen werden. Der Anführer der Lega Nord hielt sich in dem auch in Italien vehement geführten Streit um die österreichische Rechtsregierung auffallend zurück - aber nur, um das anlässlich der bevorstehenden Regionalwahlen wiederbelebte Bündnis mit Berlusconi nicht zu belasten und um Spuren zu verwischen: Erst im vergangenen Oktober war Haider auf einer Kundgebung der Lega Nord in Vicenza aufgetreten, um seine Glück- und Segenswünsche an "Padanien ", die imaginäre "unabhängige Republik" der italienischen Nordregionen, und an deren Führer Umberto Bossi zu überbringen.

Bossi steht Haider in nichts nach, was hemmungslose Hetze gegen Flüchtlinge und Einwanderer angeht. Das wird aber in der europäischen "Wertegemeinschaft" längst als "normal" und "demokratisch" akzeptiert und ist für einen sozialdemokratischen Regierungschef kein Grund zur Aufregung - man ist sich in der Sache einig, bevorzugt nur eine weniger rabiate Ausdrucksweise als die Rechtspopulisten Stoiber, Haider und Bossi. Schröders (und Fischers) "Antifaschismus" war schon im Zusammenhang mit dem Krieg gegen Jugoslawien leicht zu durchschauen. Seine Warnung vor nur einer von mehreren "rechten Gefahren" in Italien ist unglaubwürdig und schadet mehr als sie nützt, weil sie von den meisten Italienerinnen und Italienern als neueste deutsche Schulmeisterei empfunden wird.

Js.

6. Schwarze und braune Kassen. Die Finanzjongleure der CDU und die extreme Rechte

Autor: Jean Cremet · Rubrik: CDU/CSU; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:18

Bei allem Dilettantismus, der bei den Parteien und Grüppchen der extremen Rechten vorherrscht, gibt es dort doch auch wichtige Kontakte zur Welt der politischen Profis. Der frühere hessische CDU-Landtagsabgeordnete und RCDS-Landesvorsitzende Heinz Hofsommer, einst als Mitbegründer der "Offensive für Deutschland" enger Vertrauter von Kappel, hatte den BFB im Mai 1999 wieder verlassen. Nachdem er zunächst im Oktober 1998 noch an einem Geheimtreffen von Spitzenkadern der extremen Rechten in Würzburg teilgenommen hatte, verwarf er diese Option bald und rief den "Kirchheimer Kreis" ins Leben, der die alten Träume von einer "Vierten Partei" als bundesweiter CSU wieder aufgreift.

Als Mentor dieser Pläne gilt der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Wilfried Böhm (Melsungen), der vom Verein für das Deutschtum im Ausland bis zur Deutschlandstiftung an fast allen Gruppierungen des Stahlhelmflügels und der Braunzone zwischen der Union und der extremen Rechten beteiligt war. Heute ist Böhm regelmäßiger Mitarbeiter des Ostpreußenblattes, in dem auch Kappel selbst ("getarnt" durch den Namensdreher "R. Leppak") seine Vereinigungspläne positiv kommentieren darf (45/99).

Von einem anderen prominenten Unterstützer seiner Pläne mag Hofsommer jedoch nichts mehr wissen. Noch bei der Aschermittwochsveranstaltung des BFB im Februar 1998 im osthessischen Oberjossa war Casimir Johannes Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Berlebsch, langjähriger Schatzmeister der hessischen CDU und heute als zentrale Person des dortigen Parteispendenskandals in aller Munde, unter tosendem Applaus als Ehrengast begrüßt worden. Heute behauptet Kappel, Hofsommer habe den Prinzen mitgebracht, dieser sagt genau das gleiche von Kappel.

Wie dem auch sei: der Prinz, der heute selbst diesen Kreisen peinlich ist, war in der Vergangenheit häufig mit von der Partie, wenn es darum ging, einen Rechtsruck herbeizuführen. Ob 1974, zwei Monate vor der hessischen Landtagswahl, mit der Konzentration Demokratischer Kräfte (u.a. mit Gerhard Löwenthal und Lothar Bossle, Schnaps-Eckes und dem Vorsitzenden des hessischen CDU-Wirtschaftsrates), ob in den achtziger Jahren als Präsident der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft (DSAG), einer Lobbyisten-Organisation für das Apartheid-Regime oder auch durch die Streuung der schwarzen CDU-Gelder an entsprechende Gruppierungen wie den Kurt-Schumacher-Kreis ehemaliger rechter Sozialdemokraten, stets wusste der Prinz den "Bimbes" zielgerichtet einzusetzen. Dass sich dabei häufig die politischen mit den ganz persönlichen Interessen deckten, war ein angenehmer Nebeneffekt. So war Sayn-Wittgenstein bis 1982 Aufsichtsratsvorsitzender der Metallgesellschaft, einem der wichtigsten Rohstoffimporteure aus Südafrika.

Die CDU fürchtet Enthüllungen rechter Insider

Doch nicht nur die "großen Lichter" der hessischen CDU bereiten heute dem Bund Freier Bürger Sorgen. Auch die kleinen haben es in sich - so z.B. der frühere Landesgeschäftsführer des BFB in Thüringen, Franz-Josef Reischmann, der sich seinerzeit fälschlich als ehemaliger Landesgeschäftsfüh-rer und Bundestagskandidat der hessischen CDU ausgegeben haben soll. In Wirklichkeit, so eine interne Schmähschrift, sei er nur Buchhalter beim Landesverband der CDU Hessen gewesen. Allerdings nicht irgendein Buchhalter. Die aktuellen Enthüllungen über die diversen Schwarzgeldaffären brachten ans Tageslicht, dass es sich bei Reischmann just um jenen Buchhalter handelt, der 1992 wegen Unterschlagung beträchtlicher Summen (inzwischen sind die Schätzungen bei ca. 2,5 Millionen DM angelangt) entlassen worden war.

Immer wieder war in diesem Zusammenhang gemutmaßt worden, die CDU habe nur deshalb von einer Anzeige abgesehen, weil Reischmann intime Kenntnisse der Parteifinanzen hätte ausplaudern können. Für Kappel wird es jetzt also eine Erleichterung darstellen, dass ihn ausgerechnet am 24. Februar, am Tag der Veröffentlichung dieser Fakten durch den blick nach rechts, das Austrittsschreiben Reischmanns erreichte. Also: weg mit Schaden!

Eine andere Altlast mit CDU-Vergangenheit wird der BFB nicht so schnell loswerden. Der Kasseler Handwerksmeister Dieter Gratzer, für die Bundestagswahl 1998 Landeswahlkampfleiter des BFB in Hessen

unter dem damaligen Generalsekretär Kappel, fordert von seiner ehemaligen Partei die Rückzahlung von 450.000 DM, die er persönlich für den Wahlkampf des BFB aufgebracht haben will. Umstritten ist die Frage, ob es sich bei der fraglichen Summe um eine Spende oder um ein Darlehen handelte. Auch für einen wohlhabenden Handwerksmeister handelt es sich immerhin nicht um Peanuts, auch wenn seine Angaben zwischen zunächst rund 1.150.000 DM und später 950.000 DM schwanken. Zwar wird aus Kreisen des BFB ausdrücklich betont, es sei geprüft worden, dass es sich um sauberes Geld handele (die Summe soll aus dem Kauf einer Immobilie stammen), doch darf stark bezweifelt werden, dass ein Teil der von Gratzer aufgeführten Wahlkampfkosten tatsächlich solche darstellt.

So tauchen in der Auflistung "2 Komplettfinanzierungen von Veranstaltungen des russlanddeutschen Vereins ‚Heimat`" auf, die Übernahme von "Auslieferungskosten" für die Zeitung Heimat-Aktuell dieses Vereins und nicht zuletzt die Übernahme der Reisespesen des Vereinsvorsitzenden Victor Bossert, dessen Umzugskosten von Stuttgart nach Kassel, die Anschaffung einer Wohnungseinrichtung für ihn und die Bezahlung der Miete. Allein letztgenannte Posten beziffern sich auf 8.000 DM. Offen wird zugegeben, dass es darum gegangen sei, diesen Verein von Russlanddeutschen politisch an den BFB zu binden.

Kappel dürfte darauf spekulieren, dass ihm ein Rechtsstreit mit Gratzer herzlich egal sein kann, wenn der BFB zum Zeitpunkt einer juristischen Entscheidung nicht mehr existiert.

Jean Cremet

7. Ein reinigendes Gewitter. Wie der CDU-Spendenskandal das Parteiensystem stabilisiert

Autor: Js. · Rubrik: CDU/CSU; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:32

Skandalforscher wissen es ja schon länger: Die im politischen Skandal aufgedeckte Abweichung von der Norm (den Gesetzen, den "guten Sitten" etc.) trägt zur Bestätigung dieser Norm bei. Der Skandal ist der Beweis, das das Warnsystem funktioniert: Die mehr oder weniger kritische Öffentlichkeit, unterstützt von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und Staatsanwaltschaften, hat einen Missstand aufgedeckt und Konsequenzen erzwungen. Politiker, von Ehrenmännern zu Schurken geworden, müssen zurücktreten, ihre Parteien sinken für einige Zeit in der Wählergunst. Ansonsten ändert sich nichts.

Wirklich nichts? Der geschätzte Kollege Georg Fülberth entdeckt als Sieger der Skandal-Geschichte "die Eliten" (die früher "die Herrschenden" oder auch "die Bourgeoisie" hießen): Denn "objektiv", so Fülberth, diene der Fall der Herren Schreiber, Kiep, Kohl und Schäuble dazu, "das Bundestagswahlergebnis vom September 1998 abzusichern. Das war damals eine strategische Entscheidung einerseits des Wahlvolks, andererseits der Eliten." Fülberth erklärt auch, warum sich "die Eliten" für einen Regierungswechsel entschieden hätten: "Kohl, die CDU/CSU und die FDP hatten sich als unfähig erwiesen, das magische Fünfeck (niedrige Steuern, öffentlicher Geiz, mäßige Löhne, Inflationsrate unter einem Prozent, ein paar Jobs mehr) in allen Punkten (also nicht nur in dem der Geldwertstabilität) zu realisieren." (konkret 2/2000)

Ob denn wirklich "die Eliten" insgesamt 1998 auf Schröder setzten und ob sie das, wenn ja, auch heute noch tun, ist fraglich. Unbezweifelbare Tatsache ist, dass der "Souverän", das Wahlvolk, in Schleswig-Holstein gerade in mehrfacher Hinsicht für Stabilität gestimmt hat: Die rot-grüne Koalition kann ihre "Reformpolitik" weiter führen, zumal die kränkelnden Grünen nun noch weicher geklopft sind, als sie schon waren; die gestärkte FDP bleibt beiden großen Parteien als Partner erhalten; die von 16 Jahren an der Regierung gezeichnete Kohl-Partei CDU ist zur Strukturreform verurteilt; da sie trotz widrigster Bedingungen nur 2 Prozentpunkte verlor, dürften die ohnehin haltlosen Spekulationen über einen "italienischen Weg" der deutschen Christenpartei endgültig vom Tisch sein.

So gesehen kann Fülberths Fazit, der Skandal habe "den Eliten" genützt, nur zugestimmt werden. Problematisch ist allerdings Fülberths Herleitung von der für ihn allein interessanten Frage, "weshalb das (die illegalen Machenschaften der CDU) gerade jetzt herausgekommen ist und solchen Wirbel verursacht". Da das Ergebnis des Skandals das System stabilisiert, drängt sich der Gedanke auf, hier sei von höherer Stelle etwas "gedreht" worden. Warum gerade jetzt? Weil "die Eliten" die ihnen gefügige, aber angeschlagene Bundesregierung kurzfristig stabilisieren, die langfristig doch verlässlichere CDU aber, entsprechend den neuen Anforderungen, modernisieren wollten - wurde der Skandal gemacht? Waffenhändler Schreiber als Einflussagent der "Eliten"?

Alle Erfahrung spricht gegen die Existenz einer Instanz, die wie ein "ZK der Bourgeoisie" zu derartigem strategischen Handeln in der Lage wäre. Real sind die Interventionen konkreter Personen (Lobbyisten, Verbandsvertreter) zum Wohle des Kapitals, zur Einfädelung bestimmter Geschäfte. Ob sie dabei Politiker und Meinungsführer mit Geld schmieren oder mit "Argumenten" ("deutsche Arbeitsplätze sind in Gefahr!") gewinnen, spielt für den Ausgang der Sache keine Rolle: Die Panzer werden gebaut und exportiert.

Angenommen, "die Eliten" wären in der Lage, einen ihnen nützlichen Skandal großen Kalibers zu inszenieren - sie würden vermutlich vor dem damit verbundenen Risiko zurückschrecken. Denn die Schmiergeldzahlungen an die CDU machen auch dem Dümmsten deutlich, wie Kapitalismus funktioniert. Und sie zeigen, dass die famose parlamentarische Demokratie mit gleichem Wahlrecht für alle doch einen entscheidenden Haken hat: Während die einen brav ihr Kreuz malen, kaufen die anderen sodann die gewählte Regierung.

Schreiber - Einflussagent des Kapitals?

Um diesen mit dem CDU-Skandal verbundenen Lerneffekt zu relativieren, wird von den Medien keine Mühe gescheut. Da erscheinen dann Glogowskis Bierparty und Raus Freiflüge als ebenso verabscheuungswürdige Taten wie der Panzer-Deal zum Wohle der CDU und des Thyssen-Konzerns - Politik, das wussten wir doch

immer schon, "ist ein schmutziges Geschäft". Diese "Erkenntnis" aber ist vor allem für anti-aufklärerische Zwecke nutzbar. So warb die NPD in Schleswig Holstein mit dem Slogan "Drei gute Gründe, NPD zu wählen", darunter die Porträts von Kohl, Schäuble und Rau und die Forderungen: "Parteispenden offen legen! Korruption bekämpfen! Volksbetrüger bestrafen!" Dass sie mit diesem ganz im Sinne des medialen Mainstreams liegenden Kurs scheiterte, liegt vor allem an ihrer desolaten personellen Situation. In der "Mediendemokratie" ist das "Charisma" der KandidatInnen ausschlaggebend für Sieg oder Niederlage der Partei. Das gilt um so mehr für die Rechten mit ihrer besonders ausgeprägten Sehnsucht nach "starken Männern".

Dass die Rechten von der Krise der CDU nicht profitieren, ist für die Linken nur ein schwacher Trost. Denn auch die Linken haben ihren gesellschaftlichen Einfluss nicht nennenswert vergrößern können - obwohl der Skandal ihnen die besten Argumente gegen den Kapitalismus und die politische Klasse geliefert hat. PDS-Vorsitzender Bisky fand es auf dem Höhepunkt der allgemeinen Empörung besonders klug, die Selbstheilungskräfte des politischen Systems der BRD (im Unterschied zu dem der DDR) zu loben. Und links der PDS, seien wir ehrlich, fehlte letztlich das Interesse, den Skandal politisch zu nutzen. Dessen Ergebnis schien von vornherein klar: Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter - aber etwas lauter hätten die "Hunde" schon bellen können.

Js.

8. Ring frei für die dritte Runde. Der Weg vom neuen Staatsbürgerschaftsrecht zur Verwaltungsvorschrift

Autor: Gabi Ohler · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Ausländerpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:15

Nach der Unionskampagne gegen das neue Staatsbürgerschaftsrecht vor einem Jahr (der ersten Runde), wurde in der zweiten Runde -in der Diskussion über die "Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Staatsangehörigkeitsgesetz (Star-VwV) - das neue Staatsbürgerschaftsrecht weiter verwässert. Am 7. April könnte auf Druck von Bayern und Baden-Württemberg im Bundesrat die dritte Runde eingeleitet werden, mit dem Ziel, die Hürde für eine Einbürgerung so hoch wie möglich zu legen.

Vor einem Jahr bewegte die Frage, wer zum deutschen Volk gehören darf und wer nicht, die Republik, brachte Menschen auf den Straßen zusammen, um gegen allzu viel Modernität zu unterschreiben und führte - nach Meinung vieler Neuregierender - zum Verlust der rot-grünen Mehrheit in Hessen. Integriert sollten die Menschen sein, die sich dem deutschen Volkskörper zugesellen wollten und entscheiden sollten sie sich zwischen einer alten Heimat und einer neuen. Schließlich könne man ja nicht zwei Staaten gegenüber loyal sein, befanden die Unionsparteien.

Verhindert haben sie die Novellierung nicht. Aber doch arg zusammengestutzt. Das Gesetz, das im Sommer letzten Jahres verabschiedet wurde, hat arge Blessuren erlitten. Keine regelmäßige Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft, ein obskures Optionsmodell, das eingebürgerte doppelstaatliche Kinder mit Erreichen der Volljährigkeit eine Entscheidung abnötigen will, verschärfte Sprachanforderungen und erhöhte Gebühren sind nur einige Beispiele, die einem klaren, verständlichen und den Realitäten eines Einwanderungslandes gerecht werdenden Gesetz widersprechen.

Wesentliches Charakteristikum dieses Gesetzes ist seine Undurchsichtigkeit. Kein Wunder also, dass zwar nicht die Anzahl der Anträge auf Einbürgerung in die Höhe gesprungen ist, wohl aber der Beratungsbedarf. Sowohl von den Ausländerbehörden als auch vom Präsidenten der Türkischen Gemeinde in Berlin, Sabri Adak, ist zu vernehmen, dass die Menschen vor allem verunsichert sind. Einem Bericht der Presseagentur afp vom 2. Februar zufolge seien die Beratungsgespräche mancherorts um 300 Prozent gestiegen.

Um überhaupt eine Einigung im Bundesrat herbeiführen zu können, wurden diverse Bestimmungen so weitgehend relativiert, dass sie kaum noch zu verstehen sind und andere wurden erst gar nicht festgelegt. Über ausreichende Sprachkenntnisse sollen die Menschen verfügen und treu und fest zu den Grundwerten der bundesrepublikanischen Verfassung stehen. Was das genau bedeutet, obliegt der Interpretation von liberalen EinbürgerungsbefürworterInnen wie konservativen EinbürgerungsgegnerInnen gleichermaßen.

Letztere gedenken ihre Spielräume weidlich auszunutzen. Nachdem sich die Konservativen nun mit der Einführung des ius soli und also damit abfinden müssen, dass es Kinder gibt, die auch nicht den geringsten Tropfen deutschen Blutes in ihren Adern fließen haben und dennoch gleich bei Geburt zu Deutschen werden, nutzen sie nun die Durchführungsebene, um den Nichtdeutschstämmigen so viele Steine wie möglich in den Weg zu legen. Das war allerdings zu erwarten.

Nachdem sich die Bundesregierung mit den Ländern geeinigt hatte, wurde die Verwaltungsvorschrift Ende vergangenen Jahres an den Bundesrat weitergeleitet. Hier nun fing der Streit erneut an. Denn die Vorschrift dient - wie im Vorwort festgelegt - "der einheitlichen Auslegung der Tatbestände und der einheitlichen Handhabung des Ermessens bei der Ausführung des Staatsangehörigkeitsrechtes und der staatsangehörigkeitsrechtlichen Regelungen des Ausländergesetzes. In besonders begründeten Einzelfällen kann von dieser Allgemeinen Verwaltungsvorschrift abgewichen werden."

Bürokratisches Roll-Back

Bayern und Baden-Württemberg fanden über 90 "Einzelfälle", mit denen sie in Form von Änderungsanträgen Einfluss auf die Verwaltungsvorschrift und damit auf den Charakter des Staatsangehörigkeitsrechtes Einfluss nehmen wollten. Innenminister Günter Beckstein drohte noch am 7. Februar mit einem Scheitern der Verhandlungen, "wenn die rot bzw. rot-grün regierten Länder im Bundesrat nicht bereit sind, sich ernsthaft mit unseren sachlichen Vorschlägen auseinander zu setzen und insbesondere dem Sprachtest zustimmen".

(Presseerklärung vom 7.2.2000) Daraufhin kündigte nun wieder der schleswig-holsteinische Innenminister Ekkehard Wienholtz einen Alleingang an, "falls Bayern weiterhin jeden vernünftigen Kompromiss verhindert". (FR, 12.2.2000) Strittig war v.a., in welcher Form Sprachkenntnisse nachgewiesen werden müssen, inwieweit bei Ermessenseinbürgerungen Mehrstaatigkeit hinzunehmen sei und in welcher Höhe der von manchen Ländern verlangte Freikauf vom Wehrdienst zumutbar sei.

Die zweite Runde fand nun am 18. Februar ihren Abschluss. An diesem Tag fand ein Arbeitstreffen auf Staatssekretärsebene statt, das nach Auskunft des Bundesinnenministerium "von einem starken Interesse an Einigung" getragen war. (FAZ, 8.2.2000) Der Druck ist sowohl der Praxis geschuldet, in der bereits Entscheidungen nach dem Staatsangehörigkeitsrecht gefällt werden müssen, als auch dem parlamentarischen Gang: Am 7. April wird die Verwaltungsvorschrift im Bundesrat verhandelt. Also einigte man sich darauf, länderspezifische Abweichungen zu tolerieren, diese aber auch nicht zum Bundesmaßstab werden zu lassen.

Da die Ausgestaltung der Sprachprüfungen ein Hauptstreitpunkt war, hier die genaue Formulierung in der Verwaltungsvorschrift Punkt 86.1.2 "Nachweis der Sprachkenntnis":

"Der Ausschlussgrund nicht ausreichender Kenntnisse der deutschen Sprache ist von der Einbürgerungsbehörde zu prüfen. Die erforderlichen Sprachkenntnisse sind i.d.R. nachgewiesen, wenn der Einbürgerungsbewerber:

a) das Zertifikat Deutsch oder ein gleichwertiges Sprachdiplom erworben hat,

b) vier Jahre eine deutschsprachige Schule mit Erfolg (Versetzung in die nächsthöhere Klasse) besucht hat,

c) einen Hauptschulabschluss oder wenigstens gleichwertigen deutschen Schulabschluss erworben hat,

d) in die zehnte Klasse einer weiterführenden deutschsprachigen Schule (Realschule, Gymnasium oder Gesamtschule) versetzt worden ist oder

e) ein Studium an einer deutschsprachigen Hochschule oder Fachhochschule oder eine deutsche Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen hat.

Sind die erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache nicht oder nicht hinreichend nachgewiesen, soll das persönliche Erscheinen des Einbürgerungsbewerbers zur Überprüfung der Sprachkenntnisse angeordnet werden, (...) Die Anforderungen des Zertifikats Deutsch sind dafür ein geeigneter Maßstab."

Das "Zertifikat Deutsch" soll dann auch nach Willen der Bayern die Voraussetzung sein, sich einbürgern lassen zu dürfen. Die Prüfung soll 45 Minuten dauern und beinhaltet ein Gespräch, einen Multiple-Choice-Test und die Anforderung, ein Bewerbungs- oder Antwortschreiben schriftlich zu verfassen. Baden-Württemberg verzichtet auf ein Diktat. Ein deutscher Text soll gelesen, sein Inhalt zusammengefasst werden und Fragen zum Text sollen beantwortet werden können. Ob es sich bei diesem Text um das Niveau einer Boulevardzeitung oder das eines Nachrichtenmagazins handelt, ist nicht geklärt.

Auch die Berliner halten von den schriftlichen Anforderungen nichts, verlangen den AntragstellerInnen aber ebenfalls ab, Deutsch zumindest lesen zu können. Die Einbürgerung von AnalphabetInnen soll also auch hier tunlichst vermieden werden. Ausnahmen soll es nur bei über 60-jährigen geben können. In Berlin sollen die Volkshochschulen einen Schnelltest anbieten, in dessen Mittelpunkt das Hör- und Leseverständnis steht. Der Test soll maximal eine halbe Stunde dauern und 30 DM kosten.

Andere Bundesländer wollen die Überprüfung der Sprachfähigkeiten weniger streng handhaben. In Schleswig-Holstein soll es lediglich ein Gespräch mit dem/der EinbürgerungsbewerberIn geben, der/die sich in der deutschen Umgebung sprachlich zurecht finden können soll. (vgl. FR, 12.2.2000) Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen wollen sich mittels eines Gespräches ebenfalls der Sprachfähigkeit versichern und anhand eines Textes das Leseverständnis überprüfen. Den Grünen in der Regierung wäre es am liebsten, wenn sich das Ganze auf das Lesen eines kleinen Textes beschränken ließe und es nirgendwo zu einem Diktat käme - so jedenfalls Marieluise Beck in der Berliner Morgenpost vom 6.1.2000. Dann hätten sie sich aber gleich bei der Formulierung des Staatsangehörigkeitsrechtes durchsetzen sowie das "Zertifikat Deutsch" aus der Verwaltungsvorschrift heraushalten müssen.

Darüber hinaus sieht die Verwaltungsvorschrift vor, bei der Miteinbürgerung von EhegattInnen könne der "Bildungsstand und gewisse Schwierigkeiten, die deutsche Sprache zu erlernen, berücksichtigt werden." (Nr. 85.2.1.2.3 - S. 63f). Da es sich hier um eine Kann-Bestimmung handelt, wird die Auslegung derselben wiederum von der politischen Gesinnung der Regierungen oder gar der EntscheiderInnen abhängen. Die Unionsländer haben bereits angekündigt, dass sie die Auflagen nur im Falle von Anspruchseinbürgerungen zu überdenken bereit sind.

Wie erwähnt, wird eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz von den Unionsländern favorisiert, während diese von der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Marieluise Beck, abgelehnt wird: "Ich spreche mich strikt dagegen aus, weil dieses Vorgehen einen Anfangsverdacht beinhaltet, der durch nichts gerechtfertigt ist." (Tagespiegel, 10.2.2000)

Unendliche Geschichte

Einige der unzähligen Änderungsanträge der Süddeutschen beziehen sich auf folgende Punkte: Eine erleichterte Einbürgerung von IranerInnen soll verhindert werden; es soll nun doch keine Rolle spielen, ob die Entlassungsbemühungen aus einer anderen Staatsangehörigkeit zu einer persönlichen Gefährdung naher Angehöriger im Heimatland führen können; die Freikaufsumme von der Wehrpflicht soll bis zu 10.000 DM zumutbar sein und Doppelstaatlichkeit bei Ermessenseinbürgerungen sollen restriktiver gehandhabt werden. Bislang haben sie sich mit diesen Vorstellungen jedoch nicht durchgesetzt. Die Frage bleibt, wie viel die Bundesländer letztlich an der Verwaltungsvorschrift geändert haben wollen, um sie in der Aprilsitzung im Bundesrat passieren zu lassen. Sollte die Länderkammer an der Vorlage maßgebliche Änderungen vornehmen, ist wiederum die Bundesregierung gefragt. Und dann könnte es zu einer dritten Runde der Auseinandersetzung kommen.

Selbst wenn sich alle Länder im April auf eine Fassung einigen und sich mit ihren jeweiligen Bestimmungen gegenseitig in Ruhe lassen, bleibt die Frage, wie lange es dauert, bis das ein oder andere nicht gelöste Problem von den Gerichten entschieden werden muss. Nicht nur, dass es zu extremen Ungleichbehandlungen kommen wird, gegen die sicher die ein oder der andere klagen wird. Unausgegoren sind sowohl das Staatsangehörigkeitsgesetz als auch die Verwaltungsvorschrift immer noch.

Warum Zeiten der Duldung von Flüchtlingen nicht anerkannt werden sollen, nachdem sie als Asylberechtigte anerkannt werden und nachweislich ihren "gewöhnlichen Wohnsitz" seit vielen Jahren in der Bundesrepublik haben ist ebenso unlogisch, wie die Frage, warum sich bislang niemand um die Klärung der Verfassungsmäßigkeit des Optionsmodells kümmert. Nach Mitteilung der Staatssekretärin Cornelie Sonntag-Wolgast im Innenausschuss am 16. Februar wurde diesbezüglich bislang nichts unternommen - und das, obwohl schon seit Erfindung dieser obskuren Lösung klar ist, dass es früher oder später gerichtliche Auseinandersetzungen darüber geben wird, ob einem deutschen Menschen der deutsche Pass wieder entzogen werden darf, wenn er das selbst nicht möchte.

Es ist nicht auszuschließen, dass eine solche Auseinandersetzung bis vor den Europäischen Gerichtshof gehen wird. Das Europäische Abkommen über die Staatsangehörigkeit sieht nämlich vor, bei Kindern die Mehrstaatlichkeit zu akzeptieren und den Entzug des Passes zu verbieten. Bislang ist nicht abzusehen, wie viele Runden der Auseinandersetzung uns noch bevorstehen. Sicher ist, dass Gesetz, Verwaltungsvorschrift und Einbürgerungspraxis die Behörden, Gerichte sowie die Presse noch lange Zeit beschäftigen wird.

Gabi Ohler

9. Die Karawane hält kurz inne. Karawane-Kongress vom 20.4. bis 1.5. in Jena

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:14

Auf einem Bundestreffen der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen Ende letzten Jahres in Nürnberg stellte sich eine lokale iranische Frauengruppe vor. Sie suchten Unterstützung, weil schon zwei ihrer Mitglieder mit Polizeimaßnahmen besonderer Art konfrontiert waren. Im Auftrag der Ausländerbehörde waren sie festgenommen worden, ihnen wurden unter Anwendung von Gewalt Kopftücher aufgesetzt, anschließend wurde ein Foto gemacht. Nur mit solcherart Fotos kann die Ausländerbehörde beim iranischen Konsulat Rückreisedokumente beantragen, die Voraussetzung für eine Abschiebung. In den darauf folgenden Wochen haben die betroffenen Frauen, mehrere Karawanegruppen und Rechtsanwältinnen eine erfolgreiche Kampagne gegen diese skandalöse Praxis in Gang gesetzt. Die Maßnahmen mussten zumindest vorläufig gestoppt werden.

Ebenfalls auf dem Nürnberger Treffen berichtete eine Gruppe afrikanischer Flüchtlinge von ihren Erfahrungen. Sie waren wenige Wochen zuvor als Bewohner eines Flüchtlingsheims im niedersächsischen Bad Grund Opfer eines rassistischen Überfalls geworden. Anstatt die Betroffenen zu schützen und ihnen zu helfen, hatten die zuständigen Behörden mit sozial- und ausländerrechtlichen Schikanen ihre Lage noch verschlimmert, gleichzeitig hetzten die Lokalzeitungen gegen angebliche "schwarze Drogendealer". Im Kontakt mit der Göttinger Karawanegruppe wurde daraufhin eine Initiative gestartet, um eine Verlegung des Wohnortes zu erreichen. Währenddessen wurde einer der Bewohner zur Abschiebung in Haft genommen. Mehrere Abschiebeversuche mussten in den folgenden Wochen wegen Suizidversuchen des Betroffenen und wegen Protestaktionen am Flughafen sowie Faxkampagnen der Karawane abgebrochen werden.

Hakki ist ein kurdischer Jugendlicher aus einem Dorf in der Nähe von Bremen. Wegen "Straffälligkeiten" wurde er nicht nur im justizüblichen Rahmen verurteilt, sondern erhielt zusätzlich die Ausweisungsverfügung. Der Bremer Menschenrechtsverein startete mit Hakki und weiteren potenziell betroffenen Jugendlichen eine Bleiberechtskampagne gegen diese Doppelbestrafung. Die lokale Gemeinde gewährte Zuflucht in Kirchenräumen. Begleitet von einer massiven Hetzkampagne gegen "kriminelle jugendliche Ausländer" stürmte die niedersächsische Polizei das Kirchenasyl und schob Hakki einen Tag später ab.

Die drei Beispiele kennzeichnen besser als jedes politische Programm die alltägliche Praxis des (Karawane-)Projektes, das für die "Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" kämpft. Angesichts einer sich permanent verschärfenden rassistischen Ausgrenzung sind die Anforderungen enorm. Vor diesem Hintergrund erscheint es vielleicht überraschend, dass nun gleich ein zehntägiger Kongress veranstaltet wird. Doch beabsichtigt ist ein umfassender und grundlegenderer Erfahrungsaustausch, der in der alltagsorientierten Praxis meist zu kurz kommt.

Stehen in den ersten beiden Tagen Analysen der Globalisierung aus dem Blickwinkel des Südens auf der Tagesordnung, so geht es im darauffolgenden Schwerpunkt zur "Festung Europa" in erster Linie um Möglichkeiten praktischer europaweiter Zusammenarbeit. Nicht zuletzt weil Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen in der Karawane bislang wenig vertreten sind, sollen deren Situationen und Widerstandsansätze im Mittelpunkt eines weiteren Kongresstages stehen. Schließlich sind weitere Schwerpunkte ganz unmittelbar an laufende Kampagnen und konkrete Initiativen gebunden. Ziel dabei ist, verschiedene praktische Ansätze zu bündeln und zu koordinieren.

Zehn Tage volles Programm

Am 20.4. findet am Abend die Eröffnungsveranstaltung statt, in der die Zielsetzungen und inhaltlichen Schwerpunkte des Kongresses zusammengefasst werden. Unter dem Motto "Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört" werden am 21./22.4. VertreterInnen sozialer Bewegungen und von Menschenrechtsgruppen aus dem Süden erwartet. Aus ihrem Blickwinkel werden die Folgen der Globalisierung und die Verursachung von Fluchtgründen thematisiert. Vorgestellt werden soll auch Peoples Global Action als Projekt weltweiter Vernetzung sozialer Bewegungen.

"Gegen die Festung Europa, keine Grenzen, für ein offenes Europa" lautet das Motto von Beiträgen und Arbeitsgruppen am 23./24.4. Sans Papier- und MigrantInnenorganisationen aus zehn europäischen Ländern haben ihre Teilnahme zugesagt. Nach einem ausführlichen Erfahrungsaustausch werden Vorschläge europaweiter Kampagnen gegen die restriktive Vereinheitlichung der Asyl- und Migrationspolitik der EU diskutiert.

"Soziale Ausgrenzung" ist der Titel der beiden folgenden Tage am 25./26.4.. Die rassistische Kontroll- und Kriminalisierungspolitik wird einen Schwerpunkt bilden. Die Isolation der Wohnheime, Residenzpflicht und soziale Entrechtung sind ein weiterer Diskussionskomplex. Arbeitsgruppen sind zudem zur Doppelbestrafung/Abschiebung jugendlicher MigrantInnen geplant sowie zur Diskriminierung binationaler Ehen.

Um "die Situation von Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen" geht es am 27.4. Dabei werden zum einen spezifische Formen der Frauenmigration thematisiert, zum anderen die besonderen Diskriminierungen hier.

"Abschiebestrategien und Bleiberechtskämpfe" bilden am 28./29.4. den abschließenden Diskussionskomplex, bevor am 30.4. Bilanz gezogen wird und Ergebnisse zusammengefasst werden. Ein unmittelbares Ziel des Kongresses ist die Verabschiedung eines (europaweiten) Manifestes, das dann nicht nur in Jena, sondern auf vielen Kundgebungen und Aktionen zum 1. Mai verteilt werden soll.

Weitere Informationen, Plakate und Flugblätter in fünf Sprachen sind über folgende Adressen erhältlich: The Voice Africa Forum, Schillergäßchen 5, 07745 Jena, Tel.:03641-665214, Fax: 03641-423795, THE_VOICE_Jena@gmx.de und Internationaler Menschenrechtsverein, Wachmannstr. 81, 28209 Bremen, Tel.: 0421/5577093, Fax: 0421/5577094, Mail@humanrights.de;

Informationen im Internet:

www.humanrights.de/congress

Der Karawanekongress benötigt dringend Spenden!

Der hohe finanzieller Aufwand ist der grundlegenden Zielsetzung geschuldet, insbesondere Flüchtlingen aus der gesamten BRD die Teilnahme zu ermöglichen. Unterbringung und Essen müssen für diejenigen, die als Asylsuchende oft nur über die gerade noch zugestandenen 80 DM pro Monat verfügen, kostenlos sein. Und um eine wirkliche Kommunikation zwischen verschiedenen Sprachgruppen zu gewährleisten, ist der Einsatz einer Simultanübersetzungsanlage unabdingbar.

Spendenkonto: Kto.Nr.: 231 633-905, BLZ 860 10 90, Postbank Leipzig

10. "Wir werden Neuland betreten." Interview mit Osaren Igbinoba zum Karawane-Kongress in Jena

Interview mit Osaren Igbinoba zum Kongress in Jena

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:31

Die Flüchtlingsorganisation The Voice ist Initiatorin des Flüchtlingskongresses "Gemeinsam gegen Abschiebung und soziale Ausgrenzung", der Ende April in Jena stattfindet. Osaren Igbinoba spricht über die Entstehung seiner Organisation und die Entwicklungen der Selbstorganisation von Flüchtlingen in Deutschland. Von der Konferenz erhofft sich The Voice starke Impulse für die Selbstorganisation von Flüchtlingen. Auch die Zusammenarbeit von Flüchtlingen und antirassistischen Gruppen soll dort intensiviert werden.

Wie ist die Organisation The Voiceentstanden?

The Voice Africa Forum Jena haben einige Flüchtlinge 1994 in dem Transitlager Mühlhausen in Thüringen gegründet. Wir wollten die Leute sowohl über die politische Situation in unseren Ländern informieren als auch über die Repression, die Flüchtlingen hier entgegenschlägt.

Wie habt ihr euch denn zusammengefunden?

Das war schon ein hartes Stück Arbeit, weil es bei den Leuten viele Ängste gab, sich zu engagieren. Viele befürchteten beispielsweise eine Abschiebung. Doch es war uns sehr wichtig, uns nicht weiter schikanieren und uns mundtot machen zu lassen. Inzwischen sind wir eine selbstorganisierte afrikanische Flüchtlingsgruppe, mit Leuten aus Nigeria, Kamerun, Sierra Leone, Sudan und anderen Ländern. In den letzten zwei Jahren haben wir einige Mitglieder aus verschiedenen Städten und Regionen Deutschlands gewonnen, die wirklich sehr hart daran arbeiten, vielfältige Protestaktionen, Seminare und Diskussionen zu koordinieren.

Wie groß ist The Voice?

The Voice ist nicht wirklich groß, allerdings sind wir sehr engagiert. Wir haben ungefähr 25 Aktivisten. Bis vor kurzem waren wir noch mehr, aber auf Grund der Abschiebung von Mitstreitern ist es oft schwierig, kontinuierlich zu arbeiten. Darüber hinaus unterstützen einige hundert Flüchtlinge die Arbeit von The Voice.

Gibt es neben der afrikanischen Gruppe The Voice noch weitere Flüchtlingsorganisationen, die den Kongress vorbereiten?

Ja, das ist wirklich nicht eine Frage der Nationalität. Die Gesetze hier betreffen alle Flüchtlinge gleichermaßen. Vielleicht sind Afrikaner auf Grund ihrer Hautfarbe stärker von den rassistischen Strukturen betroffen, aber es wird auf dem Kongress nicht nur um die afrikanischen Flüchtlinge gehen. Es ist ein Kongress für alle Flüchtlinge. Auch Flüchtlingsorganisationen aus Kurdistan, der Türkei, aus Asien, Afrika und so weiter bereiten den Kongress vor.

Was sind eure zentralen Forderungen?

Es ist notwendig, dass wir uns zusammenschließen, um gegen die Abschiebungen und gegen die soziale Ausgrenzung vorgehen zu können. Die Anfänge für eine Selbstorganisation von Flüchtlingen in Deutschland sind schon gemacht. Aber wir wollen auch die internationale Sicht auf die Flüchtlingsfrage stärken. Nicht nur in Deutschland sind Flüchtlinge. Wir sind der Meinung, dass wir allerdings hier anfangen müssen, weil die Repression gegen Flüchtlinge hier besonders fürchterlich ist. Es ist unser grundsätzliches Ziel, eine volle soziale und politische Integration der Flüchtlinge mit gleichen Rechten zu erreichen. Das ist politisch gesehen sehr wichtig, denn in den meisten Fällen wird Integration verstanden als Anpassung oder Unterordnung an das deutsche Umfeld.

Gibt es neben den allgemeinen Forderungen wie "gleiche Rechte" oder "offene Grenzen" auch konkrete Schritte, wie ihr euer Ziel erreichen wollt?

Derzeit ist unsere Hauptstrategie, die Selbstorganisation von Flüchtlingen voranzutreiben. Unsere Selbstbestimmung ist außerordentlich wichtig und es ist einer der konkreten Schritte, die Flüchtlinge im Augenblick machen können. Wir werden unser bestes tun, um diese Prozesse zu unterstützen.

Auf jeden Fall wollen wir erreichen, dass die Asylgesetzgebung als ein äußerst rassistisches Gesetz in Deutschland anerkannt wird und dass klar wird, wie der deutsche Staat die Rechte der Flüchtlinge verletzt. Auf dem Kongress werden wir auch die Widersprüche der deutschen Gesetze herausarbeiten. Vor allem wollen wir die Landkreisregelung in Frage stellen, die nicht einmal mit UN-Konventionen im Einklang steht. Die Behörden der Landkreise entscheiden über das Schicksal der Flüchtlinge und oft muss man schon angesichts ihrer Schikanen froh sein, dass man überhaupt bleiben darf. Es ist wichtig zu sehen, dass solche Gesetze der Ausgrenzung eine Art Apartheidregime herstellen. Wir wollen das Thema zu einer internationalen Diskussion machen, damit die Leute wissen, dass Demokratie in Europa Augenwischerei ist, die wir als "rassistische Demokratie" bezeichnen.

Natürlich begrüßen wir offene Grenzen und wir wollen, dass alle Flüchtlinge das Recht haben, in der Welt reisen zu können wie andere auch. Wir kämpfen für eine neue Weltordnung der Solidarität und der Unterstützung von Flüchtlingen, da sie Opfer der weltweiten Ausbeutung sind, bei der Deutschland eine gewichtige Rolle spielt.

Welche Hindernisse seht ihr für die Selbstorganisation von Flüchtlingen?

Die Atmosphäre im allgemeinen ist sehr repressiv, aber in den vergangenen Jahren hat es die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen geschafft, Leute zu ermutigen, sich zu engagieren. Viele Flüchtlinge sind jedoch noch in Gruppen aktiv, die sich entsprechend ihrer Herkunftsländer organisiert haben. Solidarität und politisches Engagement in nur diesen Gruppen reicht meiner Meinung nach nicht aus für die Bekämpfung dieser rassistischen Regierung. Wir müssen eine Kultur der Menschenrechte entwickeln, die jenseits nationaler Grenzen liegt. Dieses Problem muss auf dem Kongress diskutiert werden.

Könnt ihr ein Anwachsen der Selbstorganisationen in den vergangenen Jahren feststellen?

Da muss ich nochmal auf die Karawane zurückkommen, denn sie ist die einzige Initiative, die sich auf die Selbstorganisation von Flüchtlingen konzentriert hat. Um auf deine Frage zurückzukommen, ja, es gibt einen Anstieg, wenn auch nur einen sehr langsamen. Man darf eben nicht vergessen, dass das Umfeld zahlreiche Unsicherheiten für Flüchtlinge produziert; z.B. die Abschiebungen, die Ausgrenzung von der normalen Gesellschaft und die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit.

Was sind eure Ziele, die ihr auf dem Kongress erreichen wollt?

Wir wollen das europäische Publikum darüber informieren, dass wir hier sind, weil sie nicht aufhören, unsere Länder zu zerstören - das wird ein zentrales Thema sein. Wir wollen deutlich machen, dass das rassistische Problem ein Teil der europäischen Kultur ist.

Die Erwartungen an den Kongress sind schon sehr hoch. Seit November haben wir verschiedene Regionen Deutschlands besucht und über den Kongress informiert. Einige der Besuche waren ziemlich erfolgreich. Letztlich wird es jedoch darauf ankommen, dass diejenigen, die zum Kongress kommen, sehr offen für die Unterstützung der Flüchtlinge sind und es gelingt, eine festes Netzwerk - auch mit Flüchtlingsinitiativen außerhalb Deutschlands - zu bilden.

Was erwartet ihr von den deutschen Unterstützungsgruppen?

Es ist ein Flüchtlingskongress. Das bedeutet, ein Kongress, den Flüchtlinge initiiert haben für und mit Flüchtlingen. Mit diesem Kongress werden wir also Neuland betreten und wir werden sehen, inwieweit die deutschen Gruppen sensibel mit den Problemen der Flüchtlinge umgehen.

Bislang klappt die Zusammenarbeit sehr gut und wir finden es wichtig, dass das sehr engagierte Karawane-Netzwerk von Kein Mensch ist illegal, der Antifa und antirassistischen Gruppen unterstützt wird. Einige von ihnen leisten sehr gute Arbeit und tragen dazu bei, dass der Kongress ein Erfolg wird. Die meisten antirassistischen Gruppen werden Flüchtlinge aus ihrer Gegend zu Kongress transportieren, was eine große Unterstützung bedeutet. Auch der finanzielle Teil wird weitgehend von diesen Gruppen übernommen. Das ist schon einmal ein guter Start.

Das wichtigste wird jedoch sein, wie wir die weitere Zusammenarbeit nach dem Kongress gestalten, damit die Kampagne breiter wird und noch mehr Flüchtlinge gewonnen werden können. Die Unterstützung ist also bereits recht gut, wenn auch immer noch nicht genug.

Erhaltet ihr auch Unterstützung für den Kongress von den großen NGOs wie Pro Asyl oder auch von den Kirchen?

Von den Kirchen haben wir bislang für den Kongress keine Unterstützung gespürt. Die Rolle der NGOs ist auch eine wichtige Frage für den Kongress, denn seit der Abschaffung des Grundgesetzartikels 16 1993 haben wir zahlreiche NGOs im Bereich der Flüchtlingspolitik. Doch es ist fragwürdig, was diese NGOs für die Flüchtlinge tun. In einigen Fällen tragen die NGOs sogar dazu bei, die Situation zu normalisieren. Sie tun nicht genug, um das Recht der Selbstorganisation von Flüchtlingen zu unterstützen. Inwieweit sie sich aber in finanzieller Hinsicht engagieren, können wir erst Ende März sagen.

Welche Formen von Dominanz siehst du in der Zusammenarbeit von deutschen Unterstützungsgruppen und den Flüchtlingsorganisationen?

Wir wollen eigentlich nicht verallgemeinern, aber es ist klar, dass Dominanz immer da ist. Zu dominieren ist Teil der europäischen, rassistischen Kultur.

Auch als Flüchtlingsorganisation fühlen wir uns oft von den sogenannten Flüchtlings-Hilfsorganisationen ausgeschlossen, da sie uns meistens nur unter humanitären Aspekten behandeln und nicht sehen wollen, dass die Behandlung von Flüchtlingen auch eine Frage der rechtlichen Voraussetzungen, der Menschenrechte aller ist. Du findest eine Menge sozialer Organisationen, die die Flüchtlinge - und nicht die rassistischen Gesetze - als Problemfall ansehen und damit das ganze repressive System unterstützen.

Es liegt natürlich auch an den Flüchtlingen, die deutlich machen müssen, was sie wollen und wie sie ihre Probleme einschätzen. Dies ist lange kaum passiert, obwohl sich in Deutschland alles verschlechtert hat. Das ist sicher auch ein Grund dafür, dass die Idee mit dem Kongress aufkam. Jetzt müssen wir uns endlich engagieren und den Leuten, die Flüchtlinge unterstützen wollen, sagen, dass sie näher an die Flüchtlinge herankommen sollen, dass ihre Fähigkeit, Flüchtlinge zu unterstützen, davon abhängt, wie viele Flüchtlinge sie kennen, wie viele sie unterbringen können und was sie sonst noch direkt für Flüchtlinge tun können.

Habt ihr unterschiedliche Strategien für die Selbstorganisation gegen die Repression des Staates auf der einen Seite und für die Selbstorganisation, um sich gegen Nazi-Angriffe zu verteidigen ?

Wir müssen das auf jeden Fall zusammenbringen, denn die Nazis und die Naziparteien existieren ja, weil sie Unterstützung von den Deutschen und der Politik haben. Wie sollen wir da diese Leute vom Repressionsapparat trennen? Wir wohnen mit Nazis zusammen, seien sie nun aktiv oder passiv - die deutsche Mentalität, Ausländer nicht im Land haben zu wollen ist überall. Es ist schwer, da zu unterscheiden.

Die Nazis sind ein Instrument des Rassismus. Wir alle wissen wie sie die Regierung 1993 bei der Abschaffung des Asylrechtes beeinflusst haben, indem sie Flüchtlingshäuser anzündeten und über ihre Arbeitslosigkeit sprachen. Das Nazi-Problem anzugehen bedeutet für uns mehr, als nur die Nazis auf der Straße zu bekämpfen. Wir müssen vor allem ihre Strategie im Auge haben, Gesetze mit ihren rassistischen Kampagnen zu beeinflussen.

Allein in Thüringen stehen uns bis zum Kongress etwa zehn Naziaufmärsche bevor. Wir wollen die Nazis weniger mit Gewalt bekämpfen, denn wir denken, dass Gewalt nicht weiterhelfen kann. Die Deutschen und die Regierung haben die Verantwortung, die Nazis zu bekämpfen und sie umzuerziehen - und nicht sie zu beschützen, wie sie es jetzt tun. Die Deutschen sollten verstehen, dass die Nazis ein Teil ihrer rassistischen Kultur sind. Die Deutschen tragen die Verantwortung; sie sollten in sich gehen und die Nazis als Verbrecher gegen die Menschlichkeit ansehen.

Interview und Übersetzung: Anke Schwarzer

11. Der "Österreich-Effekt" bleibt aus. Die extreme Rechte sucht vergeblich nach Strategie und Einigkeit

Autor: Jean Cremet · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:17

Die CDU im Spendensumpf, die FPÖ an der Regierung - das sind auch für die extreme Rechte in Deutschland eigentlich ausgesprochen günstige Rahmenbedingungen. Worum sie dennoch kaum davon profitieren, zeigt Jean Cremet in seinem Artikel über das Treiben der rechten Vereinsmeier, Parteigründer und Möchtegern-Haiders.

Parteien ergeht es zuweilen nicht anders als realen Einzelwesen. Wenn gar nichts mehr klappt, wenn alle Pläne und Vorhaben schief gehen, wenn es immer weiter unaufhaltsam bergab geht, dann flüchten sich Menschen gerne in Tagträume und Fantasien; je beschränkter die realen Wirkungsmöglichkeiten sind, desto größer werden dann die Entwürfe. Alfred Dagenbach, Landtagsabgeordneter und stellvertretender Landesvorsitzender der REPublikaner in ihrer letzten verbliebenen Hochburg Baden-Württemberg, macht darin keine Ausnahme. Gleich um "die Rettung der christlich-abendländischen Kultur" ging es ihm in seinem Beitrag auf der Strategiekonferenz der REPublikaner am 19./20. Februar in Leipzig. "Die neuesten Vorfälle in Spanien" hätten gezeigt, dass diese Kultur "überall in Europa" in Gefahr sei. Gemeint waren freilich nicht die mehrtägigen rassistischen Pogrome gegen Nordafrikaner, sondern das Verbrechen, das als Auslöser herhalten musste.

Handgemenge der Mini-Haiders

Dagenbach schwebt "die Bündelung aller wohlgesinnten Kräfte in Europa" vor, die sich zu einer "Freiheitlichen Partei Europas (FPE)" zusammenschließen sollten. Das Modell der FPÖ und ihres braun gebrannten (inzwischen ehemaligen) Vorsitzenden waberte also als Hoffnung über den Köpfen der REP-Funktionäre. Doch sogar die mit dem Schlierer-Kurs der REPs sympathisierende Junge Freiheit mochte sich den Hoffnungen nicht anschließen. "Dutzende kleiner Mini-Haiders im Handgemenge verkeilt" sieht sie hier zu Lande und stellt resigniert fest: "Der Österreich-Effekt will aber nicht so recht auf Deutschland übergreifen." Statt dessen habe es den Anschein, dass sich die Unionsparteien "auf wundersame Weise" von der Parteispendenaffäre erholten.

Noch Ende Januar hatte Parteichef Schlierer getönt, es gebe "schon die ersten Übertritte von langjährigen CDU-Mitgliedern". Die Nennung konkreter Zahlen vermied er allerdings tunlichst. Die Krise der CDU biete die Bestätigung für den Kurs seiner Partei. Unausgesprochen stand dahinter die Erwartung, Ergebnis der Umgestaltung der Führungsspitze der CDU werde ein "Linksruck" sein, der den rechten Parteiflügel politisch heimatlos mache und somit den alten Träumen von einer Art bundesweiter CSU neuen Realitätsgehalt verleihen könnte. Ein einziges tatsächliches Problem der REPs mochte Schlierer einräumen. Mit dem Image sei es nicht zum Besten bestellt. Die Wahlkampfdarstellung sei mangelhaft und als Haupthindernis bei der Mitgliederwerbung habe sich herausgestellt, "dass uns unablässig angehängt wird, wir seien die Partei der Skinheads und wären für Gewalt im politischen Bereich".

Die REP-Basis ärgert den Vorsitzenden

Noch nicht einmal gegenüber der Jungen Freiheit mochte Schlierer also einräumen, was er selbst Ende vergangenen Jahres in einem Brief an ausgewählte Funktionäre seiner Partei unverblümt festgestellt hatte: Das Projekt REPs in seiner gegenwärtigen Form ist gescheitert und bietet keine Zukunftsaussichten mehr. Sich selbst schloss Schlierer selbstverständlich in dieses harsche Urteil nicht mit ein.

Dabei können sich wachsende Teile seiner Partei offenkundig sehr gut eine Zukunft ohne Schlierer vorstellen. Dass der Vorsitzende durch Alleingänge der Basis verprellt wird, ist mittlerweile zur fast alltäglichen Erscheinung geworden. Bisheriger Höhepunkt dabei ist eine Veranstaltung der REP-Stadtratsfraktion in Wiesbaden Ende Januar. Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist eine der Bastionen der REPs; bei der Kommunalwahl 1997 hatte man dort immerhin 9,9 Prozent der Stimmen erreicht. Mit dem ehemaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden Hans Hirzel und dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Mark-Olaf Enderes stellt der Kreisverband zudem auch zwei überregional recht bekannte Funktionäre.

Für die Podiumsdiskussion "Vergangenheitsbewältigung nur auf deutsche Kosten" war ebenfalls Prominenz geladen worden. Allerdings niemand aus den Reihen der eigenen Partei, dagegen Schlierers Feind Franz Schönhuber, der keine Gelegenheit auslässt, kübelweise Häme über seinen Nachfolger zu schütten; ebenso Horst Mahler, dessen üble Antisemitismen und Verteidigungen von Negationisten inzwischen sogar Blättern der extremen Rechten zu weit gehen und zu Distanzierungen geführt haben. Dritter Diskutant schließlich war Prof. Klaus Sojka, ehedem Präsident der Welttierschutzgesellschaft und beim ökofaschistischen Weltbund zum Schutze des Lebens, der bis zum Zerwürfnis mit Gerhard Frey im vergangenen Herbst führender Funktionär des Polit-Unternehmens DVU war.

Aufgebracht sandte Schlierer Emissäre aus, um den 300 Teilnehmenden in Wiesbaden die Meinung der Parteiführung zu verkünden. Doch Schlierers Stellvertretern und Vertrauten Johann Gärtner und Uschi Winkelsett wurde der Zutritt verwehrt - eine Maßnahme, für die die Zeitung Nation + Europa (2/00) vollstes Verständnis zeigte: "Schon im Vorfeld waren beide wegen ihrer aggressiven, parteischädigenden Haltung mit einem Hausverbot belegt worden. Damit wollten die Wiesbadener REP-Abgeordneten eine Störung der Versammlung aus den Reihen des eigenen Parteipräsidiums verhindern."

In dieser verfahrenen Situation, da sich die Misserfolge häufen und dem Vorsitzenden die Partei zunehmend entgleitet, wird das Heil wieder einmal in Vereinigungsszenarien gesehen. Heiner Kappel, seit Ende April 1999 Parteivorsitzender des besitzbürgerlichen, neoliberalen Bundes Freier Bürger (BFB), hatte die Initiative ergriffen und im Herbst ähnlich ausgerichtete Formationen zu Gesprächen über mögliche Kooperationen geladen. Zwischen Oktober und Dezember kam es zu mehreren hochrangig besetzten Treffen in Frankfurt/Main und Fulda, an denen u.a. Funktionäre der REPublikaner, der Deutschen Sozialen Union (DSU), der Deutschen Partei (DP), der Freien Bürger Union des ehemaligen CSU-MdB Ortwin Lowack, der unvermeidliche Alfred Mechtersheimer für dessen Deutschland-Bewegung und selbstverständlich der Bund Freier Bürger selbst teilnahmen.

Als Heiner Kappel jetzt, vom Beifall umrauscht, als Gastreferent beim Strategiekongress der REPs in Leipzig auftrat, zu dem ansonsten nur handverlesene Funktionäre Zugang hatten, wähnten sich viele REPs am Ziel ihrer Vereinigungswünsche, zumal die Junge Freiheit (9/00) wenig später vermeldete, in Kappels Vortrag sei es nur noch um "die Form eines in Kürze umzusetzenden Zusammenschlusses mit den Republikanern" gegangen.

Alfred Mechtersheimer, ein weiterer selbst ernannter Sammler, reagierte aufgeregt in einem Fax an Baldur Springmann vom 23. Februar. Kappel, so Mechtersheimers Darstellung, "empfahl zwar eine Namensänderung, niemand aber hatte dort den Eindruck, dass er dies zur Bedingung mache. Er soll von Schlierer das Amt eines stellvertretenden Bundesvorsitzenden versprochen bekommen haben. (...) Damit hat Kappel den gemeinsamen Ansatz für eine neue Partei mit neuem Programm und neuen Leuten einseitig zu Gunsten eines Parteieintritts bei den Rep aufgegeben ... Wir waren bisher alle einig, dass für eine Umkehr des Negativtrends der nationalen Parteien mehr erforderlich ist als ein Parteibeitritt."

Zusätzlich fühlte sich Mechtersheimer von dem Duo Schlierer/Kappel düpiert. Als Konsequenz aus dem Scheitern der Vereinigungsszenarien hatte er nämlich eine "Deutsche Aufbau-Organisation (in Gründung)" ins Leben gerufen, die - selbstverständlich unter seiner eigenen Führung - den Kern einer noch zu gründenden gemeinsamen Partei der extremen Rechten darstellen sollte. Diese Bemühungen sieht er jetzt konterkariert, denn in einem Schreiben der REP-Bundesgeschäftsstelle an die Funktions- und Mandatsträger der Partei vom 21. Februar heißt es zu den Ergebnissen der Strategiekonferenz: "Ohne direkte Nennung der Initiatoren wurde aber den Bemühungen der sogenannten ‚Deutschen Aufbau-Organisation (i.Gr.)` eine Absage erteilt. Sowohl Dr. Kappel als auch Dr. Schlierer betonten, dass eine Partei wie die Republikaner mit 15.000 Mitgliedern der Kristallisationspunkt sein müsse." Mechtersheimer wäre damit an den Rand gedrängt worden.

Kappel dementierte noch am gleichen Tag in einem Fax an den "lieben Herrn Mechtersheimer": "Von meinem - am Ende ja individuellen - Beitritt zu den Republikanern war zu keinem Zeitpunkt die Rede". Er verweist darauf, dass das weitere Vorgehen seiner Partei von "eine(r) wichtige(n) Sitzung am 26.2. mit anderen Parteien" abhängig sei.

Wie schon so manches mal zuvor, hatte Kappel tatsächlich auf zwei Plätzen gleichzeitig gespielt. Er hatte zwar dankbar die Gelegenheit zur Profilierung vor fremden Publikum in Leipzig genutzt, dachte aber gar nicht daran,

seinen BFB von den erheblich stärkeren REPs schlucken zu lassen. Der ehemalige FDP-Landtagsabgeordnete weiß natürlich nur zu genau, dass ihm wichtige Teile der Partei bei einem solchen Schritt nicht folgen würden. Wenn es denn irgendwann zu einem Zusammenschluss mit den REPs kommen sollte, so wohl das Kalkül, dann muss dies von einer stärkeren Position aus geschehen, um die Ausgangslage zu verbessern.

So fanden denn die - eigentlich bereits gescheiterten - Konsensgespräche am 26. Februar in Petersberg bei Fulda ihre Fortsetzung, allerdings diesmal sowohl ohne Mechtersheimer als auch ohne die REPs. Das Ergebnis war die Bekanntgabe einer beabsichtigten Miniatur-Sammlungsbewegung. Die DP, die DSU und der BFB beschlossen eine Fusion, über die allerdings noch die jeweiligen Parteigremien beschließen müssen, unter dem neuen Namen "Deutsche Partei", den die beiden anderen beteiligten Parteien bereits jetzt als Zusatz in den eigenen Parteinamen aufnehmen wollen. Mit der Freien Bürger Union, so Kappel im Interview mit der Jungen Freiheit, bestehe "ein inhaltlicher Konsens". Daneben werde eine Einigung mit der Mittelstandspartei und ähnlichen Gruppierungen angestrebt. Bedeutung kann allerdings keine einzige dieser Formationen für sich reklamieren, höchstens - wie die Deutsche Soziale Partei - eine gewisse regionale Verankerung. Den REPs dagegen wurde zunächst einmal die Tür vor der Nase zugeschlagen. Man lässt sich allerdings das Hintertürchen offen, dass ein gleichberechtigtes Zusammenwirken zu einem späteren Zeitpunkt doch möglich wäre. Da die Fortsetzung des Zerfalls der REPs absehbar ist, kann man beruhigt auf Zeit spielen.

Fusion zur Deutschen Partei

Der Streit rechtsaußen dürfte durch die jüngsten, noch in der Zukunft liegenden Zusammenschlüsse und Koalitionen nicht beendet sein. Im Gegenteil. Der Krach geht jetzt erst richtig los. Er wird anhalten, da für keinen der Beteiligten ein Erfolg absehbar ist. Ein "deutscher Haider" ist nicht in Sicht, nur viele, die diese Rolle gern ausfüllen möchten. Der "Österreich-Effekt", der so sehr ersehnte, bleibt aus. Man muss kein Prophet sein, um diese Prognose zu wagen.

Jean Cremet

12. Es gilt das gesprochene Wort. Worte des Ex-Vorsitzenden Haider - eine Zitatensammlung

Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:33

Schon vor seinem taktischen Rückzug vom Amt des FPÖ-Vorsitzenden hat Jörg Haider sich pauschal von "unsensiblen" Äußerungen distanziert - mit einem Augenzwinkern, das seinen AnhängerInnen signalisiert: Das ist halt der Preis der Regierungsbeteiligung, in der Sache habe ich nichts zurückzunehmen. Ein Teil der hier dokumentierten Aussprüche wurde von Haider oder seinen Gefolgsleuten schon früher dementiert; ihre Authentizität konnte aber u.a. durch Tonbandmitschnitte oder durch Zeugenaussagen bewiesen werden.

Über die Nazis und die Ehre der Deutschen Wehrmacht:

- "Nein, das hat es im Dritten Reich nicht gegeben, weil im Dritten Reich haben sie ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht, was nicht einmal ihre Regierung in Wien zusammenbringt." (Debatte des Kärntner Landtags, 13.6.91)

- "Für mich hat es eine Ära gegeben, in der es zu kriegerischen Auseinandersetzungen gekommen ist, in die unsere Väter verwickelt waren. Und gleichzeitig hat es im Rahmen des NS-Regimes Vorgänge gegeben, die nicht zu akzeptieren sind ... Na ja, es waren Aktivitäten und Maßnahmen gegen Bevölkerungsgruppen, die eklatante Verstöße gegen die Menschenrechte waren. Wenn Sie so wollen, dann war es halt Massenmord." (profil, 18.2.1985)

- "Das Soldatentum wird von bestimmten Kreisen beschimpft und besudelt, an der Ehre der Gefallenen und Lebenden des Weltkrieges putzen sich so manche Herren nur allzu gerne ihre Schuhe ab." (FPÖ-Pressedienst/fpd, 2.11.1986)

Über die Waffen-SS, die vom Nürnberger Kriegsverbrechertribunal als verbrecherische Organisation eingestuft wurde:

- "Es ist gut, dass es in dieser Welt noch anständige Menschen gibt, die einen Charakter haben, die auch bei größtem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und ihrer Überzeugung bis heute treu geblieben sind." (Treffen früherer Mitglieder der Waffen-SS in Krumpendorf, 30.9.95)

- "Die Waffen-SS war Teil der Wehrmacht, und es kommt ihr daher alle Ehre und Anerkennung zu." (ORF, 19.12.95)

- "Gott sei Dank leben wir in einem Rechtsstaat, wo die individuelle Schuld das Entscheidende ist. Daher kann es nie die Waffen-SS als solche sein, sondern es können nur Einzelne sein, die verfehlt haben und verantwortlich sind." (ohne Datum, zitiert in Die Welt, 8.2.2000)

Über "Tüchtige und Anständige" und deren Gegenteil:

- "Wir geben Geld für Terroristen, wir geben Geld für gewalttätige Zeitungen, wir geben Geld für arbeitsscheues Gesindel, und wir haben kein Geld für anständige Menschen." (Haider vor SS-Veteranen am 30.9.95 in Krumpendorf).

- "Jeder Asylant holt sofort seine Familie nach und lässt sie gesundheitlich sanieren. Auf Kosten der tüchtigen und fleißigen Österreicher." (Kleine Zeitung Graz, 12.1.98)

- "Wer nicht arbeitet, wird sich wieder ans Arbeiten gewöhnen müssen. Weiter ist dieses System auch ein Signal an die Jugend (...) und an alle Sozialschmarotzer, denen man sagen muss: ‚Der Fasching ist aus, und jetzt wird wieder in die Hände gespuckt.`"(fpd, 29.10.98)

- "Wenn ich da an die Polen denke, die glauben, dass sie ohne entsprechende Arbeitsleistung den Wohlstand des Westens erringen werden. Wenn ich mir den Lech Walesa anschau, der ja, seit er Präsident ist, mehr breit als hoch geworden ist, dann ist das symbolisch für diese Denkungsart, die dort herrscht, dass man glaubt, nur mit Erbschaft im Westen die Tragik im Osten kosmetisch überbrücken zu können und zu Wohlstand zu kommen. Wer nicht gelernt hat zu arbeiten, der wird auch in der Zukunft kein Wohlstandsgebiet aufbauen können, und das muss also auch an die Osteuropäer gesagt werden." (Zeit im Bild 1, 1.5.91, Maifeier der FPÖ)

- "Es gibt ein anderes Österreich, jenes, das nicht das der Nieten und Nehmer, der steuerflüchtigen Subventionshaie wie Heller, Jelinek & Co. ist, jenes, in dem sich die anständigen Österreicher finden, die diesem Land dienen und nicht von ihm nehmen, die nicht als Steuerflüchtlinge in Monte Carlo oder sonst wo sitzen und die Steuersubventionen aus der Heimat ungeniert einstecken." (fpd, 5.9.94)

Über Großdeutschland und über Zensur im Dienst der "Wahrheit":

- "Das wissen sie so gut wie ich, dass die österreichische Nation eine Missgeburt gewesen ist, eine ideologische Missgeburt, denn die Volkszugehörigkeit ist die eine Sache und die Staatszugehörigkeit ist die andere Sache". (Inlandsreport, 18.8.88)

- "Wenn ich etwas zu reden habe, wird in den Redaktionsstuben in Zukunft weniger gelogen und mehr Wahrheit sein als jetzt." (Auftritt im Bregenzer Festspielhaus anlässlich des Ausländervolksbegehrens am 25.1.93)

Über seine politischen Konkurrenten:

- "Nicht die Freiheitlichen sind die Schädlinge der Demokratie. Wir sind das Schädlingsbekämpfungsmittel. Bei uns regieren die Rothäute und die Schwarzen - und nicht, wie üblich, dass sie in den Reservaten leben." (Die Presse, 10.9.90)

- "Nicht die braune Brut ist die Gefahr, sondern das rote Gesindel." (Standard, 5.10.90)

- "Wir haben eine rechtsfaschistoide Regierung im Amt, die der Bundespräsident absetzen müsste." (Standard, 1.2.93)

- Die österreichische Bundesregierung bezeichnete Haider abwechselnd als "Flohzirkus" (fpd, 20.4.95), "Schufte" (Kleine Zeitung, 3.10.93) und "drittklassigen Raubritterstadel" (fpd, 29.6.87), als einen "Haufen Hühner, die aufgescheucht durch einen Pleitegeier ziellos herumflattern" (fpd, 5.9.87), einen "Hühnerstall, wo alle gackern, aber niemand ein Ei legt" (Presse, 17.9.87).

Hinzu kommen weitere wüste Beschimpfungen. Österreich sei eine "Brauerei, wo die Flaschen in die Bundesregierung kommen" (SK, 18.11.87), diese Regierung ein "verwirrter Chaotenverein" (fpd, 2.10.87), eine "Ansammlung von Wortbrüchigen" (fpd, 26.9.87) - eine "Versagerregierung" (fpd, 7.9.87). Es ist gerade diese Mischung, die Haiders Diskurs für breite Kreise attraktiv macht: NS-Apologie mischt sich mit Hetze gegen Ausländer, "Schmarotzer", Linke und "die da oben" - ein Gebräu, das mit dem allgegenwärtigen Begriff "Rechtspopulismus" eher verharmlosend beschrieben wird.

13. Das Feindbild. Russlands liberale Intellektuelle und die "kommunistische Gefahr"

Autor: Boris Kagarlitzki · Rubrik: Russland · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:35

Einer der wenigen russischen Intellektuellen, die in Opposition zum Krieg in Tschetschenien stehen, ist der Moskauer Theaterwissenschaftler und Marxist Boris Kagarlitzki. Seinen Artikel über die Mitverantwortung der liberalen Intellektuellen für den Krieg und für die "Reformpolitik" der Jelzin-Ära entnahmen wir der

Nowaja Gaseta.

Seit zehn Jahren ängstigen liberale Intellektuelle die Öffentlichkeit mit der Perspektive einer kommunistischen Restauration. Tatsächlich lebten die meisten aus unserer kulturellen und journalistischen Elite unter den Kommunisten in ganz annehmbaren Umständen. Sicher, sie stießen bei ihrer Arbeit an Hindernisse, aber schon seit langer Zeit konnte man nicht von Totalitarismus sprechen. Unter dem Totalitarismus hätte es keinen Platz für Perestroika gegeben. Es war nur so, dass die Nachtigallen der Perestroika, die später dazu übergingen, die liberalen Reformen zu preisen, ein Feindbild brauchten. Die Kommunisten waren die am besten passenden Kandidaten für diese Rolle - da niemand die stalinistischen Säuberungen vergessen konnte.

Das Feindbild stellte sich als so gruselig heraus, dass die Intellektuellen es allmählich ernst zu nehmen begannen und sich selbst gruselten. Zu dieser Zeit konnte man den Regierenden alles vergeben - wegen des Furcht erregenden Gespenstes einer "totalitären Revanche". 1993 begrüßten die selben Leute, die jetzt "Die Demokratie ist in Gefahr!" rufen, die Verletzung der Verfassung und die Beschießung des Parlaments. Diese Stimmen, die uns nun vor der drohenden Einführung der Zensur warnen, forderten kürzlich noch das Verbot der "roten" Zeitschriften.

Besonders misslich ist, dass der Ausbruch des Autoritarismus im nach-sowjetischen Russland von denen vorbereitet und gebilligt wurde, die sich immer noch als "Demokraten" ausgeben. Nun beklagen sie sich über die erzwungene Einmütigkeit in den Medien. Aber war nicht die "demokratische" Presse Anfang der 90er Jahre genau so einmütig, als man nicht ein Wort der Kritik an Jelzin und den Reformern äußern konnte, ohne als "Feind der Demokratie" gebrandmarkt zu werden? Damals indoktrinierte das Fernsehen mit Propaganda-Klischees und präsentierte das Gespenst einer "rot-braunen" Bedrohung.

Natürlich gab es zwischen 1991 und 1993 auch die kommunistische Presse - aber sie erreichte niemanden als die Kommunisten selbst. Der Oberste Sowjet brauchte eigene Kanäle, um die Gesellschaft von der Existenz nicht-kommunistischer politischer Kräfte zu informieren, die keine Rückkehr in die Vergangenheit anstrebten, aber gleichwohl mit der Regierungspolitik nicht einverstanden waren. Heute haben sich praktisch sämtliche Warnungen, die 1992/93 von Ökonomen aus dem Umfeld des Obersten Sowjets ausgesprochen wurden, als zutreffend erwiesen. Die Entwicklung des Landes ging hin zu einem oligarchischen, peripheren Kapitalismus, führte zur De-Industrialisierung und verschärfte die gesellschaftlichen Widersprüche. Das war 1993 nicht weniger offensichtlich als heute. Hätten die Kritiker der Reformen ein größeres Publikum erreichen können, wären viele Dinge heute anders. Aber 1992/93 wurde den Deputierten des Parlaments diese Möglichkeit vorenthalten - statt dessen wurde ihnen das Feindbild angehängt.

Keine Chance für Kritiker der Reformen

1993 wagte es die Staatsgewalt erstmals, das Gesetz zu brechen und Blut zu vergießen. All das wurde von der liberalen öffentlichen Meinung mit Beifall quittiert. Wer, wenn nicht die Liberalen, erklärte damals, die Verfassung dürfe zum Wohle politischer Effizienz verletzt werden; wer rechtfertigte denn die gewaltsame Vertreibung der Bürger vor dem Fernsehsender Ostankino; wer war so begeistert beim Anblick des brennenden Weißen Hauses?

Nach der Beschießung des Parlaments begrüßte die liberale Intelligenz enthusiastisch die autoritäre Verfassung von 1993, die in jeder Hinsicht einen Schritt zurück hinter die Gesetzgebung von 1991/92 bedeutete. Das Grundgesetz der Jelzin-Ära entzog die Regierung und den Präsidenten nicht nur der Kontrolle anderer Institutionen, es ordnete ihnen auch das Verfassungsgericht unter, was der Unabhängigkeit der Justiz

ein Ende bereitete. In der Zwischenzeit wurde das Parlament zu einer politischen Bühne mit einer Comic-haften Opposition herab gewürdigt.

Vom Putsch in Moskau zum Krieg um Grosny

Der erste Tschetschenien-Krieg war die logische Fortsetzung der Beschießung des Weißen Hauses. Wenn man das Parlament in Moskau beschießen kann, warum sollte man nicht auch Dudajews Palast in Grosny bombardieren können? Warum sollte man nicht Zivilisten in Tschetschenien umbringen können, wenn das in der Hauptstadt akzeptiert wurde? In welcher Hinsicht standen die tschetschenischen Guerillas über den "roten Militanten", die 1993 Gegenstand des Schreckens waren?

Unsere Menschenrechtsaktivisten ermutigten die Staatsgewalt, Gesetze zu verletzen und Dissens nieder zu knüppeln. Es kam ihnen niemals in den Sinn, dass die Minderheit der "Roten" die gleichen Menschenrechte genießt wie alle anderen. Auch wenn nostalgische Kommunisten nicht auf Seiten der Demokratie stehen, so bleiben sie doch Staatsbürger und müssen vom Gesetz geschützt werden. Die liberale Intelligenz, die die sowjetische Zensur los geworden war, wollte die Stimmen all derer ignorieren, die unter dem neuen nach-sowjetischen System litten.

1996 begann die hysterische Propaganda von neuem. Anders als 1993 kamen Versuche, die Menschen mit der Herrschaft Sjuganows zu ängstigen, nicht in Betracht. Damals waren die Anführer der wiederbelebten Kommunistischen Partei in das Jelzin-Regime völlig integriert und hatten Zugang zu den selben Quellen des Profits und der Vergünstigungen wie alle anderen. 1996 herrschte nicht die Furcht vor einer Rückkehr der Kommunisten, sondern vor der Unvorhersehbarkeit der Entwicklung, die nun mal mit der Demokratie einher geht. Allein der Gedanke, die Menschen ihre eigene Wahl treffen zu lassen, erschien schrecklich. Natürlich musste die Wahl stattfinden, aber die Entscheidungen mussten anderswo und von anderen Instanzen getroffen werden. So boten die Wahlen von 1996 keine Alternative - insbesondere wenn man die Warnungen berücksichtigt, dass bei einem "nicht akzeptablen" Ergebnis ein Bürgerkrieg beginnen könnte.

In einer Hinsicht waren die Wahlen von 1996 noch schlimmer als die jetzigen - wegen der massenhaften Unterstützung der Staatsgewalt durch die liberale Intelligenz. Ein Chefredakteur drückte es so aus: "1996 verschlossen wir für die Zeit der Wahlen unser Gewissen in einer Truhe". Heute zeigt sich, dass sie den Schlüssel für die Truhe verloren haben ...

Boris Kagarlitzki

14. Putin und kein Ende. Russland wählt und der Sieger steht schon fest

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Russland · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:22

Die heiße Phase des Wahlkampfes in Russland ist eingeläutet. Dabei fällt auf, dass nicht über Programme für die am 26. März bevorstehende Präsidentenwahl gesprochen wird, sondern nur Positionen pro oder contra Wladimir Putin ausgetauscht werden. Erwartungen, Ängste, gute Gründe dafür, dass man erst einmal abwarten müsse, verbinden sich mit der Erwartung, dass Putin Präsident werden könnte. Manche nennen Putin bei seinem St. Petersburger Spitznamen "Stasi", andere reden nur von der "Interimsperson"; die Mehrheit der Medien hat sich auf Mr. Nobody oder, noch klarer, auf Black Box Putin eingeschrieben. Wer also ist Putin?

Wladimir Putin ist der designierte und demnächst vermutlich auch gewählte Nachfolger des russischen Präsidenten Boris Jelzin. Er ist der Erbe der autoritären Anarchie Jelzinschen Zuschnitts, deren krassester Ausdruck das schwarze Loch Tschetschenien ist, in dem sich die kriminelle Energie der zurückliegenden Jahre der russischen Privatisierung zu einer terroristischen Ausnahmesituation verdichtet hat. Außenpolitisch ist Putin Erbe des für Russland verlorenen Kalten Krieges, der sich zunehmend in einen kalten Frieden verwandelt, welcher durch die Eindämmungspolitik des Westens, speziell der USA gegenüber Russland charakterisiert wird. Im Kosovo, in Tschetschenien, in allen Konflikten entlang der ehemaligen Systemgrenzen stehen sich die USA und Russland, allen internationalen Vereinbarungen zum Trotz, in einem verdeckten Krieg gegenüber.

Putin ist der "starke Mann", der Russland wieder zum Sieg und zur nationalen Selbstachtung zu führen verspricht, nachdem es sich seit seinem Rückzug aus Afghanistan von einer Niederlage zur anderen gedrängt sah: Ende der Sowjetunion, Auflösung des Warschauer Paktes, krisenhafter Verlauf der Reformen, Desaster des ersten tschetschenischen Krieges, NATO-Erweiterung, Selbstmandatierung der NATO im Kosovo. Der tschetschenische Krieg ist das Vehikel, mit dem Putin seine Politik zur Aufhebung dieses nationalen Erniedrigungssyndroms betreibt; ihm verdankt er seine Popularität in der Bevölkerung und das Stillhalten seiner Opponenten in der politischen Klasse.

Putin ist ein Kind des Jelzin-Clans, das heißt der russischen Privatisierer und Schock-Therapierer der Jelzin-Ära, konkret des "Leningrader Kommandos" um Anatoly Tschubajs. Putin ist zur Stabilisierung der durch die Privatisierung entstandenen Verhältnisse angetreten. Hinter ihm steht die Mehrheit der Oligarchen, insbesondere Beresowski und Abramowitsch, der Inlandgeheimdienst mit seinen Seilschaften zum alten KGB und die Armeespitze. Die Immunitätserklärung gegenüber Boris Jelzin bei dessen vorzeitiger Abdankung ist der äußere Ausdruck davon. Die Erklärung enthält das Versprechen Putins, dass niemand für kriminelle Praktiken der privaten Aneignung des früheren Volksvermögens zur Rechenschaft gezogen werden wird.

Ob Putin dieses Versprechen halten kann, ist eine der offenen Fragen, die dazu führt, dass man sich nicht vorbehaltlos auf seine Seite schlagen kann. Noch sind die Verteilungskämpfe nicht gänzlich ausgestanden. Offen ist auch noch, was mit den sogenannten natürlichen Monopolen wie Gasprom, dem Energiekonzern RAOES oder dem Monopol der Eisenbahn geschieht. Werden sie privatisiert oder nicht? RAOES-Chef Tschubajs hat sich gegen eine Privatisierung von RAOES gewandt. Putin erklärte Gasprom für unantastbar, hat aber zugleich dem Gasprom Vorsitzenden Ren Wecherew zur selben Zeit eine Unterwerfungserklärung unter die Regierungspolitk abgepresst. Wohin die Reise geht, ist offen.

Putin ist Programmlosigkeit als Programm. In ihm kommt die Entideologisierung, die mit der Perestroika eingeleitet, mit Boris Jelzin radikalisiert wurde, zu ihrem vorläufigen Endpunkt. Was bleibt, ist Machterhaltung. Putins Bündnispolitik ist von opportunistischen Erwägungen machiavellistischer Machttechnik bestimmt. Der "Offene Brief an die Wähler", den Putin erst vor wenigen Tagen veröffentlichen ließ, ändert daran wenig. Er legitimiert nur, was bereits geschieht: Die Rettung Russlands durch die Politik einer starken Hand, den Tschetschenienkrieg als Mittel, die Krise in den Griff zu bekommen.

Putin von Krieges Gnaden

Der vorzeitige Rücktritt Boris Jelzins hat Wladimir Putin einen konkurrenzlosen Start verschafft. Gegen einen Ministerpräsidenten Putin, der zugleich Interimspräsident, Präsident der GUS und Heerführer des russischen Rachefeldzuges gegen die "tschetschenischen Banditen" ist, hat kein anderer Kandidat eine Chance. Infolgedessen haben sich die möglichen Kandidaten Primakow, Tschernomyrdin, Lebed ausgeklinkt; von den elf jetzt verbliebenen Kandidaten haben lediglich Gennadij Szuganow und Grigori Jawlinksi wenigstens die Aussicht auf einen politischen Achtungserfolg von vielleicht 30% für Szuganow und 10 - 15 % für Jawlinski. Alle anderen Kandidaten sind für den Wahlausgang ohne Bedeutung. Aber auch die zwei Genannten sind für Putin letztlich nur Sparringspartner. Gegenwärtig würden 59% der Wähler/innen für ihn stimmen. Alles in allem beschreibt dies eine legale, verfassungsgemäße Usurpation der Macht durch die Jelzin-Administration.

Die politische Kräfteverteilung im Bereich der legalen Machtorgane Russlands (Präsident, Regierung, Parlament) nach dem genialen Neujahrsstreich Boris Jelzins, lässt sich etwas salopp in drei Kategorien fassen: Macht, Mitmacht und Ohnmacht.

Macht - das ist die Fraktion "Einheit" einschließlich der ihr angeschlossenen unabhängigen Kandidaten; Mitmacht - das sind die Kommunistische Partei und ihr Anhang. Sie führen zwar einen Wahlkampf gegen Wladimir Putin, aber schon jetzt ist klar, dass sie auf eine konstruktive Opposition unter Putin orientiert. Ohnmacht - das ist die Fraktion "Jabloko" unter ihrem Chef Grigori Jawlinski. Sie opponiert offen gegen Wladimir Putin und zeigt sich darüber hinaus bereit, die nicht-parlamentarischen demokratischen Proteste auf sich zu ziehen, einschließlich derer, die sich durch ein Zusammengehen von Putin und KPRF abgestoßen fühlen. Zwischen diesen drei Fraktion stehen "Vaterland" (Juri Luschkow), "Union rechter Kräfte" (Anatoly Tschubajs, Sergeij Kirijenko, Boris Nemzow u.a.), und die Unabhängigen, die sich weder zur offenen Opposition noch zur klaren Kooperation mit einem der drei Hauptblöcke entscheiden können.

Zu beachten ist, dass - gemessen an den Vorgängen der Wahlkämpfe von 1996 - erwartungsgemäß ca. 40 bis 50% der Bevölkerung sich der Wahl verweigern könnten, also ein großes, relativ unberechenbares Protestpotenzial außerhalb des Wahlvorganges verbleibt. Wladimir Putin ist, auch wenn er gewählt wird, nur Präsident eines Teils, nicht der Gesamtheit des russischen Volkes.

Um die entstandene Situation zu verstehen, muss man sich zwei prinzipielle Aspekte der russischen Wirklichkeit in Erinnerung rufen: Erstens ist Russland keine Demokratie westlichen Zuschnitts und wird es nicht werden. Russland wird seinen eigenen Weg einer korporativen Ordnung finden - demokratisch oder auch nicht. Russlands Krise ist zweitens eine Wachstumskrise, die auf eine andere Weltordnung als die von den USA gewollte one-World-Hegemonie hinstrebt. Vor diesem Hintergrund muss man die Varianten beurteilen, die für eine Zukunft unter einem Präsidenten Wladimir Putin jetzt gehandelt werden.

Da fällt zunächst die euroasiatische Variante ins Auge. Sie formuliert sich im Moment besonders schrill. Sie beinhaltet die Abwendung Russlands von den USA und seine Hinwendung auf die Stärkung der eigenen Rolle als die entscheidende Kontinentalmacht auf dem euroasiatischen Kontinent. Sie prognostiziert eine Konfrontation zwischen der Kontinentalmacht Russland und der atlantischen Macht USA und die Entwicklung einer Front entlang dieser Grundkonstellation. Vertreter dieser Variante sind Leute wie Alexander Dugin, zur Zeit politischer Berater des Dumapräsidenten Selesnjow, Alexander Prochanow, Herausgeber der einflussreichen national-bolschewistischen Wochenzeitung "Sawtra" (Morgen) und andere "Patrioten" und Nationalisten bis in die Reihen der Kommunistischen Partei Russlands (KPRF) hinein.

Zwischen Integration und verdecktem Krieg

Das ist zum Zweiten die demokratische Variante. Das meint ein Russland, das sich weiter auf dem Weg der eingeschlagenen Reformen entwickeln werde, allerdings gefährdet durch einen möglichen Diktator Putin: Putin als russischer Pinochet, der von einer vereinigten Front der Westler bekämpft werden müsse. Vertreter dieser Variante sind Jegor Gaidar, Sergeij Kirijenko und andere aus der Gruppe der sogenannten "Jungen Reformer" bis hin zu Grigori Jawlinksi und den unterschiedlichsten NGOs, wie der Helsinkigruppe, Human Rights Watch, den Kriegsdienstverweigerern, den Antimilitaristischen Komitees und kleinere lokale Gruppen.

Die dritte Variante ist die der Reformlinken: Sie geht davon aus, dass die Politik Putins Massenunruhen, Streiks und Proteste hervorbringen wird. Vertreter dieser Position sind freischwebende Intellektuelle der "neuen Linken" wie Boris Kagarlitzki oder kleinere Gruppen wie die Moskauer "Alternative" um Alexander Busgalin. Politische Vereinigungen wie die ihrem Selbstverständnis nach sozialdemokratische "Partei der

Werktätigen" eines Boris Slawin oder Radikaldemokraten aus den Menschenrechtsgruppen wie Ludmilla Alexejewa, Präsidentin der Helsinki-Gruppen, finden sich hier ein.

All diese Hoffnungen auf außerparlamentarische, gar proletarische Proteste werden allerdings stark relativiert durch die Vertreter der neuen Gewerkschaften, die sich einem eindeutigen Integrationskurs verschrieben haben. Größere Unruhen in Betrieben, so der Präsident der Moskauer freien Gewerkschaften, Michail Nagaitzew, seien in absehbarer Zeit nicht zu erwarten, es sei denn, dass die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung Russlands sich durch globale Einflüsse grundlegend änderten. Zur Zeit sind die wirtschaftlichen Indikatoren auf leichtes Wachstum des heimatlichen Marktes und einen allmählichen Abbau der staatlichen Lohnschulden gestellt. Das verspreche der zukünftigen Regierung eine Phase relativer Ruhe. Äußerstenfalls, so die Einschätzung, werde es zu lokalen Unruhen, Betriebsbesetzungen oder kleineren Meetings kommen.

Im Krisenherd Kusbass, in Sibirien und in anderen Regionen kommt es in der Tat immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen in den Betrieben. Immer wieder gehen örtliche Skandale durch das russische Fernsehen. Aber so wie Moskau für die Region weit entfernt ist, so sind solche Proteste aus Moskauer Sicht lediglich "Kleingeld". Wladimir Putin wird sich um diese lokalen Proteste wenig kümmern. Stattdessen wird er sich darum bemühen, gemeinsam mit den Kommunisten als konstruktive Opposition einen Kurs der schrittweisen Restauration zu verwirklichen. Die Perspektive eines langandauernden Krieges im Kaukasus gehört dazu ebenso wie die Fortsetzung der "Kalten Freundschaft" mit dem Westen, das heißt vor allem, einer Fortsetzung des verdeckten Krieges zwischen den USA und Russland im Kaukasus und an anderen Konfliktzonen der ehemaligen Systemgrenzen bei gleichzeitiger Kooperation gegen den "islamischen Terrorismus". Mit anderen Worten, man wird sich daran gewöhnen müssen, auch in Russland zukünftig einen pragmatischen Modernisierer an der Spitze des russischen Staates zu sehen, der einen Vergleich zu Schröder, Blair oder Clinton nicht scheut.

Kai Ehlers

www.kai-ehlers.de

15. "Eine ganze Bewegung wurde ausgelöscht." Interview mit Jaime Cedano vom kolumbianischen Linksbündnis UP

Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:26

Seit 40 Jahren waren in Kolumbien nicht mehr so viele Menschen zu einer Demonstration zusammengekommen wie anlässlich der Beerdigung des Präsidentschaftskandidaten der Unión Patriótica (UP), Jaime Pardo Leál, im Jahr 1988. Die 1984 gegründete UP stieg schnell zur stärksten Organisation der kolumbianischen Linken auf. Zehn Jahre später waren 4000 ihrer Mitglieder und WählerInnen tot, von Paramilitärs ermordet, die UP war weitgehend zerstört. Man hatte die ländlichen Hochburgen der UP derart systematisch "politisch gesäubert", dass Ende letzten Jahres die Mehrheit des kolumbianischen Parlaments den Feldzug der Paramilitärs als "politischen Genozid" charakterisierte. Nach den Jahren der Krise bemüht sich die Organisation heute im Rahmen der Gewerkschaftsbewegung und des Friedensprozesses zwischen kolumbianischer Regierung und FARC-Guerilla um den Wiederaufbau ihrer politischen Strukturen. Mit Jaime Cedano, Mitglied des Leitungsgremiums der UP sowie des Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei, PCC, sprachen zwei Mitglieder der Initiative Libertad! im Januar in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá.

Libertad!: Die UP entstand 1984 in der Folge von Friedensvereinbarungen zwischen den FARC (1) und der kolumbianischen Regierung. Wie kam es zur Gründung des linken Bündnisses?

1984 unterzeichneten drei Guerillabewegungen - EPL (2), M-19 (3) und FARC - in La Uribe jeweils eigene Friedensverträge mit der Regierung von Belisario Betancur. Zu diesen Abkommen gehörte, dass sich die Regierung zu einer Reihe sozialer, politischer und ökonomischer Veränderungen verpflichtete. Vereinbart wurde auch, Bedingungen für einen Transformationsprozess der FARC von einer bewaffneten zu einer in erster Linie politischen Bewegung herzustellen.

War damals die Demobilisierung und Entwaffnung der FARC im Gespräch?

Nein, es ging darum einen Rahmen zu schaffen, in dem die FARC politisch arbeiten kann. Zu diesem Zweck entstand die UP. Die Idee war nicht eine Parteigründung, sondern der Aufbau einer pluralistischen Bewegung mit einem demokratischen Programm und dem Ziel, eine politische Alternative zum kolumbianischen Zweiparteiensystem zu schaffen. Die Kommunistische Partei (PCC), verschiedene regionale politische Gruppen, Gewerkschaften und Intellektuelle traten der Organisation bei. Die Spitze des Bündnisses war zunächst identisch mit dem der FARC, erst später wurde eine gemischte Leitung gewählt. Die FARC schickte 25 Kommandanten in die Städte, um die UP aufzubauen. Sie hatten mit der Regierung ausgehandelt, dass diese Kader amnestiert werden und legal arbeiten konnten. Das war etwas Einmaliges. Die FARC war damals sehr viel kleiner als heute.

1985 trat die UP zu den Wahlen an ...

und erreichte ein historisches Ergebnis, 400.000 Stimmen. Das waren knapp vier Prozent. Die kolumbianische Linke hatte nie zuvor mehr als 2 Prozent bekommen. Jetzt saßen Guerilla-Kommandanten als Abgeordnete im Parlament. In einigen Regionen wie Urabá gewannen wir die meisten Bürgermeisterämter. Die UP wuchs, allein in Urabá hatten wir plötzlich 10.000 Mitglieder.

Wann begann der schmutzige Krieg gegen die UP?

Schon während und kurz nach den Wahlen gab es Attentate. Aber die schlimmste Zeit war von 1989 bis 1992. Sie haben den Präsidentschaftskandidaten und den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei umgebracht, Bürgermeister und Parteimitglieder, aber auch einfache Wähler und Sympathisanten. Es gab täglich Massaker mit fünf, zehn, zwanzig Toten.

Du erwähntest Urabá. Das ist heute eine Region, die teilweise von den Paramilitärs kontrolliert wird.

Wir haben einige Gebiete ganz verloren. Man muss aber ehrlicherweise sagen, dass auch eigene Fehler dazu beigetragen haben. Die UP wuchs sehr schnell, es war eine Zeit großer Kämpfe und sozialer Mobilisierungen. Besonders auf lokaler Ebene war die UP oft stärker oder gleich stark wie die traditionellen Parteien. Diese

begannen, uns Bündnisse vorzuschlagen: kleine Stimmabsprachen, Geld für einen Kindergarten und so weiter. Die UP-Vertreter gewöhnten sich daran, mit den traditionellen Parteien zu verhandeln. Einige unserer Kader bewegten sich zunehmend auf der gleichen Ebene wie deren Kaziken. Es gab in der UP zwar keine allgemeine Korruption, wohl aber eine politische Tendenz, die ausreichte, das Vertrauen in die Leitung zu zerstören. Letztendlich ausschlaggebend für den Verlust unserer Basis war aber der schmutzige Krieg.

Wie reagierte die FARC auf den schmutzigen Krieg? Ganz offensichtlich wurden doch die Vereinbarungen und der Waffenstillstand von Regierungsseite gebrochen?

Weder FARC noch Regierung hatten den Mut, die politische Verantwortung dafür zu übernehmen. Die Friedensverträge waren ja im Krieg ausgehandelt worden. Die M-19 war damals mit einer riesigen Kolonne Kämpfer nach La Uribe marschiert. Carlos Pizarro (4) unterzeichnete den Friedensvertrag mit einer Schusswunde im Arm. Irgendwann nahmen die Gefechte wieder zu und 1988 gingen die Kommandanten zurück in die Berge.

Die ELN (5) hatten es 1984 von vornherein abgelehnt, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Sie haben auch eine legale Organisation, A Luchar!, gegründet. Waren sie erfolgreicher?

Sie bezeichneten den Prozess von 1984 als Reformismus. A Luchar! hatte eine gewisse Stärke, aber auch sie sind gescheitert. Der Niedergang der sozialen Bewegungen war ein allgemeiner.

Wenn du neben der Niederlage der legalen Linken noch die Demobilisierung mehrerer Guerillas betrachtest - die M-19 ist vollständig vom System aufgesogen, ein Teil der EPL ist sogar zu den Paramilitärs übergelaufen - tragen diese Erfahrungen nicht gerade zu einem positiven Panorama für Friedensprozesse bei.

Das sind die Phänomene, die dazu führten, dass es ab Mitte der 90er Jahre praktisch zum Stillstand der sozialen Protestbewegungen kam. Es gab kaum Streiks oder Demonstrationen. Es war aber auch eine Zeit schwerer ideologischer Auseinandersetzungen in der Gewerkschaftsbewegung. Der Dachverband CUT geriet in den 90er Jahren immer stärker unter den Einfluss der M-19. Zwei Vorsitzende der CUT in Folge wurden als Arbeitsminister in die Regierung geholt. Vor drei Jahren gelang es einem linken Block aus der Kommunistischen Partei, der ELN und der PCML (6), den CUT-Vorsitz zu gewinnen, und so begann eine Wiederbelebung des gewerkschaftlichen Kampfes.

Trotzdem ist doch sehr augenscheinlich, dass parallel zu einer tief greifenden Krise der legalen Linken die Guerillas immer stärker wurden.

Nach dem Angriff auf das Hauptquartier der FARC 1991 änderte die Organisation ihre interne Struktur: Die leitenden Kader verteilten sich in verschiedene Regionen. Die FARC wurden schnell vor allem militärisch sehr stark, ihre Angriffe massiver und häufiger, bis sie schließlich von einer klassischen Guerilla zum Aufbau einer Volksarmee übergingen. Die strategische Perspektive ist klar. Jede radikale Veränderung verlangt eine starke Guerilla, aber auch eine organisierte und aktionsfähige Bewegung in den Städten, verbunden durch eine programmatische Einheit...

... diese Einheit liegt doch eher in der Zukunft...

... Programmatisch sind wir mit der FARC einig, in den taktischen Konzeptionen nicht. Vor drei Jahren sagte die FARC: In der Stadt kann man nichts machen, sie schießen die Leute einfach zusammen, das Einzige, was zählt, ist der bewaffnete Kampf.

Die Geschichte der UP lieferte ihnen schwerwiegende Argumente.

Das ist richtig. Unsere Geschichte ist ohne Frage voller Fehler. Aber man muss auch sehen, dass wir uns seit drei Jahren in einer Phase der Restrukturierung befinden. Wir haben Niederlagen einstecken müssen, aber wir sind hier um zu kämpfen - also kämpfen wir! Der bewaffnete Kampf ist momentan das wichtigste und dynamischste Element, sicher. Aber heute hat die FARC sehr viel mehr Bezüge zur sozialen Bewegung als vor drei Jahren.

Die FARC bestehen gegenüber der Regierung darauf, zuerst über die Arbeitslosigkeit und das neoliberale Wirtschaftsmodell zu verhandeln.

Auch die FARC musste etwas lernen. Letztes Jahr gab es einen Streik. Eine Woche lang haben wir jeden Tag die Innenstadt besetzt und jeden Tag kam die Polizei und hat mit Gas auf uns geschossen. Die Arbeiter warfen Steine, es gab regelrechte Straßenschlachten. Das war genau zu der Zeit, als sich Manuel Marulanda, der Oberste Kommandant der FARC, erstmals mit dem Präsidenten traf. Und die FARC hat nichts gesagt, nicht einmal einen Gruß an die kämpfenden Arbeiter! Nur das Bild von Marulanda mit dem Präsidenten in der Zeitung. Die jetzige Position der FARC bezüglich der Arbeitslosigkeit ist sehr wichtig, weil sie die Annäherung zwischen der Gewerkschafts- und der Guerillabewegung fördert.

Vor einem Jahr begannen die Gespräche zwischen FARC und Regierung. Seitdem wird allerorten von Frieden gesprochen. Sind die Menschenrechtsverletzungen zurückgegangen?

Nein, die Angriffe der Paramilitärs haben sich sogar ausgedehnt. Früher gab es Wellen von Massakern in Regionen, wo wirtschaftliche Großprojekte angesiedelt oder geplant waren. Heute haben sich die systematischen politischen Morde weiter auf andere gesellschaftliche Gruppen ausgeweitet. MenschenrechtsaktivistInnen und Intellektuelle sind zu einem vorrangigen Ziel der Paramilitärs geworden.

In den letzten Wochen gab es eine große öffentliche Diskussion um ein Gesetzesvorhaben, dass das "Verschwindenlassen" unter Strafe stellen soll. Im Mittelpunkt der Debatte stand der Begriff des "politischen Genozids".

Im Gegensatz zum Parlament lehnte der Regierungschef Andres Pastrana das Gesetz ab, weil er schon wegen der Verhandlungen unter großem Druck seitens des Militärs steht - also muss er ihnen in anderen Fragen nachgeben. Die Ablehnung des Begriffs "politischer Genozid" war da nur ein Vorwand. Das Gesetzesvorhaben geht auf eine Klage der UP vor dem Interamerikanischen Gerichtshof 1993 zurück, die akzeptiert wurde. Sie wird allerdings modifiziert werden müssen, weil der Begriff des "politischen Genozids" im internationalen Recht bisher nicht verankert ist.

Was erhofft sich die UP von der Klage?

Wir befinden uns noch in der Phase der Beweisaufnahme, es sind erst 1350 Fälle erfasst. Das wichtigste Ziel ist die Übernahme der politischen Verantwortung durch den Staat. Wir wollen eine vollständige Aufklärung, die Täter müssen bestraft werden. Wir fordern soziale und politische Reparationen sowie Entschädigungszahlungen für die Angehörigen. Wir wissen zwar nicht, wie eine politische Reparation aussehen kann, aber wo eine ganze Bewegung ausgelöscht wurde, muss es sie geben.

Anmerkungen:

1) Die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens - Volksheer sind die älteste und größte Guerillaorganisation Lateinamerikas. Die FARC ist marxistisch-leninistisch orientiert und kontrolliert mit ihren 15.000 KämpferInnen große ländliche Regionen in Kolumbien.

2) Die 1967 entstandene maoistische Volksbefreiungsarmee zerfiel Anfang der 90er Jahre in mehrere Teile, wovon sich einige paramilitärischen Gruppen anschlossen, während ein kleiner Teil den Guerillakampf bis heute fortsetzt.

3) Die nach dem Wahlbetrug 1970 gegründete Bewegung des 19. April vertrat einen nationalistischen Antiimperialismus und war die einzige in den Großstädten aktive bewaffnete Organisation. 1989 wurde die M-19 legalisiert und wandelte sich zu einer sozialdemokratischen Partei.

4) Carlos Pizarro war eines der führenden Mitglieder der M-19. Er starb 1989 durch ein Attentat.

5) Das von der kubanischen Revolution inspirierte Nationale Befreiungsheer ist eine seit 1964 bestehende Guerillaorganisation mit schätzungsweise 6.000 KämpferInnen.

6) Die Kommunistische Partei Marxisten/Leninisten ist eine vergleichsweise kleine maoistische Organisation mit regionalem Einfluss in der Gewerkschaftsbewegung.

Vorabdruck aus dem So oder so Magazin "Mitten im Krieg - Friedensprozess und Menschenrechte in Kolumbien", das im Mai 2000 erscheinen wird.

Vorbestellungen richten an:

Libertad!-Versand; Falkstr. 74;

60487 Frankfurt

16. Die Nächte der langen Messer. Die rassistische Gewalt in El Ejido ist kein Einzelfall

Autor: Tom Kucharz · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:44

Die Region um El Ejido in der Provinz Almeria war lange Zeit als eine der ärmsten Gegenden Europas bekannt. In den letzten 20 Jahren hat sich das Bild aber grundlegend geändert. Gekennzeichnet von sich über mehrere Quadratkilometer erstreckende Plastikdächer, unter denen tausende MigrantInnen unter hohem Gesundheitsrisiko und für geringem Lohn bis zu 12 Stunden am Tag schuften, hat sich dort eine intensive Landwirtschaft entwickelt. Mit dem Anbau von vorwiegend für den Export bestimmten Obst und Gemüse werden im Jahr mehr als 3,7 Milliarden Mark erwirtschaftet. Die meisten MigrantInnen leben in einfachst gebauten Hütten, ohne Licht, Gas oder Wasser. Auf der einen Seite fällt der Kapitalertrag der rund 50.000 Menschen in El Ejido höher aus als sonst wo im ganzen Land, auf der anderen Seite haben nirgendwo sonst in Europa so wenige Kinder und Jugendliche die Möglichkeit zur Schule zu gehen: nur 50 Prozent.

Die rassistischen Angriffe in El Ejido begannen am 5. Februar. Zwei Tage später veröffentlichten AktivistInnen der Landarbeitergewerkschaft SOC einen Hilferuf an die Öffentlichkeit und gaben Einzelheiten über die Vorgänge vor Ort bekannt: "... aus Almeria starten wir einen Hilferuf, sofort auf die schreckliche Explosion von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu reagieren, die momentan in El Ejido produziert wird, und sich mittlerweile auf die umliegenden Ortschaften Roquetas de Mar, Vicar, La Mojonera etc. ausdehnt. Mehr als 20.000 MigrantInnen aus Afrika, vor allem aus den Magrebstaaten, werden verfolgt und zusammengeschlagen, ihre Autos und Häuser abgebrannt, ihre Geschäfte verwüstet, verursacht durch Horden einiger Tausend Einheimischer, bewaffnet mit Eisenstangen, Baseballschlägern, Brettern und Macheten; angestachelt von einem irrationalen Hass gegen ‚die Moros`." (Moro ist die rassistische Bezeichnung für Leute aus dem Magreb, ak)

Die Situation sei viel schlimmer als die Medien berichten, so die SOC-AktivistInnen. Viele der MigrantInnen waren in Verstecke geflüchtet, ohne Essen und Trinken, da die Lebensmittelversorgung durch den Belagerungszustand der "Ausländer jagenden" Massen weitestgehend unterbrochen wurde. Dutzende Fahrzeuge, vollbesetzt mit "Glatzen", waren quasi als Mob-Touristen im Ort eingetroffen, die Autokennzeichen deuteten auf die Herkunft Madrid, Valencia und Barcelona.

Die Zugangsstraßen nach El Ejido wurden gesperrt. Sich mit den MigrantInnen Solidarisierende wurden zusammengeschlagen und mit dem Tode bedroht. Das alles geschah unter den Augen der im Ort regierenden Partido Popular (PP), deren Verwaltung nicht nur keinen Anlass sah zu handeln, sondern im Gegenteil alles daran setzte, die Vorgänge zu verschärfen. Die Polizei sah über Tage hinweg den Geschehnissen passiv zu, wenn sie sich nicht sogar aktiv an der Ausländerhatz beteiligte. Den Angaben der Zeitung Ardi Beltza zu Folge, waren Beamte der Lokalpolizei, angeführt von einem Ex-Guardia Civil, an der Zerstörung des Büros der Flüchtlingshilfsorganisation Almeria Acoge ("Almeria nimmt auf") beteiligt, wobei u.a. die Computer auf die Straße geworfen und in den Räumen Feuer gelegt wurde. Zeugen aus den Reihen der Polizei bestätigten, dass sie einen klaren Befehl erhielten, vor Ort zu sein, aber nicht gegen den Mob vorzugehen.

Wohlwollende PP-Unterstützung

Erst durch den Druck verschiedener politischer, sozialer und kultureller Organisationen auf den spanischen Innenminister Jaime Mayor Oreja (PP) wurden zusätzliche Polizeieinheiten nach El Ejido beordert, die die "öffentliche Ordnung" wiederherstellten. Dabei wurden jedoch mehr MigrantInnen festgenommen als rassistische Täter.

Trotz dieser Polizeipräsens wurden die in El Ejido lebenden MigrantInnen weiter bedroht, ihre Kinder konnten nicht zur Schule gehen. Die Wege zur Arbeit versperrten bewaffnete Bürgerwehren. Besonders hart traf es jene Familien, die in ärmlichen Holz-, Blech- oder Plastikhütten lebten, da diese Siedlungen zum größten Teil dem Erdboden gleichgemacht wurden. Hunderte Familien blieben ohne Obdach, flüchteten zu Bekannten oder begaben sich gleich auf den Weg nach Malaga oder Madrid. Auch noch Wochen nach dem Terror flüchten weiterhin MigrantInnen aus der Region. Es kommt immer wieder zu Brandanschlägen auf Flüchtlingsgruppen.

Der PP-Bürgermeister von El Ejido, Juan Enciso, heizte das rassistische Pogrom in seiner Gemeinde immer wieder an und entschuldigte die rassistische Gewalt der BürgerInnen seiner Stadt: "Sie sind doch selber verantwortlich, dass sie gehasst werden", so Enciso in Richtung der gejagten MigrantInnen. Enciso soll in regem Kontakt zu rechtsextremen Gruppierungen aus Almeria (Camisa Negra) und Murcia (Murcia 88) bzw. Madrid, Zaragoza, Barcelona, Valladolid und Sevilla stehen. Mittlerweile sollen in Spanien etwa 25.000 Menschen in rassistischen Gruppen organisiert sein, die zwischen 1991 und 1999 für wenigstens 21 Morde verantwortlich sind. Besonders in der Fußball- und in der rechten Subkultur wächst ein neues Potenzial an organisierten Faschisten heran.

Bei dem rassistischen Mob in El Ejido handelte es sich um eine organisierte Form des alltäglichen Rassismus, der in den letzten Monaten immer massivere Formen annahm. Im Juli letzten Jahres beispielsweise marschierten hunderte organisierte Nazis zusammen mit Teilen der Nachbarschaft in den Vororten Barcelonas Tarassa, Girona und Banyoles gegen die dort lebenden MigrantInnen. An manchen Orten wurden Moscheen, Fahrzeuge und Bars in Brand gesteckt, farbige Jugendlichen wurden gejagt und schließlich ein Wohnhaus angezündet, wobei drei Frauen schwer verletzt wurden.

Ebenfalls letzten Sommer wurden hunderte Sinti- und Roma-Familien von Sondereinheiten der spanischen Polizei auf brutalste Weise aus ihren Hüttensiedlungen am Rande Madrids getrieben, nachdem die Nachbarschaft monatelang Druck auf die Behörden ausübte, "die Zigeuner gefälligst zu entsorgen". Über Wochen hinweg mussten die Frauen und Männer mit ihren Kindern unter freiem Himmel nächtigen, ohne jegliche sanitäre Versorgung und nur mit dem begleitet, was sie am Körper trugen, da ihre Sachen samt Blechhütten von schweren Baufahrzeugen niedergewalzt wurden. Der Madrider Bürgermeister Alvaro Manzano und der Innenminister Oreja - beide PP - schoben sich gegenseitig die Verantwortung zu, wobei sowohl von den Ursachen als auch von der Lösung abgelenkt wurde. Letztendlich organisierte das Rote Kreuz verschiedene Unterkünfte, denen sich wiederum die in der Nähe lebenden Nachbarn mit rassistischen Resentiments entgegenstellten. In dieser Zeit kam es mehrmals zu gewalttätigen Angriffen von Nazigruppen auf in Parks campierende Sinti und Roma.

Tom Kucharz, Madrid

17. Raum für die Worte schaffen. Eine Neuerscheinung zum Politikverständnis der Zapatisten

Autor: Markus Wissen · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:23

Seit sich die "Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung" (Ejército Zapatista de Liberación Nacional - EZLN) am 1. Januar 1994, zeitgleich mit dem In-Kraft-Treten des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA), erhob, hat die Debatte um Alternativen zur neoliberalen Globalisierung einen neuen und wichtigen Bezugspunkt gewonnen. Das liegt nicht nur an den von den Zapatisten angeregten interkontinentalen Treffen gegen den Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft, sondern auch am zapatistischen Politikverständnis.

Letzteres ist der zentrale Gegenstand des von Ulrich Brand und Ana Esther Ceceña herausgegebenen Buches "Reflexionen einer Rebellion". Sein Ziel ist es, "wichtige Texte, die sich informiert und engagiert mit dem zapatistischen Aufstand befassen, der hiesigen Diskussion zugänglich" zu machen (S. 18).

Die Leistung des Buches geht jedoch weit über diese eher bescheidene Zielvorstellung hinaus. Die AutorInnen ermöglichen eine Vielzahl von Einblicken, die in der Zusammenschau ein eindringliches Bild der Rebellion, ihrer Ursachen und ihrer Bedeutung vermitteln. So untersucht Rubén Jiménez Ricárdez den historischen Kontext des Aufstands als den "Aufstieg und Fall einer perfekten Diktatur" (S. 42 ff.). Er zeigt u.a. auf, wie sich unter der Präsidentschaft von Carlos Salinas, der 1988 mit Hilfe eines Wahlbetrugs an die Macht gekommen war, die Spielräume für eine friedliche Artikulation marginalisierter Interessen so weit verengten, dass als einziger Ausweg der bewaffnete Aufstand blieb. Entscheidend waren dabei die auf Salinas' Initiative hin veränderten Bedingungen des Kampfes um Land: Die Änderung von Artikel 27 der mexikanischen Verfassung ermöglichte eine höhere Eigentumskonzentration und bereitete dem Eindringen ausländischen Kapitals in der Landwirtschaft den Weg. Damit brach sie "den historischen Verfassungskompromiss mit den indigenen und mestizischen Campesinos" (S. 60).

Der wenig später folgende Aufstand lässt sich mit Enrique Rajchenberg und Catherine Héau-Lambert als ein "Kampf um Bilder und Begriffe" interpretieren, als Wiederaneignung einer von den Herrschenden verdrängten bzw. instrumentalisierten Geschichte (S. 88 ff.). Zu den entscheidenden Aspekten gehören die Anstöße der Zapatisten für die Reformulierung eines emanzipatorischen Politikverständnisses. Die EZLN hat zu den Waffen gegriffen, um, so Márgara Millán, "Raum für die Worte" zu schaffen. Raum, in dem sich die Ausgebeuteten und Ausgeschlossenen organisieren und selbst regieren. "Die Dialoge von Chiapas ... haben die Macht der Worte hervorgehoben, die verschieden sind von der Macht der eingerichteten dominanten Diskurse. Es ist der Raum, in dem sich die anderen artikulieren können" (S. 210).

Zentral für das zapatistische Politikverständnis ist der explizite Verzicht auf die Machtübernahme oder, wie es Ana Esther Ceceña in ihrer Gegenüberstellung von zapatistischer Bewegung und leninistischer Tradition formuliert, die "Entmystifizierung der Machtübernahme" (S. 32): "Der Kampf um die Machteroberung ist Bestandteil jener Welt, gegen die die Zapatistas kämpfen. Ihre Konzeption besteht deshalb darin, sich nicht auf die Enteignung der bestehenden Machtverhältnisse zu beschränken, sondern eine Welt in Frage zu stellen, die auf dieser Basis organisiert ist" (S. 32 f.). Dies schließt ein, dass sie die Revolution nicht als Ereignis, sondern als Prozess verstehen und der Frage der Demokratie einen zentralen Stellenwert einräumen. "Die gesamte Auffassung von Revolution", so John Holloway, "wird umgekehrt: die Revolution wird mehr zur Frage als zu einer Antwort. Preguntando caminamos (‚fragend gehen wir voran`) wird zu einem zentralen Prinzip der revolutionären Bewegung, das radikal demokratische Konzept im Zentrum des zapatistischen Rufes nach ‚Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit`. Die Revolution kommt fragend, nicht erklärend voran." (S. 115)

Die Übereinstimmung der AutorInnen in diesem zentralen Punkt lässt aber durchaus Raum für kontroverse Debatten, so etwa über die Rolle des Staates im zapatistischen Diskurs. Für Holloway etwa richtet sich der zapatistische "Aufstand der Würde" gegen den Staat. Er "kann einzig darauf zielen, den Staat abzuschaffen, oder, auf kurze Sicht, alternative Formen sozialer Organisation zu entwickeln und anti-staatliche Macht zu stärken" (S. 124). Demgegenüber entdeckt Patricio Nolasco in den Verlautbarungen der EZLN Hinweise darauf, dass die Zapatisten dem Staat nicht generell ablehnend gegenüberstehen. Nolasco zufolge "werfen sie

sich nicht zum Feind des Staates als solchem auf, sondern lediglich des Staates in der Form, wie er aktuell in Mexiko besteht" (S. 223).

Kontrovers diskutiert wird auch die Problematik kollektiver Rechte. Luis Hernández Navarro befürwortet letztere. Eine hiervon abweichende Position vertritt Márgara Millán. Sie beschränkt sich nicht darauf, die "Unterordnung des ‚Indigenen` unter das ‚Nationale`" (S. 207) zu kritisieren, sondern versteht die "antidemokratischen Elemente" - in ihrem Beitrag: die patriarchale Ordnung der indigenen Gemeinden - als das Ergebnis einer wechselseitigen Durchdringung staatlicher Einflüsse und indigener Traditionen. Vor diesem Hintergrund greifen dann auch kollektive Rechte zu kurz: Wie die Autorin am Beispiel der Reform von Art. 4 der mexikanischen Verfassung zeigt, kann "eine gewisse ‚kulturelle Pluralität` sehr gut als Ideologie der Marginalisierung funktionieren" (S. 208).

Interessant wäre es sicherlich gewesen, eine eher latente Kontroverse offen zu legen und die im zapatistischen Diskurs zentrale Kategorie der "Zivilgesellschaft" eingehender zu erörtern, als dies etwa Nolasco in seinem Beitrag tut (S. 226 ff.). Offensichtlich unterscheidet sich das Zivilgesellschafts-Verständnis der EZLN erheblich von der in der bundesdeutschen Linken verbreiteten, an Gramsci orientierten Konzeption: Während "Zivilgesellschaft" hier vor allem analytisch verwendet wird - nämlich zur Bezeichnung jener gesellschaftlichen Sphäre, in der konkurrierende politische Projekte um die Hegemonie kämpfen - ist der Begriff dort normativ besetzt und erinnert eher an die Verwendungsweise durch osteuropäische Oppositionelle in den 80er Jahren (was vor dem Hintergrund der autoritären Verhältnisse in Mexiko, denen Freiräume erst abgetrotzt werden müssen, verständlich wird). Das Fehlen einer einschlägigen Analyse schmälert aber nicht das Verdienst dieses äußerst lesenswerten Buches: Ulrich Brand und Ana Esther Ceceña haben in ihm Aufsätze versammelt, die über eine Analyse der Spezifika der zapatistischen Rebellion einen wichtigen Beitrag zur bundesdeutschen Debatte über emanzipatorische Politik leisten.

Markus Wissen

Ulrich Brand/Ana Esther Ceceña (Hrsg.): Reflexionen einer Rebellion. "Chiapas" und ein anderes Politikverständnis, Westfälisches Dampfboot, 2000, 327 S., 39,80DM

18. Mit dem Frieden auf Kriegsfuß. Südphilippinen: Friedensverhandlungen trotz militärischer Konfrontation

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:12

Wird in den Südphilippinen der Friede beschworen, lässt das die Bevölkerung tiefer in Deckung gehen. Nach jahrelangem Auszehrungskrieg zwischen Regierungstruppen und bewaffneten muslimischen Verbänden sollte in diesem Teil des Inselstaates der 25. Oktober 1999 endgültig den Wendepunkt hin zum Frieden markieren. Bleibt der Erfolg der Verhandlungen bis Juni aus, droht die Regierung in Manila, wird über Krieg oder Frieden wieder das Militär entscheiden.

Hintergrund der kriegerischen Auseinandersetzungen in den Südphilippinen ist das (post-)koloniale Erbe jahrhundertelanger spanischer und von 1898 bis 1946 währender US-Herrschaft. Von den Spaniern - in Anlehnung an die "Mauren" bzw. "Mohren" - abschätzig als "Moros" und Piraten gebrandmarkt, die sich auch unter den Nordamerikanern einer vollständigen Unterwerfung widersetzten, richtete sich der Moro-Widerstand seit Ende der sechziger Jahre gegen die interne Kolonalisierung und die fortgesetzte Bevormundung aus Manila. Landraub, Plantagenwirtschaften transnationaler Konzerne, rücksichtslose Umweltzerstörung und Militarisierung gingen einher mit tief greifenden demographischen Verschiebungen in jenen Regionen, die einst mehrheitlich muslimisch oder von Lumad (den indigenen Völkern auf der Südinsel Mindanao) bewohnt waren.

Manila propagierte und protegierte die systematische Ansiedlung aus den nördlichen und zentralen Landesteilen mit der Konsequenz, dass sie auch politisch und wirtschaftlich nahezu sämtliche Schlüsselstellungen im Süden besetzten. Wachsender Unmut und die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes waren die Folge, an dessen Spitze sich - damals unangefochten - die Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF) unter Führung des langjährig in Libyen und anderen arabischen Staaten im Exil lebenden Nur Misuari gestellt hatte. Dabei ging es um die Schaffung eines eigenständigen Moro-Staates, der Republik Bangsamoro.

Ein unabhängiges Bangsamoro war aus Sicht der MNLF die politische Maximalforderung und für das seinerzeit herrschende Marcos-Regime verwerflicher Sezessionismus. Mitte der siebziger Jahre eskalierten die Kampfhandlungen, als die philippinische Luftwaffe Moscheen bombardierte und Eliteeinheiten eine Politik der verbrannten Erde praktizierten. Der Krieg hinterließ seitdem mehr als 120.000 Tote und zwang eine mindestens gleich große Zahl von Menschen, sich ins benachbarte malaysische Sabah in Sicherheit zu bringen.

Durch Vermittlung der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) kam im Dezember 1976 im libyschen Tripolis ein erstes Abkommen zwischen Manila und der MNLF zu Stande, dessen Kernpunkt allerdings für weiteren Zündstoff sorgte: Manila stimmte einer vagen Moro-Autonomie zu, während sich die andere Seite zur Anerkennung der territorialen Integrität und Souveränität des philippinischen Staatsverbandes verpflichtete. Innerhalb der MNLF führte das zu Absetzbewegungen, Verbitterung und Konfusion. Marcos nutzte die Gelegenheit, etliche frühere MNLF-Kader politisch zu kooptieren. Andere vormalige Weggefährten Misuaris gründeten daraufhin 1978 die MILF mit Hashim Salamat als Vorsitzenden.

Zum offenen Konflikt zwischen der MILF und MNLF kam es, als Misuari am 2. September 1996 gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten und Ex-General Fidel V. Ramos in Manila ein Friedensabkommen unterzeichnete. Es sieht einen begrenzten Autonomiestatus in lediglich vier Provinzen und 13 Städten im Süden vor und ermöglichte Misuari den Karrieresprung zum Gouverneur dieser sogenannten Autonomous Region in Muslim Mindanao (ARMM).

Die Krux: Von den Anrainern Indonesien und Malaysia zugesagte Investitionen blieben infolge der eigenen Wirtschafts- und Finanzkrise aus und da Manila weiterhin über Allokation und Umfang des ARMM-Etats entschied, geriet Misuari zusehends in die Rolle eines Bittstellers. Die MILF-Führung bezichtigte ihn der "Kapitulation" und kritisierte vor allem, dass insgesamt über 7.000 Ex-Kombattanten der MNLF in die philippinischen Armee- und Polizeieinheiten integriert werden sollten. Nicht zu Unrecht befürchtete die MILF, dadurch würden alte Weggefährten plötzlich zu neuen Feinden gedrillt.

So blieb das September-Abkommen von Anfang an brüchig und bescherte der mittlerweile etwa 15.000-Mann-starken MILF einen beträchtlichen Zulauf desillusionierter MNLF-Mitglieder. Das wiederum ließ die MILF-Führung verstärkt ihre alte Forderung nach Gründung eines unabhängigen Staates erheben. Diese Forderung brachte den seit Juni 1998 amtierenden Präsidenten und Ex-Schauspieler Joseph Estrada dermaßen in Rage, dass er noch im Frühjahr vergangenen Jahres in Rambo-Manier polterte, "wenn sie dort unten Krieg wollen, sollen sie ihn halt kriegen".

Genau das geschah: Trotz Friedensverhandlungen kam es in den Provinzen Maguindanao, Sultan Kudarat und Nordcotabato wiederholt zu Kämpfen zwischen MILF-Einheiten und Regierungstruppen, die von der Luftwaffe unterstützt wurden. Der Zivilbevölkerung blieb nur die Wahl zwischen Massenflucht oder Zwangsevakuierung.

Eins teilt sich in zwei

Warum also jetzt trotz militärischer Konfrontationen ein neuerlicher Friedensanlauf? Für beide Seiten steht gegenwärtig viel auf dem Spiel - politisch-diplomatisch und wirtschaftlich. Niemals zuvor befand sich die MILF in einer solch starken Position. Ihre Stärke ergibt sich nicht zuletzt aus den Ereignissen im südlichen Nachbarland Indonesien - das Votum der Osttimoresen für Eigenstaatlichkeit Ende August und die lauter werdenden Rufe nach Unabhängigkeit in Aceh, den Molukken und Westpapua (Irian Jaya) - und einer taktischen Kooperation mit der landesweit operierenden Guerilla der von der Kommunistischen Partei (CPP) befehligten Neuen Volksarmee (NPA).

Anders als die Misuari-dominierte MNLF verfügt die MILF über eine kollektive Führung, die es sich leisten kann, auf Mindanao selbst zu verhandeln, relevante politische, ökonomische und kulturelle Themen auf die Agenda zu setzen und sich dabei auf Moro-Nichtregierungsorganisationen vor Ort zu stützen. Misuari war statt dessen, sehr zum Missfallen seiner engsten Vertrauten, unter der Schirmherrschaft des mittlerweile gestürzten Despoten Suharto in Indonesiens Hauptstadt Jakarta auf Geheimverhandlungen und zum Schluss gar auf eine Politik des Friedens um jeden Preis eingeschwenkt. Das schuf Abhängigkeiten, deren Gefangener er heute ist.

Manila muss seinerseits alles daran setzen, die Sicherheitslage im Süden zu stabilisieren, um den Zufluss von Auslandsinvestitionen nicht zu gefährden. Vor allem wenn es sein ehrgeiziges Projekt einer Ostasiatischen Wachstumsregion (EAGA) - bestehend aus den Südphilippinen, Nordindonesien, das malaysische Sabah und Sultanat Brunei - nicht gänzlich begraben will. Dazu aber scheint der in der Wählergunst stetig an Popularität verlierende Estrada nicht willens und fähig zu sein.

Dass erneut Militärs über Krieg und Frieden in den Südphilippinen entscheiden könnten, wird vom Moro-Widerstand nicht ausgeschlossen und von der Zivilbevölkerung befürchtet. Wie anders ist die jüngst wiederholte Drohung Estradas zu deuten, den Militärs das Feld zu überlassen, wenn nicht bis Ende Juni ein Friedenspakt mit der MILF zu Stande kommt?

Rainer Werning

19. Iran: Sieg der Reformer

Autor: Jan Keetman · Rubrik: Iran · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:40

Eigentlich sind die iranischen Konservativen sehr gut gerüstet in die Parlamentswahlen vom 18. Februar gegangen. Dem Sammelsurium aus sich nur teilweise überlappenden Listen des Reformlagers - dem sich in Iran fast alle Welt und vielleicht sogar Gott, jedenfalls viele seiner geistlichen Repräsentanten angeschlossen haben - stellten sie eine einheitliche Liste entgegen. Indem sich der Expräsident Ali Akbar Haschemi Rafsandjani mit seinem breiten Gewicht sowohl auf der Liste der Konservativen (Platz 1) als auch auf der Liste seiner eigentlich dem rechten Flügel des Reformlagers angehörenden Partei Kargozaran Sazandegi (Konstrukteure des Aufbaus) niederließ, war eine gute Hand voll Streit ins Reformlager getragen.

Es gab ein Konzept für den Wahlkampf der Konservativen, das geeignet schien, den unteren Mittelstand und vor allem die Armen, die in Chomeinis Revolution eine so große Rolle gespielt hatten, gegen die Reformer zu mobilisieren. Die Konservativen warfen den Reformern um den Präsidenten Mohammed Chatami vor, immer nur von politischen Freiheiten zu reden, die wirtschaftlichen Probleme der Bevölkerung aber zu vernachlässigen.

Dass alles dies trotz der angespannten wirtschaftlichen Situation, an der auch Chatami in fast drei Jahren nichts geändert hat, nicht im mindesten verfangen hat, zeigt den Tiefgang des gegenwärtigen Umbruchs in der politischen Haltung der Bevölkerung in Iran. Die Armen, die die Geistlichkeit so erfolgreich gegen den Schah mobilisieren konnte und die für Chomeini bereit waren, mit kaum mehr als ihren bloßen Händen Militärbasen zu stürmen, sind längst in Massen zum Reformlager übergelaufen. Selbst der Bazar, der Chomeini seit Anfang der sechziger Jahre unterstützt hat, ist heute zwischen Reformern und Konservativen gespalten. Ebenfalls gespalten ist das Zentrum der iranischen Geistlichkeit in Ghom. Nur in ganz abgelegenen ländlichen Regionen, wie der Provinz Loristan, wo noch feudale Strukturen bestehen, konnten sich die Konservativen halbwegs behaupten.

Auch dass die Konservativen mit Hilfe des Stiftungswesens zahlreiche soziale Dienste verwalten, hat sich nicht als Pluspunkt für sie herausgestellt. Die Stiftungen sind aus dem ehemaligen Vermögen des Schahs und ebenfalls beschlagnahmten Vermögen seiner Anhänger hervorgegangen. Mit ihren Geldern helfen sie Bedürftigen, z.B. dabei, das Kleingeld für Hochzeit und neuen Haushalt aufzubringen. Selbstverständlich nach vorheriger Prüfung des rechten Lebenswandels. Außerdem unterstützen sie die Familien der ca. 700.000 Gefallenen, die das Land der Überfall Saddam Huseins und der lange Krieg gegen den damals von den USA unterstützten Diktator gekostet hat.

Doch statt Dankbarkeit für diese Wohltaten schlägt den Konservativen nun Hass entgegen, denn allenthalben werden sie der Korruption beschuldigt, und alles spricht dafür, dass die Armen Irans in diesem Punkt tatsächlich nicht schlecht unterrichtet sind. Außer diesen sozialen Faktoren spielt natürlich auch die Gängelung des privaten Lebens eine große Rolle. Die Leute haben es einfach satt, fürchten zu müssen, dass es während ihrer Parties klingelt und die Sittenpolizei in der Wohnung steht, nicht nur wegen zu lauter Musik, sondern auch um zu kontrollieren, ob da unverschleierte Frauen rumsitzen und ob etwa Alkohol getrunken wird. Insbesondere die Jugend, die in Iran einen beträchtlichen Anteil der WählerInnenschaft stellt, hat es satt, in der Öffentlichkeit und bis in den privaten Bereich hinein ständig unter Kontrolle zu sein.

Während der islamischen Revolution 1979 hatte der Iran gerade 32 Mio. EinwohnerInnen, heute, nach nur 21 Jahren sind es bereits 65 Mio. und entsprechend jung ist die Bevölkerung. Dies schafft an sich schon ein enormes Potenzial für Veränderungen, ist aber zugleich eine große Gefahr, wenn es nicht gelingt, für so viele junge Menschen Stellen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. Es gab noch viele andere Faktoren, die den Sieg der Reformer erklären. Die Geschäftswelt hofft auf ein Ende der dirigistischen Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen und auf die positiven Auswirkungen einer Öffnung zum Westen, insbesondere ein Ende des US-Embargos. Ein großer Teil der Geistlichkeit macht sich Sorgen wegen des Unmutes, der ihr allenthalben entgegenschlägt, und glaubt, dass ein vorsichtiger Rückzug aus der Politik notwendig ist, um eines Tages nicht ganz unter die Räder zu kommen. Doch neben all diesem Erklärbaren endete die Wahl in der theokratischen Republik dann noch mit so etwas wie einem kleinen Wunder. Es geschah in der allerletzten Auszählung der Stimmen und da, als man die Zahlen wohl noch einmal durchging, stellte sich heraus, dass der vorige Präsident, Rafsandjani, der bei den vorläufigen Ergebnissen zeitweise an 45. Stelle in Teheran stand,

nun doch auf Platz 30 vorgerückt war und damit gerade eben noch den Einzug ins Parlament geschafft hatte. Nun kann es Rafsandjani doch noch versuchen, Parlamentssprecher zu werden - wie schon unter Chomeini. Als Parlamentssprecher ist er zugleich Mitglied in verschiedenen Gremien, die Entscheidungen des Parlamentes dirigieren können, und kann so die Gesetze zwischen dem Parlament und der religiösen Führung ein wenig aushandeln. Sollte Rafsandjani tatsächlich zum Parlamentssprecher gewählt werden, so wäre dies ein weiterer Beleg dafür, dass die Islamische Republik nicht so sehr durch Wahlen als durch Kompromisse zwischen Reformern und Konservativen gelenkt wird. Die Teheraner Jugend kann sich dann ihren Slogan gleich für die nächste Wahl einmotten: "Die Universitäten sind erwacht und hassen Rafsandjani!"

Jan Keetmann

20. Postkarten in Bewegung. Anti-Expo-Proteste nehmen konkrete Formen an

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:34

"Weltausstellungsgegner wollen die Eröffnung der Expo verhindern", meldete die Hannoversche Allgemeine Zeitung am 19. Januar. Auch der Verfassungsschutz äußerst seit Wochen immer wieder seine Besorgnis über das zunehmende Interesse linker Gruppen am Widerstand gegen die am 1. Juni beginnende Weltausstellung Expo2000 in Hannover. Doch anders als diese behördliche Warnung glauben lässt, ist der Widerstand gegen die Expo noch in den Anfängen. Allerdings hat die Bewegung durch die erfolgreichen Proteste gegen die Welthandelskonferenz (WTO) in Seattle Ende November letzten Jahres Auftrieb erhalten.

Schon Anfang der 90er Jahre war die Expo2000 Ziel einer linken Kampagne, die im Wesentlichen von regionalen Initiativen aus Hannover und Umgebung getragen wurden. "Zu teuer, zu gigantisch, zu unökologisch" lauteten damals die Gegenargumente. Höhepunkt der damaligen Anti-Expo-Proteste war eine rechtlich nicht bindende Postkartenbefragung der Hannoveraner BürgerInnen. Mitte Juni 1992 sprach sich dabei eine knappe Mehrheit von 51,5 Prozent für die Expo aus. Daraufhin verebbte der Widerstand.

Erst letzten Herbst wurde die Expo in den verschiedenen linken Teilszenen wieder zum Thema. So versammelten sich Ende Oktober 1999 in Hannover über 300 Menschen zum Bundeskongress der entwicklungspolitischen Gruppen (Buko), der unter dem programmatischen Titel "Perspektiven gegen die schöne, neue Expo-Welt" stattfand. Nicht mehr die hohen Kosten standen jetzt im Mittelpunkt der Kritik, sondern die Ablehnung der durch die Expo vermittelten technokratischen Ideologie.

Seattle wirkte beschwingend

"Als Schaufenster des modernen Kapitalismus behauptet die Expo, es gäbe keine Alternative zur marktwirtschaftlichen Globalisierung. Von den VerliererInnen der Globalisierung, von den gesellschaftlichen Ursachen sozialer Ausgrenzung und Verelendung ist auf der ‚Zukunftsmesse` keine Rede", so hieß es in der Buko-Abschlusserklärung. Dieser Argumentationsrahmen wurde auch von den Basis-AktistInnen, die sich in unregelmäßigen Abständen in bundesweiten Vorbereitungstreffen organisiert haben, aufgegriffen. Das letzte Treffen fand Anfang März in Bielefeld statt, wo 75 TeilnehmerInnen aus 25 Städten einen ambitionierten Widerstandsfahrplan ausarbeiteten.

Die Proteste sollen schon einen Monat vor der Eröffnung der Weltausstellung beginnen. Mit einem Global-Action-Day am 1. Mai soll der Neoliberalismus international ins Visier genommen werden. Die WeltausstellungsgegnerInnen erhoffen sich davon Rückenwind für ihre Anti-Expo-Aktionswoche, deren Auftakt eine bundesweite Großdemonstration am 27. Mai in Hannover ist. Anschließend sollen dezentrale Aktionen und Innenstadtaktionstage folgen. Im Mittelpunkt der Proteste soll der Eröffnungstag der Expo am 1. Juni stehen. "Die Expo wird nicht eröffnet", heißt das trotzige Motto der Protestbewegung.

Schon jetzt ist sicher, dass parallel zur Expo-Eröffnung ein buntes Treiben der Expo-GegnerInnen zu erwarten ist. Während die Spaßfraktion nach dem Motto "Reclaim the Street" bunte Straßenfeste organisieren will, plant die entwicklungspolitische Zeitschrift alaska am ersten Juni-Wochenende für die TheoretikerInnen der Bewegung einen Strategiekongress über internationalistische Perspektiven. Wer die Anti-Expo-Woche heil überstanden hat, kann sich dann bei den Anti-Expo-Camps, die den Sommer über geplant sind, politisch korrekt erholen.

Ein Teil der ehemaligen AktivistInnen aus der Umwelt- und der Internationalismusbewegung, die 1988 in Westberlin noch jeden Dialog mit IWF und Weltbank abgelehnt hatten, sitzt heute als Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NGO) mit im Expo-Boot. In den 90er Jahre begann der Aufstieg der NGO und ihrer den Protestbewegungen entstammenden ModeratorInnen. Als Durchbruch der NGO-Bewegung kann der Umweltgipfel von Rio gelten, der unter dem Motto "Mensch - Natur - Technik" stand. So lautet auch das Motto der Expo, was sicher nicht wenigen NGOlerInnen die konstruktive Mitarbeit erleichtert hat. So erklärte Misereor-Chef Reinhard Hermle, dass die Weltausstellung mit dem Rekurs auf Rio und die Agenda 21 einen faszinierenden Ansatz habe und einen entwicklungspolitischen Kernpunkt treffe. Doch was die Umsetzung

betrifft, sind ihm mittlerweile Zweifel gekommen. "Das große Geld kommt von Gruppen, die Interesse haben, eine industrielle Leistungsschau daraus zu machen."

Ernüchterung auch bei Hella Lipper von der Nord-Süd-Initiative Germanwatch, die zur kritischen Beobachtung der Expo-Aktivitäten ein EXPO-Watch-Büro in Hannover eingerichtet hat. "Entschuldung, Sozialklauseln für die Wirtschaft oder Handelsfragen würden bei der Expo völlig ausgeblendet. Die Auswirkungen unseres Lebensstil auf die Länder des Südens werden nicht thematisiert", so lautet ihr kurzes, knappes Fazit.

Jetzt haben sich auch noch ungeliebte BündnispartnerInnen angesagt. Schon für den 1. Mai will die neonazistische NPD in Hannover auf einer Demonstration unter dem Motto "Gegen globalen Kapitalismus - für nationale Volkswirtschaft" gegen die Expo mobilisieren.

Die linken Expo-GegnerInnen haben schon reagiert. Emanzipatorischer Widerstand und so genannter nationaler Widerstand schließen einander aus", schrieben sie in der einer Presseerklärung. Gemeinsam mit Antifa-Initiativen wollen die Expo-GegnerInnen am 1. Mai gegen den geplanten NPD-Aufmarsch in Hannover demonstrieren.

Peter Nowak

21. Wer darf die Nation verteidigen? Zur Debatte um Frauen in der Bundeswehr

Autor: sk, Berlin · Rubrik: Bundeswehr; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:42

Nun hat sich doch eine bescheidene Debatte entsponnen, und ich sage gleich ganz ketzerisch: Ich bin gegen Frauen in der Bundeswehr. Nicht, weil ich glaube, dass Frauen ihrem Wesen nach friedliebender sind und deshalb besser in diesem Sinne eingesetzt werden sollten, zum Beispiel in Friedensmissionen der UNO, wie es die Politikwissenschaftlerin und Psychologin Adrienne Göhler vorschlägt (vgl. Forum Wissenschaft 1/00). Auch nicht, um per Gesetz zu verhindern, dass Frauen - das Fähnchen der Gleichberechtigung hochhaltend - "jeden Mist der Männer nachmachen". Ich bin gegen Frauen in der Bundeswehr, genauso wie ich gegen Männer in der Bundeswehr bin. Und zwar ganz einfach, weil ich u.a. die Abschaffung der Bundeswehr befürworte. Eine Position, von der ich annahm, dass sie in der radikalen Linken - auch von Feministinnen, die sich diesem Spektrum zuordnen - geteilt wird.

Das scheint aber nicht so zu sein, wie einige Beiträge in verschiedenen linken oder linken wissenschaftlichen Publikationen zum Urteil des Europäischen Gerichtshofes, wonach der Grundsatz der Gleichbehandlung von Männern und Frauen auch für die Streitkräfte so weit wie möglich auszulegen sei, zeigen.

Barbara Nohr, Mitglied im Bundesvorstand des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), vertritt im Forum Wissenschaft (4/99) die Position, dass Frauen "um des Prinzips willen" Männern gleichgestellt werden müssen - auch in der Bundeswehr, gerade "weil sie dann ‚jeden Quatsch` der Männer nachmachen können". Ähnlich argumentiert Stefanie Gräfe im ak 435 und zieht den Schluss: Es gibt keine Argumentation gegen die Öffnung der Bundeswehr für Frauen, die nicht (...) auf sexistische Konstruktionen einer abweichenden weiblichen Natur zurückführt".

Doch, es gibt diese Argumentation: Sie fußt auf der prinzipiellen Ablehnung der Bundeswehr als zentrale Institution zur Verteidigung der deutschen Nation und ihrer "Werte". Als linke Feministin richte ich mein kritisches Augenmerk ja nicht nur auf die zweifelsohne nach wie vor existierende Ungleichbehandlung von Frauen in den allermeisten gesellschaftlichen Bereichen, sondern auch auf andere Herrschaftsverhältnisse, die die bestehende gesellschaftliche Ordnung mit sich bringt.

Deshalb wundere ich mich auch über die Ebene, auf der das Urteil des Europäischen Gerichtshofes - das, da stimme ich Stefanie Gräfe zu, real nicht viel verändern wird - in linken feministischen (Rest-)Zusammenhängen diskutiert wird.

Ein Stück vom Kuchen

Ich frage mich, warum ich mich plötzlich systemimmanent zu diesem Urteil äußern soll? Wie kann ich prinzipiell für die Abschaffung dieser systemstabilisierenden Institution plädieren und gleichzeitig um des "Prinzips willen" die Gleichstellung von Frauen innerhalb derselben bzw. deren Modernisierung fordern? Ich fordere ja auch die Abschaffung der Knäste und nicht die Quotierung der Schließer nach Geschlecht.

Die ak-Autorin bemerkt zwar zu Recht die sexistischen Untertöne der Gleichstellungsgegnerinnen - auch aus dem linken und linksradikalen Feld, um Frauen wie Tania Kreil abzuqualifizieren, die mit einer Klage das umstrittene Urteil des Europäischen Gerichtshofes erwirkte. Beispielsweise wurde gemutmaßt, Kreil sei von ihrem Freund indoktriniert worden, vor Gericht zu ziehen, was eine typische Entmündigungsstrategie von Frauen darstellt. Aber Stefanie Gräfes Interpretation der Unterstellung, dass es wohl nach wie vor provozierend sei, "wenn eine Frau sich simpel für ihre (...) persönlichen Interessen einsetzt, ohne das Gemeinwohl dabei im Blick zu haben", verharmlost Tania Kreil erneut. Warum sind es in ihrem Fall persönliche Interessen und nicht (auch) politische, wenn sie ihr Recht die Nation zu verteidigen juristisch einklagt? Und die Verteidigung der Nation ist doch Sinn und Zweck der Bundeswehr. Alle, die mit ihr zu tun haben, wissen das. Es wird ja auch niemand PolizistIn, nur um in den Genuss eines Gratis-Selbstverteidigungskurses zu kommen.

Doch das Thema Nationalismus bleibt in der gesamten Frauen-und-Bundeswehr-Debatte konsequent ausgeklammert. Geklammert wird sich stattdessen an das "Prinzip der Gleichheit". Welche Gleichheit eigentlich? Denn es geht ja nicht um die formale Gleichstellung aller Frauen in der Bundeswehr, sondern um die Gleichstellung bestimmter Frauen - denen mit einem deutschen Pass.

Auch bei Stefanie Gräfes nächstem Einwand zu Gunsten von Frauen in der Bundeswehr, dass dort schließlich neben der Verblödung von Männern auch Privilegien abgesichert werden - Arbeitsplätze, Ausbildungsmöglichkeiten, die Frauen nicht vorenthalten werden sollten -, stellt sich die Frage: Auf welche Frauen bezieht sich diese Forderung?

Nicht dass ich fordern wollte, allen in der Bundesrepublik Lebenden den Dienst an der Waffe zu ermöglichen, aber was mich an der Debatte stört, ist, dass es letztendlich um die Teilhabe an der Macht für bestimmte Frauen geht und es keine radikale feministische Kritik gibt, die darüber hinauskommt.

In ihrer Replik Feminismus 2000 (vgl. Konkret 2/2000) auf das Buch Die widerspenstigen Töchter. Für eine neue Frauenbewegung (das eine Abrechnung mit der Frauenbewegung der 70er Jahre darstellt), merkt Christel Dormagen an, dass "Frauenpower" heute nicht mehr bedeute, die "Institutionen zu unterwandern, sondern in denselben hochzukommen, ein anständiges Stück vom Kuchen abzukriegen". Es gehe, so Dormagen weiter, um Gleichberechtigung innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, nicht um Gesellschaftsveränderung. Die gehöre in die "Rubrik Utopie" und sei komplett out.

Gleichheit um des Prinzips willen?

Deutlicher gesagt: In der Debatte um Frauen und Bundeswehr geht es nicht um Abschaffung der Herrschaft, sondern um die Teilhabe strammer deutscher Nationalistinnen an einer der wichtigsten Einrichtungen des staatlichen Macht- und Gewaltmonopols. Mir ist unklar, was das mit Gleichberechtigung im emanzipatorischen Sinn zu tun hat.

Zudem ist gerade vor dem aktuellen Hintergrund des deutschen Großmachtstrebens, in dem die Durchsetzung außenpolitischer Interessen mit militärischen Mitteln wieder salonfähig gemacht wird, das Gleichstellungsgerede eine sehr zweischneidige Sache. Für Linke wäre es politisch eher dringend notwendig, sich bei jeder Gelegenheit noch vehementer und prinzipiell gegen die bundesdeutschen Streitkräfte auszusprechen.

Emanzipation bedeutet nicht, alles "Männlich-böse nicht zu tun", da stimme ich mit Stefanie Gräfe überein. Auch darin, dass Emanzipation die Wahl aller denkbaren Alternativen einschließt. Aber wie kommen wir dahin? Bestimmt nicht über die formale Gleichstellung von privilegierten Frauen im bestehenden System. Die Voraussetzung für Emanzipation ist die Abschaffung von Herrschaftsstrukturen, die Menschen auf Grund sozialer, ethnischer oder sexueller Kriterien unterdrücken und ausgrenzen. Diese Strukturen werden in den Köpfen erzeugt, das ist richtig. Aber wie kommen sie da hinein? Über die entsprechenden Institutionen der Disziplinierung, und dazu gehört nicht an letzter Stelle das Militär.

Deshalb muss jede politische Position, die das Militär als Institution zur Durchsetzung nationalstaatlicher und patriarchaler Interessen nicht grundsätzlich hinterfragt, in reformistischen Forderungen stecken bleiben. Mein Fazit ist so banal wie der Anfang: Eine progressive feministische Position kann nur antinationalistisch und antimilitaristisch sein.

sk, Berlin

22. Schon verjährt. Worüber man nicht spricht: Das Verbrechen NATO-Krieg

Autor: Vo · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:16

Ein Jahr ist es her, dass die Natostaaten mit deutscher Beteiligung den Krieg gegen Jugoslawien begonnen haben. Die rot-grüne Regierung hat mit der Kriegsbeteiligung und deren Legitimierung eine Zäsur in der deutschen Nachkriegsgeschichte eingeleitet. Anlass genug, sich erneut dem Thema zu zu wenden. Welche Folgen hatte der Krieg für Jugoslawien und die NATO-Staaten und vor welchen Aufgaben steht die Linke und die Friedensbewegung in der BRD?

Was sagen Sie nun, Frau Abgeordnete Beer, Herr Staatsminister Volmer, Herr Außenminister Fischer - was sagen Sie ein Jahr später? Würden Sie es wieder tun? Wie vor einem Jahr Ihre Zustimmung dazu geben, dass deutsche Bombenflugzeuge gemeinsam mit denen der USA, Frankreichs, Großbritanniens und anderer NATO-Verbündeter gen Belgrad fliegen und dort Fabriken, Schulen, Radiostationen in Schutt und Asche legen? War es das wert - hunderte oder gar tausende von toten serbischen ZivilistInnen in Kauf zu nehmen - als "Kollateralschaden" (= Unwort des Jahres 1999)? Der Menschen im Kosovo und ihrer Menschenrechte wegen? Nimmt man die von Beer, Volmer, Fischer und tutti quanti vor einem Jahr ins Feld geführten Gründe für die Bombardierung Jugoslawiens und die damit angeblich verfolgten Ziele ernst, so müsste von einem vollständigen Fehlschlag der Mission gesprochen werden. Eigentlich müssten sich Beer, Volmer, Fischer zerknirscht an die Brust schlagen, ihre Fehler und ihre Schuld eingestehen, bei der Friedensbewegung und beim ak - die es von vornherein besser gewusst haben - Abbitte leisten und feierlich geloben, so etwas nie, aber auch nie wieder tun bzw. zulassen zu wollen. Aber darauf werden wir wohl vergeblich warten - wie mensch vergeblich auf eine große öffentliche Debatte über den Krieg, seine Folgen und die daraus zu ziehenden politischen Lehren wartet. Dieses Schweigen ist erschreckend. Offensichtlich will kaum jemand noch einmal nach-denken darüber, was vor einem Jahr gelaufen ist und mit welchen Begründungen.

Wir meinen nach wie vor, mit unserer Kriegsgegnerschaft recht gehabt und behalten zu haben. Aber was nützt das schon in der Politik? Die Genugtuung darüber bleibt schal, denn politisch wirksam wird nicht unsere Einschätzung - der Krieg als Verbrechen, auch und gerade gegen die Menschenrechte - sondern die Einschätzung der Herrschenden: siegreiche humanitäre Intervention der NATO. Was nützen da schon die besseren Argumente? Gleichwohl seien sie aus Anlass des sich jährenden Kriegsbeginns nochmals angeführt. Um der Wahrheit und der Klarheit wegen, auch wenn einem die Worte im Munde schon zu Staub werden.

Der Krieg ist das Verbrechen

Der Krieg sei um der Menschen und der Menschenrechte wegen geführt worden - so die NATO- und bundesregierungsoffizielle Argumentation. Man habe nicht länger tatenlos zusehen können, wie die vom Diktator Milosevic dirigierte serbische Soldateska die kosovo-albanische Bevölkerung mit Massakern, Vertreibungen und Menschenrechtsverletzungen jedweder Art terrorisiert habe. Zum militärischen Eingreifen habe es angesichts der verzweifelten Lage der Menschen im Kosovo keine Alternative gegeben. Nun ist unbestritten, dass es Terror gegen die kosovo-albanische Bevölkerung gegeben hat. Es gibt keinen Grund, die diskriminierende, rassistische und chauvinistische Politik des Milosevic-Regimes gegenüber den Kosovo-AlbanerInnen zu beschönigen (bedauernswerter Weise finden sich solche Tendenzen in Teilen der Antikriegsbewegung; sie schaden deren Glaubwürdigkeit). Es gibt aber auch keinen Grund für die Annahme, die militärische Intervention - und zwar alternativlos einzig und allein die militärische Intervention - der NATO habe diese Politik stoppen wollen und können. Die Vorgeschichte des 24. März 1999 beweist, dass es sehr wohl nicht-militärische Alternativen der Konfliktbearbeitung gegeben hat, dass diese aber von der NATO nicht gewollt waren. Zur Erinnerung nur zwei Stichworte: Hintertreibung der OSZE-Beobachtermission, Diktat von Rambouillet, einschließlich des berühmt-berüchtigten Annex B. Und der NATO-Luftkrieg selbst dann hat erst die Massenflucht und -vertreibung ausgelöst, die die schrecklichen TV-Bilder lieferte, die dann wiederum zur Begründung des Luftkriegs herhalten mussten. Daher unser Diktum: Die NATO habe die humanitäre Katastrophe letztlich erst herbeigebombt, die sie angeblich militärisch verhindern wollte. Die NATO verschlimmerte durch ihre Luftangriffe die Lage für die Kosovo-AlbanerInnen dramatisch. Für deren Schutz war das von ihr gewählte Mittel des Luftkriegs völlig unangemessen. Es wurden gleichsam zwei Kriege

nebeneinander her geführt, der Bombenkrieg der NATO gegen Jugoslawien und der Vertreibungskrieg der serbischen Soldateska gegen die kosovo-albanische Bevölkerung - beide gleichermaßen verbrecherisch und menschenverachtend - und beide gleichermaßen zynisch legitimiert. Denn die Menschenrechts- und Völkermordrhetorik der NATO-Propaganda war um keinen Deut besser als die chauvinistische Hetze des serbischen Regimes. Elementare Menschenrechte wurden auch von der Kriegspartei NATO verletzt, nicht allein dadurch, dass sie gegen alles niedergeschriebene Völkerrecht einen Angriffskrieg vom Zaune brach, sondern auch durch die Art der Kriegführung. Diese widersprach ebenfalls allen niedergeschriebenen Regeln des humanitären Kriegsvölkerrechts, insbesondere dem Zusatzprotokoll I von 1977 zu den Genfer Konventionen von 1948 über den Schutz der Zivilbevölkerung in internationalen bewaffneten Konflikten. Rechtswidrig wurden zivile Infrastruktur, lebensnotwendige Einrichtungen der Zivilbevölkerung und die Zivilbevölkerung selbst bewusst zu Zielen des Luftkriegs gemacht; gemäß Zusatzprotokoll I handelt es sich hierbei um "Kriegsverbrechen". Dieser Krieg war mithin schlicht kriminelles Unrecht; die deutschen Politiker und Soldaten, die ihn (mit-)zuverantworten und (mit-)geführt haben, haben sich nicht nur gegen das Völkerrecht, sondern auch gegen die deutsche Verfassung, das Grundgesetz, und gegen Strafgesetze vergangen. Statt ihrer aber stehen gegenwärtig KriegsgegnerInnen vor deutschen Gerichten, die die Bundeswehrsoldaten während des Krieges aufgefordert haben, sich diesem kriminellen Tun zu entziehen.

Von wegen Menschenrechte

Der Ausdruck "Kollateralschaden" ist für die Art der NATO-Kriegführung übrigens sogar noch verharmlosend, meint Kollateralschaden doch einen bei Angriffen auf militärische Ziele bewusst in Kauf genommenen zivilen Nebenschaden (sagen wir mal: durch Bomben zerfetzte Kinder in einem Kindergarten). Doch die NATO hat darüber hinaus auch direkt zivile Ziele angegriffen - gegen jedes Kriegsvölkerrecht. Abgesehen von der Zerstörung von Krankenhäusern, Schulen, Fabriken, Radio- und Fernsehstationen, Wohngebieten, Brücken, Kraftwerken, Chemieanlagen und Ölraffinerien, abgesehen von der damit einhergehenden schweren Zerstörung und Vergiftung der Umwelt in Jugoslawien und den Anrainerstaaten und der daraus folgenden Schädigung der Gesundheit der dortigen Bevölkerung sind den Bombenangriffen der NATO mindestens ein paar hundert ZivilistInnen zum Opfer gefallen (die jugoslawische Seite spricht von ca. 1.500 toten ZivilistInnen). Demgegenüber hatte die NATO nicht einen einzigen toten Soldaten zu beklagen - "dank" der aus großer Höhe geführten Luftangriffe. Die NATO wollte durch diese Art der waffentechnisch hoch überlegenen High-Tech-Kriegführung unbedingt eigene Verluste vermeiden, denn nichts ist schädlicher für die "Ruhe an der Heimatfront" als Zinksärge oder "Body bags", in denen die "eigenen Jungs" nach Hause kommen (eine Lektion, die herrschende US-Politik aus dem Vietnamkrieg nachhaltig gelernt hat) ...

Spätestens angesichts dieser toten serbischen ZivilistInnen bricht die menschenrechtliche Legitimation des Krieges als "humanitäre Nothilfe" in sich zusammen: Wer Gewaltanwendung mit der Hilfe für ein misshandeltes Opfer legitimieren will, der hat die Kosten seines Handelns, sofern er sie nicht dem Täter selbst aufbürden kann, auf sich zu nehmen. Keinesfalls darf er sie unschuldigen Dritten zuschieben. Genau das hat die NATO mit ihren Angriffen auf die Zivilbevölkerung getan. Die NATO hat massenhaft unschuldige Dritte getötet. Eine Maxime aber, die besagt, dass Unschuldige getötet werden müssen, um Unschuldige zu retten, zerstört sich offenkundig selbst. Essenz der Menschenrechte ist ihre Unteilbarkeit, ihre gleichmäßige Gültigkeit für alle Menschen. Man kann nicht im Namen der Menschenrechte der einen - hier: der kosovo-albanischen ZivilistInnen - die Anderen - hier: die serbischen ZivilstInnen - umbringen.

Selbst quantitativ steht der NATO-Bombenterror dem Milosevic-Vertreibungsterror kaum nach: Etwa 2.500 tote Kosovo-AlbanerInnen - das ist die offizielle Bilanz des von dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag mit der Aufklärung der Geschehnisse im Kosovo beauftragten spanischen Pathologen-Teams - statt der von der NATO während des Luftkriegs kolportierten 44.000. Und überhaupt: Was ist eigentlich geworden aus den seinerzeitigen "gesicherten Erkenntnissen" des Herrn Scharping über KZ's in Fußballstadien, seinen Geschichten über serbische Soldaten, die mit "abgeschnittenen Köpfen Fußball spielen, Leichen zerstückeln, getöteten Schwangeren die Föten aus dem Leib schneiden und sie grillen" (Scharping am 15.4.99)? Derartige Gräuelgeschichten - seinerzeit der Kriegspropaganda äußerst nützlich, um die Emotionen weiter aufzuputschen - konnten niemals bestätigt werden; auf ein Dementi und eine Entschuldigung des Herrn Scharping und seinesgleichen wartet man noch immer.

Nun sollen die an den Kosovo-Albanern tatsächlich verübten Verbrechen keineswegs geleugnet, verharmlost oder kleingeredet werden. Doch die Relationen müssen zurechtgerückt werden. Im Vergleich zu dem, was in

Kriegen heutzutage allüberall in der Dritten Welt "normal" und alltäglich ist, kann das seinerzeitige Geschehen im Kosovo als "minder schwerer Fall" durchgehen. Ein Blick nach Afghanistan, in den Sudan, nach West-Papua, Angola und und und bestätigt das - humanitäre Katastrophen allüberall. Aber da guckt ja wieder kein Schwein bzw. kein menschenrechtsbesoffener NATO-Politiker. Von "Völkermord", gar von einem neuen "Auschwitz" (Joseph Fischer) jedenfalls konnte im Kosovo nicht die Rede sein. Diese Assoziationen dienten zur propagandistischen Legitimation der eigenen Aggression - und in Deutschland ganz "nebenbei" auch dazu, die in der Menschheitsgeschichte einzig da stehenden Verbrechen des deutschen Faschismus zu relativieren und deutsche Geschichte zu entsorgen. Perfider Höhepunkt: Bundeskanzler Schröders Spruch, die deutschen Soldaten hätten mit der Beteiligung am Krieg "Wiedergutmachung" für die Kriegführung der deutschen Wehrmacht auf dem Balkan im Zweiten Weltkrieg geleistet.

Nicht allein, dass die von der NATO während ihres Bombenkrieges zehntausendfach auch über dem Kosovo abgeworfenen Streubomben bis heute als höchst gefährliche Landminen die Region verseuchen und alle BewohnerInnen auf unbestimmte Zeit gefährden - auch sonst liegt das Kosovo in Scherben. Die meisten geflüchteten und vertriebenen Kosovo-AlbanerInnen sind zwar nach der Besetzung ihrer Heimat durch die KFOR zurückgekehrt; doch nun begannen Flucht und Vertreibung von Serben, Roma und anderen Minderheiten. Die Kosovo-AlbanerInnen und insbesondere die UÇ K-Kämpfer erwiesen sich - wen wundert's - keinesfalls als die besseren Menschen, sondern sannen auf Rache und Vergeltung.

Ein Scherbenhaufen - das Kosovo

Schon bald zeigte sich deutlich, dass die NATO-Staaten außer der Phrase, ein multi-ethnisches Zusammenleben im Kosovo gewährleisten zu wollen, kein politisches Konzept für die politische Zukunft der Region hatten und haben. Drauf hauen und Bomben schmeißen - das konnten sie. Aber Unterstützung von Wiederaufbau, Versöhnung, Friedenskonsolidierung? Fehlanzeige. Die westliche "Staatengemeinschaft", für die es kein Problem war, eine gigantische Militärmaschinerie zu gigantischen Kosten für einen Aggressionskrieg zu mobilisieren, bekommt es nicht einmal auf die Reihe, die für den Wiederaufbau einer leidlich funktionierenden Polizei benötigten Leute zu entsenden (von den 6.000 vorgesehenen ausländischen Polizisten sind erst 1.800 vor Ort); von der Diskrepanz zwischen den vollmundigen Versprechungen eines "Stabilitätspakts für Südosteuropa" und den Realitäten gar nicht zu reden. Und so ist die einzige Institution, die im Kosovo (noch) leidlich funktioniert, die KFOR. Dem militärischen und militärpolitischen Establishment kann das nur recht sein, bestätigt das doch einmal mehr die eigene Unentbehrlichkeit. Auf der anderen Seite offenbart das auch die Verlogenheit des in der etablierten Politik in Mode gekommenen Geredes von der Stärkung ziviler Konfliktbearbeitung, nicht-militärischer Krisenprävention und Friedenskonsolidierung.

Fakt ist: Im Kosovo herrscht kein Frieden, eine Stabilisierung und Besserung der Lage ist nicht in Sicht. Die NATO-Truppen richten sich darauf ein, für längere Zeit als Besatzer in einem Protektorat Kosovo zu bleiben. Die Lebensbedingungen und die Aussichten im Kosovo sind für die Mehrheit der Bevölkerung düster. Das Kosovo - schon vor dem Krieg weitgehend geprägt durch Arbeitslosigkeit und Arbeitsmigration (über die Hälfte der arbeitsfähigen kosovo-albanischen Bevölkerung lebte und arbeitete bereits vor dem Krieg im Ausland, die kosovo-albanische Gesellschaft war und ist eine Auswanderungsgesellschaft) - wird auf absehbare Zeit auf Unterstützung von außen angewiesen sein. An wirtschaftliche Lebensfähigkeit ohne solche Unterstützung ist nicht zu denken. Wie eine tragfähige ökonomische Entwicklung angeschoben und eine neue konsensuale soziale Ordnung im Kosovo aufgebaut werden kann, steht in den Sternen. Die Aussicht auf ein friedliches multi-ethnisches Zusammenleben von SerbInnen, Kosovo-AlbanerInnen und anderen sind auf unabsehbare Zeit durch den Krieg zerstört. Umstände und Zeit arbeiten für die albanischen Nationalisten, die ein "serbenfreies" Kosovo anstreben, und die meisten Serben werden die Region über kurz oder lang verlassen; ein Kosovo im Rahmen des jugoslawischen Staatsverbands wird sich nicht halten lassen, die Entwicklung weist in Richtung Unabhängigkeit. Die UÇ K und andere chauvinistische Kräfte unter den Albanern betrachten das allerdings nur als Zwischenstadium auf dem Wege zu einem von ihnen angestrebten Großalbanien. Unruhe in Montenegro, Mazedonien und anderen von AlbanerInnen besiedelten Regionen - Nordgriechenland gar - ist zu erwarten; an gewaltbereiten Akteuren und Gewaltmitteln fehlt es jedenfalls in der Region nicht. Die NATO wird an ihren Schützlingen von der UÇ K noch viel Freude haben (die Taliban lassen grüßen).

Würden die NATO-Politiker ihre öffentlich verkündeten Ziele ernst nehmen, die sie mit ihrem Krieg verbanden, so müssten sie ein Scheitern auf der ganzen Linie eingestehen: Menschenrechte kaputt gebombt, multi-ethnisches Zusammenleben im Kosovo unmöglich gemacht, Kosovo als integraler Bestandteil

Jugoslawiens nicht haltbar, Stabilisierung und Frieden in der Region nicht in Sicht. Doch bekümmert das die NATO-Politiker offensichtlich wenig. Sie reden vielmehr davon, dass sie gesiegt und ihre Ziele erreicht hätten. Und damit haben sie - weitgehend - Recht. Die NATO hat bewiesen, dass sie die hegemoniale Ordnungsmacht in der Welt ist. Sie hat bewiesen, dass sie willens und in der Lage ist, ihr neues strategisches Konzept - verabschiedet während des Krieges auf dem NATO-Gipfel in Washington im April 1999 - auch tatsächlich umzusetzen: "selbstmandatierte" militärische Interventionen überall und jederzeit im "euro-atlantischen Raum" (der bis nach Zentralasien, ans Kaspische Meer und weit nach Afrika hinein reichen kann), ohne Rücksicht auf das Völkerrecht, wenn man es selber für im eigenen Interesse geboten hält. Die UNO, die OSZE, Russland wurden marginalisiert. Aller Welt wurde vorgeführt, dass die NATO über ein Waffenarsenal und militärisches Potenzial auf allerhöchstem technologischen Niveau verfügt, dessen Einsatz keinem Gegner eine Chance lässt. Die NATO steht bereit, die Welt(wirtschafts)Ordnung des globalisierten Kapitalismus im Interesse der Metropolen des Nordens auch militärisch abzusichern. Die NATO-Aggression gegen Jugoslawien war hierfür der Präzedenzfall. Dieser Krieg hat den Prozess der Umwandlung der NATO von einem Abschreckungsbündnis im Ost-West-Konflikt zu einem Interventionsbündnis in der unipolaren Welt(militär)Ordnung gekrönt.

In den Gesellschaften der NATO-Staaten wurde das Primat des Militärischen bei der "Bearbeitung" von Konflikten ideologisch zementiert, eine weitere Militarisierung von Politik und Gesellschaft legitimiert, der militärisch-industrielle Komplex gestärkt. Speziell in Deutschland wurde endgültig die Rückkehr zur "Normalität" vollzogen. "Normal" ist nämlich, dass ein Staat von dem ökonomischen Gewicht und der politischen Macht der Bundesrepublik auch diesem Gewicht und dieser Macht entsprechende militärische Mittel vorhält und sie gegebenenfalls auch einsetzt. Nur dann kann man auch eine Führungsrolle im Konzert der wichtigsten kapitalistischen Mächte beanspruchen. Wer Führungsmacht in der heutigen Welt sein will, muss militärisch interventionsfähig sein. Also müssen alle (Selbst-)Beschränkungen militärischer Macht, die aus der jüngeren deutschen Geschichte (= faschistische Barbarei und Weltkrieg) resultieren, abgeschüttelt werden. Das hat die rot-grüne Regierung getan, sie hat deutsches Militär erstmals nach dem verlorenen Weltkrieg wieder in einen Krieg geführt - auf der "richtigen", weil "guten" und vor allem siegreichen - Seite, versteht sich. Eine christlich-liberale Regierung hätte es schwerer gehabt, aber den Rot-Grünen haben viele Menschen, die gegenüber den Herren Kohl und Rühe misstrauischer gewesen wären, ihre Menschenrechtsfloskeln abgenommen. Daher war der Protest auf der Straße sehr viel geringer als er gegen eine Kriegsregierung Kohl/Rühe gewesen wäre.

Allerdings: Völlig reibungslos ist es für die NATO dann doch nicht gelaufen. Das lag leider nicht am machtvollen Widerstand der Antikriegsbewegungen in den NATO-Ländern (obwohl der sich mancherorts - vor allem in Griechenland - durchaus sehen lassen konnte), sondern an Friktionen im Apparat selbst. Trotz der aufwendigen High-Tech-Kriegführung waren die militärischen Resultate eher bescheiden. Nach 32.000 Luftangriffen während des Krieges hatte man nicht mehr als ein paar Dutzend serbische Panzer zerstört (die serbische Seite selber sagte: 13); die Serben zogen Ende Juni mit 47.000 Mann, 250 Kampfpanzern, 450 Panzerwagen und 800 Artilleriesystemen aus dem Kosovo ab - so viel hätten es nimmermehr sein dürfen, hätten die Erfolgsmeldungen der NATO aus den Kriegstagen gestimmt (diese korrigierte im September 1999 ihre Erfolgsmeldungen selber deutlich nach unten: sie behauptete nurmehr, 93 Panzer zerstört zu haben). Man hatte mit einem sehr viel schnelleren Einknicken des Milosevic-Regimes vor der überwältigenden militärischen Macht der NATO gerechnet. Schließlich sah man sich statt dessen mit der Gefahr einer Eskalationsdynamik konfrontiert, die den Krieg für einen selber doch noch kostspielig und weniger kalkulierbar gemacht hätte (Debatte um den Einsatz von Bodentruppen); und letztlich ist man nur mit einer gewissen Portion Glück aus dem selber angerührten Schlammasel wieder herausgekommen, wobei man dann für die Beendigung des Luftkriegs und die Etablierung der KFOR sogar doch noch die UNO und Russland wieder "mit ins Boot" holen musste. So hatte man sich Kriegsverlauf und Ausgang auf Seiten der NATO offensichtlich nicht vorgestellt.

Interne Widersprüche zwischen den NATO-"Partnern" kamen belastend hinzu. Insbesondere zwischen den USA, die mit großem Abstand die Haupt"Last" des Krieges trugen und daraus den Anspruch ableiteten, die letztendlichen Entscheidungen über alle militärisch relevanten Fragen zu treffen, und den führenden westeuropäischen NATO-Staaten gab es Differenzen. "Die Europäer" fühlten sich von den USA bevormundet und von Entscheidungen ausgeschlossen. Sie beklagten ihre relative Einflusslosigkeit hinsichtlich des konkreten Ablaufs der militärischen Aktionen. Das ging bis in Querelen über die Zielplanung hinein. Der Krieg

diente den USA auch dazu, ihre Führungsrolle in der NATO zu stärken und den Europäern ihre Abhängigkeit zu demonstrieren. Die NATO erwies sich als Block mit feinen Rissen.

Kein Scherbenhaufen - die NATO

Wäre der Krieg noch weiter gegangen, hätte das durchaus zu größeren Belastungen der NATO-Kohärenz führen können. Die Schlussfolgerung herrschender Politik aus diesen Problemen ist nun nicht etwa, künftig derartige Aggressionen bleiben zu lassen, sondern sich noch besser vorzubereiten. Das heißt vor allem: noch mehr qualitative Aufrüstung. Die Logik: Wenn die modernsten High-Tech-Waffen nur recht bescheidene militärische Resultate erzielten, dann müssen eben noch modernere Waffen her. In den USA wird es im Gefolge des Krieges einen gewaltigen Aufrüstungsschub geben. Und auch die Europäer werden sich nicht lumpen lassen. Ihnen wurde im Krieg vorgeführt, wie meilenweit sie militärtechnologisch hinter den USA herhinken; jetzt wollen sie aufschließen. Alles, was für Militärinterventionen fern der Heimat nötig ist, soll angeschafft werden: Lufttransportkapazitäten, Aufklärungs- und Kommunikationssysteme, Krisenreaktionskräfte, Präzisionswaffen usw. usf.

Trotz

alledem

Nicht zuletzt haben die Bestrebungen zum Aufbau einer interventionsfähigen Militärgroßmacht EU - unabhängig(er) von den USA - durch die Erfahrungen mit den USA während des Krieges einen neuen Schub bekommen. Die EU-Gipfel von Köln im Juni 1999 und von Helsinki im Dezember 1999 haben wesentliche Weichenstellungen in diese Richtung gebracht. Diese Entwicklung wird von den USA mit Skepsis beobachtet. Die transatlantischen Widersprüche werden sich künftig verschärfen. Deswegen ist zu erwarten, dass die NATO-Oberen in der nächsten Zukunft vorsichtiger und zurückhaltender mit dem Instrument Militärintervention umgehen werden. Gleichwohl unsere Prognose: Sie werden es wieder tun. Und um es wieder tun zu können, ist ihnen auch so viel daran gelegen, ihre Interpretation des Kriegsausgangs als Erfolg in der heimischen Öffentlichkeit durchzusetzen. Unsere Aufgabe ist es, in diesem Kampf um die Interpretationshegemonie zumindest mit unseren bescheidenen Kräften dagegen zu halten. Damit die Linke und die Friedensbewegung beim nächsten Mal schlagkräftiger zu antworten versteht als vor einem Jahr. Vielleicht findet dann ja auch wieder die eine oder der andere, die oder der letztes Mal der Menschenrechts-Rhetorik Glauben schenkte, zurück in unsere Reihen (Frau B.?, Herr V.? gar "streetfighting man" J.?). Auf dass wir (wieder) zusammen kämpfen gegen Krieg, für Frieden und Menschenrechte mit kühlem Verstand und heißem Herzen.

Vo

23. Der Kosovokrieg und seine Folgen. Seminar am 13./14. Mai in Hamburg

Autor: gw · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Aktionen / Veranstaltungen; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:39

Seminar des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik in Zusammenarbeit mit der Redaktion von ak - analyse & kritik

13./14. Mai in Hamburg

Sa 11.00 - 19.00 Uhr / So 10.00 - 15.00 Uhr

Vor einem Jahr wurde die serbische Unterdrückungspolitik im Kosovo von der NATO zum Vorwand genommen, gegen die Bundesrepublik Jugoslawien einen Krieg zu führen. Unter Beteiligung der Bundeswehr wurde die neue NATO-Strategie der Selbstmandatierung mit einem Dauerbombardement aus der Luft umgesetzt. Unter dem Vorwand einer humanitären Intervention für die Einhaltung der Menschenrechte wurde das Völkerrecht ignoriert und ein 77 Tage währender Krieg begonnen.

So durchsichtig die Argumentation der Militärs und politischen Kriegstreiber auch war, blieb der Protest gegen diesen Krieg doch marginal. Einer der wesentlichen Gründe dürfte in der realen Politik der jugoslawischen Führung gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen im Kosovo zu suchen sein.

In der Erklärung der ak-Redaktion vom April 1999 hieß es: "Eine solche gegen die NATO gerichtete Politik ist nicht misszuverstehen als Unterstützung für die Menschen verachtende Strategie und Praxis des Milosevic-Regimes, das im Kosovo mit brutalsten Mitteln eine nationalistische und rassistische Politik der ethnischen Vertreibung verfolgt. Es geht nicht um die Legitimierung der offiziellen serbischen Politik, sondern um die Bekämpfung der Kriegspolitik der eigenen Oberen ..." (ak 425 vom 15.4.99)

Das Seminar wird folgende Komplexe behandeln:

1) Was waren die Kriegsursachen? Welche Interessen wurden verfolgt?

Referent: Uli Cremer (Autor des Buches Neue NATO - neue Kriege?)

2) Welche militärstrategischen Konsequenzen wurden aus dem Krieg gezogen?

Wohin entwickeln sich die NATO und die WEU?

Referent: Volker Böge (Komitee für Grundrechte und Demokratie)

3) Wie wurde die "Heimatfront" zugerichtet? Die Rolle der Medien im Krieg

Referent: Hermann Werle (Gegeninformationsbüro Berlin)

4) Der Krieg und die Positionen der Friedensbewegung und Linken

Referent: Jens Renner (ak-Redaktion)

Das Seminar findet am 13./14. Mai in Hamburg statt. Kostenbeitrag: DM 10,-

Anmeldungen bitte an: Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg, 040-401 701 74 (Fon), 040-401 701 75 (Fax), ak-Redaktion@cl-hh.comlink.de

24. Ohne Schattenökonomie geht nichts. Leben in Berlins armen Stadtteilem

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:20

Leben in Berlins armen Stadtteilen

Wenn am 1. Januar 2001 die PDS-Hochburg Friedrichshain und die Grünen-Hochburg Kreuzberg im Rahmen der Gebietsreform zusammengelegt werden, entsteht mit 25.000 EinwohnerInnen einer der größten - und ärmsten - Bezirke Berlins. Der traditionsreiche Westbezirk Kreuzberg, Zentrum der Hausbesetzerbewegung der 80er Jahre, der radikalen Linken, StudentInnen und MigrantInnen sowie der Ostbezirk Friedrichshain, Herz der Hausbesetzerszene der 90er, haben als ehemalige Arbeiterviertel in den 90er Jahren eine massive Deindustrialisierung erlebt. Als Folge der Wiedervereinigung blieben in beiden Stadtteilen nicht-konkurrenzfähige Unternehmen auf der Strecke. Im "Westbezirk" Kreuzberg setzte beispielsweise DeTeWe, ein Telekom-Zulieferer für Kommunikationstechnik, alle 800 Mitarbeiter auf die Straße. Der Betrieb musste schließen, da er keine Abteilung für Forschung und Entwicklung unterhielt.

Kreuzbergs Bürgermeister Franz Schulz von den Grünen betont, dass die Ursache der Verarmung Kreuzbergs im Prozess der Binnenverarmung liegt und nicht, wie häufig von den Medien propagiert, im Zuzug einkommenschwacher Bevölkerung. "Viele Einwohner Kreuzbergs waren Industriearbeiter, die ohnehin nicht viel verdienten. Nach der Entlassung bekommen sie ein Arbeitslosengeld von etwa 60 Prozent des letzten Lohns. Danach werden sie auf die noch geringere Arbeitslosenhilfe gesetzt und bewegen sich schon fast am Existenzminimum. Nach zwei Jahren gelten sie dann als 'nicht-vermittelbar' und gehen in die Sozialhilfe", so Schulz. "Das ist aber kein Kreuzberger Problem, sondern der Berliner Innenstadtkrise geschuldet. In Schöneberg und Tiergarten dauert es nur länger, da die ursprünglichen Löhne höher lagen."

Der "Mauerfall" hat den ehemaligen Randbezirk Kreuzberg in das Zentrum der neuen Hauptstadt katapultiert. Immobilienspekulanten witterten einträgliche Geschäfte und die Mieten stiegen in der ersten Hälfte der 90er Jahre rasant an. Zwar blieb der erhoffte Boom aus, doch viele Kleinbetriebe hatten dem Bezirk bereits den Rücken gekehrt und waren in den "Speckgürtel" um Berlin gezogen. Die nicht deutsche Bevölkerung Kreuzbergs, etwa ein Drittel der insgesamt 150.000 BewohnerInnen des Bezirks, traf die Entlassungswelle im industriellen Sektor besonders hart. Vorwiegend als Industriearbeiter oder prekär beschäftigt, werden sie auf Grund des strukturellen Rassismus schneller entlassen und landen in der Arbeitslosigkeit als Beschäftigte mit deutschem Pass.

Vom Rand ins Zentrum und zurück

So bleibt vielen MigrantInnen kaum eine andere Möglichkeit als die Selbstständigkeit. "Die Vietnamesen gründen kleine Handelsbetriebe, Italiener und Griechen sind vorwiegend in der Gastronomie tätig. Jede Bevölkerungsgruppe hat eigene Ressourcen, die bei den geschäftlichen Aktivitäten genutzt werden. Die GUS-Zuwanderer wiederum machen zum Beispiel Ost-West-Geschäfte, da sie Beziehungen in ihren Ländern haben," berichtet Ahmed Örsez, Sprecher der Türkisch-Deutschen Unternehmerunion (TDU). "Die türkischen Existenzgründer", beschreibt er weiter, "haben traditionelle Berufe wieder aufgenommen, beziehungsweise ihre Produkte und Dienstleistungen mitgebracht, wie türkische Bäckereien, Schlachtereien, Vermittlungsbüros. Sie gehen aber auch zunehmend in für sie neue Bereiche rein, wie Computer oder Dienstleistungen."

Der Druck, die eigene Arbeit zu erfinden und häufig schlechter gestellt zu sein, als ein Arbeitnehmer ist ein weit verbreitetes Phänomen in Kreuzberg. So liegt die Arbeitslosenrate im Bezirk bei nahezu 30 Prozent (bei einem Berliner Durchschnitt von etwa 17 Prozent), nahezu 20 Prozent der Kreuzberger Bevölkerung bezieht Sozialhilfe und Tausende tummeln sich in öffentlich subventionierten Arbeits- und Fortbildungsprogrammen. Birgit Daiber, Ex-Europa-Abgeordnete und ehemalige Sprecherin der Berliner Grünen, kennt als Mitarbeiterin der Beschäftigungsgesellschaft LOWTEC die Problemlage des Bezirks sehr gut: "Ich arbeite mit dem unteren Drittel der Gesellschaft, doch in einigen Vierteln Berlins entspricht es zwei Dritteln. Das traditionelle Kreuzberger Proletariat lebt faktisch vollständig von Sozialhilfe, denn niedrig qualifizierte Arbeit existiert nur noch in prekärer Form. Und nahezu 70 Prozent der Kreuzberger Jugendlichen finden keinen Ausbildungsplatz," beklagt Daiber, heute PDS-Mitglied, und warnt: "Wenn nichts Entscheidendes passiert, kann ich mir vorstellen, dass Kreuzberg in fünf Jahren ein Getto ist, in dem Randale Alltag ist."

Andererseits ist die Armut in Kreuzberg weniger sichtbar als in statistisch gesehen reicheren Bezirken. Dies liegt vor allem an der ausgedehnten Schattenökonomie. Auch viele Arbeitslosen- oder SozialhilfeempfängerInnen kombinieren die kaum ausreichende Unterstützung mit "inoffiziellen" Tätigkeiten. In vielen Bereichen - Gastronomie, Bau, Familienbetrieben, Handwerk bis hin zur Produktion - sind "irreguläre" Arbeitsverhältnisse weit verbreitet. Hinzu kommen die neuen Formen einer kleinen intellektuellen Schicht, die kulturell aktiv ist und die Prekarisierung in produktiver Weise lebt. Insgesamt findet sich in Kreuzberg ein dichtes Geflecht informeller Aktivitäten, die im Laufe der Jahrzehnte ein breites Feld sozialer und kultureller Aktivitäten und ethnisch-familiäre Solidarstrukturen hervorgebracht haben.

"Ohne die Schattenökonomie sähe es viel schlimmer aus", gibt auch Franz Schulz zu, "während der letzten Jahrzehnte wurde jedoch alles daran gesetzt, sie zu erdrosseln. Die Diskussion folgt nur Legalitätskriterien und nicht den Parametern einer Sozial- oder Arbeitsmarktpolitik. Wenn jemand erwischt wird, der sich in der Quasi-Illegalität über Wasser halten kann, endet er regelmäßig in der Arbeitslosigkeit. Ich habe meine Zweifel, ob es sinnvoll ist, die Schattenökonomie weiter einzuengen, die gesamte Härte der Gesetze anzubringen und so die Kleinunternehmer in den Ruin zu treiben."

Vom Arbeiterbezirk zur Ramschmeile

Während die Repression gegen die Schattenökonomie und der Druck auf Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger immer stärker wird, nehmen die Möglichkeiten regulärer Beschäftigung allerdings weiter ab. "In Kreuzberg", schätzt Daiber, "verfügt ein großer Teil der Beschäftigungsverhältnisse über keinerlei vertragliche Regelung, sondern funktioniert auf der Grundlage freundschaftlicher Verhältnisse oder sozialer Abhängigkeiten". Dies trifft auch auf die Arbeitssituation in boomenden Branchen zu, wie etwa Telekommunikation, Computer- und Netzwerkwartung oder den Call-Centern.

Im Friedrichshain ist die Situation ähnlich, der Bezirk "war ja eine Mischung aus klassischem Arbeiterbezirk und Karl-Marx-Allee, also Leute, die zwar aus dem klassischen Arbeitertum kamen, aber im Verwaltungsapparat beziehungsweise für den Staat arbeiteten. Diese beiden Punkte sind ja nun gänzlich weggefallen", resümiert Peter Steiniger, Mitarbeiter des Wahlkreisbüros der PDS-Bundestagsabgeordneten Christa Luft. "Heute gibt es hier kaum noch produzierendes Gewerbe. Verkauf, Service und Handel halten sich auch in Grenzen. An der Karl-Marx-Allee entsteht nur Ramsch. Es gibt im Bezirk eigentlich nur noch zwei große Bereiche, in denen noch im klassischen Sinne 'sichere' Arbeitsverhältnisse bestehen: das Krankenhaus und das Bezirksamt. Ersteres ist von den Kürzungen im Gesundheitsbereich bedroht und Letzteres von der Fusion der Bezirke. In allen anderen Bereichen kann man von prekären Verhältnissen sprechen."

Das durchschnittliche Haushaltseinkommen im Friedrichshain liegt nur knapp über dem der Kreuzberger, obwohl die Bevölkerungsstruktur hier eine gänzlich andere ist. Nur neun Prozent der knapp 100.000 EinwohnerInnen sind nicht im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. Die Arbeitslosenquote liegt leicht über dem Berliner Durchschnitt und rund neun Prozent der Bevölkerung leben von Sozialhilfe. Doch auf Grund der niedrigen Löhne ist der untere Teil der Einkommenspyramide überproportional vertreten. Zudem wurde eine ganze Generation frühzeitig aus dem Arbeitsleben ausgegliedert und dreht Warteschleifen in Arbeitsfördermaßnahmen und Umschulungen - ohne Aussicht auf eine Anstellung, oder wurde frühzeitig pensioniert.

So ist auch im Friedrichshain ein Prozess der Binnenverarmung festzustellen, vor allem unter den Frauen. Während vor der Wiedervereinigung etwa 90 Prozent der Frauen einer entlohnten Beschäftigung nachgingen und ein dichtes Netz der sozialen Unterstützung und Kinderbetreuung existierte, beträgt der Anteil von Frauen mit eigenständigem Einkommen heute nur noch 40-50 Prozent. Hinzu kommt, dass etwa 40 Prozent der Mütter im Bezirk allein erziehend sind. "Ab Anfang der '90er sind immer mehr Frauen aus dem Arbeitsleben herausgefallen", berichtet Steffi Lehnhardt vom Frauenzentrum 'Frieda', "viele trauen sich aber auch nicht auf die Ämter zu gehen oder wissen immer noch nicht, was ihnen zusteht", erklärt sie die Diskrepanz zwischen den Statistiken und der erlebten Realität.

Friedrichshain gleicht sich nicht nur bezüglich der sozialen Situation dem Nachbarbezirk Kreuzberg an. "Das lange Zeit günstige Preisniveau bei Mieten und die nahe Lage an Kreuzberg verursachen, dass Studenten und in den Boom-Branchen tätige Yuppies in die Altbaubezirke ziehen", beobachtet Steiniger, "wir haben hier auch seit 1990 eine starke Hausbesetzer- und Subkulturszene. Mittlerweile hat sich diese Szene eingelebt und

teilweise entpolitisiert, aber ein Netz an kulturellen und kleinen wirtschaftlichen Einheiten gebildet: Kneipenleben, kleine Kinos, kleine Kulturwerkstätten etc., was die Grundlage der neuen Tendenzen bildet. In den nächsten zehn Jahren wird sich entscheiden, ob es zum Yuppie-Bezirk wird."

Yuppie-Boom und Subkultur

Die Chancen für eine Lokalpolitik jenseits des Berliner CDU-SPD-Filzes sind günstig. In der bereits gewählten, zukünftigen Bezirksvollversammlung (BVV) existiert eine rechnerische Mehrheit aus PDS und Grünen. Dabei sollte aber nicht vergessen werden, dass die Kompetenzen einer BVV kleiner sind als die einer 3000-Seelengemeinde, und: Kreuzberg und Friedrichshain wurden schon immer stärker "von Unten" geprägt, als durch lokale Institutionen.

Dario N. Azzellini

Im Rahmen des vom Mailänder Institut A.A.STER in sieben europäischen Städten durchgeführten Forschungsprojektes "Moriana" über neue Arbeitsformen und -verhältnisse in Zeiten des Umbruchs, zeichnet Dario N. Azzellini für Berlin verantwortlich.

25. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus dem Untergrund der Lohnarbeit

Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:25

In dieser Rubrik veröffentlichen wir Meldungen aus der täglich umkämpften Welt der Lohnarbeit. Für die Nachrichten aus dem LabournetGermany (www.labournet.de) mal wieder herzlichen Dank an Mag Wompel und David Hollis.

Treibjagd bei Daimler

"Was ist der Unterschied zwischen einer Wildsau und einem Mercedes-Arbeiter? Für Wild gibt es Schonzeiten..." Dieser Spruch kursiert bei DaimlerChrysler in Bremen. Am 14. Februar hatten sich acht Kollegen in Halle 8 des Bremer Werkes gleichzeitig krank gemeldet. Damit stieg der Krankenstand in dieser Gruppe auf 37%. Meister und Werksleitung witterten sofort eine Absprache: Krank aus Protest, weil der Meister angekündigt hatte, dass gegenseitiges Ablösen ab sofort untersagt wird.

Und die Krankenjäger reagierten prompt: Öffentlichkeitswirksam fuhren diverse Mercedes-Fahrzeuge vor den Privatwohnungen der "notorischen Krankmacher" vor. Die zu Briefboten degradierten, uniformierten Werkschützer überreichten Briefe mit der Bitte, "...sich zu einem persönlichen Gespräch in der Personalabteilung einzufinden..." Drei der acht Kollegen ließen sich trotz Krankheit auf dieses "persönliche Gespräch" ein. Meister werden angehalten, zu Hause anzurufen und so die Kollegen zu belästigen. Obwohl einige Kollegen dies ausdrücklich untersagt haben, wird teilweise weitergemobbt.

In der kritischen Belegschaftszeitung Kollegen bei Daimler informieren werden weitere Beispiele für die Krankenjagd bei Daimler aufgeführt: "Im Bereich Logistik gibt es einen festen Plan, wie man mit Kranken ... umzugehen hat: Vom Anruf zu Hause, über den Hausbesuch, bis hin zur (Straf-)Verleihung auf einen anderen Arbeitsplatz bei Rückkehr des Delinquenten. ... Es wird bewusst die Angst geschürt um den Arbeitsplatz, es wird - ganz beiläufig - gedroht mit Fremdvergabe ganzer Bereiche..."

Und das Fazit: "Krank ist die Fabrik. Krank ist die Personalpolitik: Ein kurzfristiger Urlaubstag ist schon fast ein Luxusartikel, selbst bei Todesfällen in Familie oder Freundeskreis. Krank sind die, die nur noch von ‚Wirtschaftlichkeit` und ‚Wertschöpfung` faseln, die aber gleichzeitig die einzigen ‚Wertschöpfer`, nämlich die Kollegen am Band, nur noch als Unkostenfaktoren sehen. Befreit uns von diesen Kranken! Schickt sie endlich in Therapie...!"

(LabournetGermany)

Unruhe bei Opel Bochum

Die angespannte Personalsituation bei Opel in Bochum führt immer wieder zu Protesten. (vgl. auch ak 419, 423, 425) Am Freitag, den 3. März 2000 kamen in der großen Pause der Frühschicht ca. 300 ArbeiterInnen in der Halle des Wareneingangs des Werks I zusammen, zum großen Teil IG Metall-Vertrauensleute. Sie haben über den Betriebsrat an die Geschäftsleitung einen Forderungskatalog gerichtet:

Übernahme aller (derzeit noch 269) befristeten KollegInnen; Keine Auslagerungen; Keine Versetzungen (z.B. aus dem Rohbau in die Fertigmontage); Sofortige Einstellung von Mehrarbeit; Keine Repressalien gegenüber der Belegschaft (gemeint ist vor allem die sich momentan häufende Praxis von Abmahnungen z.B. bei Einbau von falschen Teilen oder sonstigen Qualitätsfehlern); Einhaltung der Betriebsvereinbarungen (gemeint hier sind vor allem die Gewährung der Springerpause und die Freistellung von Gruppensprechern von der Tätigkeit, um auch als Springer zur Verfügung zu stehen).

Die versammelten KollegInnen forderten die Geschäftsleitung auf, am 8.3.2000 in die Info-Stunden der Vertrauensleute in allen drei Schichten Vertreter zu senden und zu diesen Forderungen Stellung zu beziehen. An diesem Tag, zum Schichtwechsel zwischen 13.15 und 14.30, fand auch eine Aktion der Arbeitsloseninitiative Werkschlag vor der Opel Verwaltung statt.

(LabournetGermany)

Keine Konten bei der Citibank !

Im gemeinsamen Bestreben der Gewerkschaft hbv und des sozialen Netzwerks gegen die Citibank, insbesondere bei den Call-Centern der Bank Arbeitsplätze zu sichern und Tarifverträge zu erkämpfen, ruft das Netzwerk zu einer Boykottkampagne gegen die Citibank auf.

In Bochum und Duisburg hatten die Betriebsräte in der Vergangenheit durch Betriebsvereinbarungen eine Reihe von - im Call-Center-Bereich beispielhaften - Regelungen erreichen können, die jedoch durch die Betriebsschließung hinfällig wurden. Einige der geschlossenen Betriebe unterlagen noch dem Tarifvertrag. Für das neue Call-Center in Duisburg wurde die Tarifbindung jedoch aufgehoben. Die Citibank lehnt Tarifverhandlungen u.a. ab weil Sonn- und Feiertagsarbeit darin ausgeschlossen werde. Mit der Unterstützung der Gewerkschaft hbv streikten die Beschäftigten in Duisburg und Bochum für einen Haustarifvertrag. Die Citibank verkündete daraufhin das Aus für das Call-Center "Fachhändlerservice FHS" in Duisburg und eröffnet am gleichen Ort ein neues, die "Citicorps Dienstleistungs GmbH". Per Anzeigen, Handzettel und Stadiondurchsagen warb die Citibank um neue MitarbeiterInnen - die Kolleginnen und Kollegen, die an den Warnstreiks teilgenommen hatten, wurden jedoch nicht wieder eingestellt. Für diese "Standortverlagerung" beantragte das Unternehmen bei der Landesregierung NRW einen Investitionszuschuss von 7,3 Mio. DM. (vgl. ak 425)

Die Kampagne in NRW "Wo Geld lebt, lebt die Citibank. Wo Jobs und Mitbestimmung sterben, halten wir dagegen" wird von einem Bündnis getragen, in dem PDS, Grüne und Jusos, GewerkschafterInnen, die ehemals Beschäftigten, VertreterInnen des Kirchlichen Dienstes der Arbeitswelt und des KAB, der SchuldnerInnenberatung, des Betriebsrates und der Vertrauenskörperleitung von Thyssen-Krupp aktiv sind. Tariflohn statt Billiglohn; Sofortige Aufnahme von Tarifverhandlungen; Wiedereinstellung der zu Unrecht Entlassenen; Keine Steuergelder für Arbeitsplatzvernichter, so lauten die Forderungen.

(LabournetGermany)

VW-Streik in Südafrika

Mit Unterstützung der Gewerkschaftsführung sperrt VW Südafrika immer noch 1.300 ArbeiterInnen im Werk Uitenhage aus, die seit inzwischen acht Wochen neben betrieblichen Verbesserungen vor allem für die Anerkennung und Wiedereinstellung von 13 kämpferischen Vertrauensleuten (Shopstewards) streiken. (vgl. ak 435)

Bei einem großen Protestmarsch vor die Tore von VW am 29. Februar forderten die Streikenden, das Uitenhage Crisis Committe (UnterstützerInnen aus anderen Betrieben der Region) und die BewohnerInnen der umliegenden Stadtteile, nochmals nachdrücklich die Wiedereinstellung aller Entlassenen und das Recht der VW-Arbeiter, ihre Vertrauensleute und VertreterInnen selbst bestimmen zu können.

Erst Ende Februar hatten NUMSA-Offizielle versucht, Vertrauensleutewahlen bei VW durchzuführen. Die Streikenden - allesamt engagierte NUMSA-Mitglieder - versagten der Gewerkschaft dafür jedes Mandat. Stattdessen stellten sie der NUMSA-Führung und dem VW-Management ein Ultimatum zur Anerkennung der selbstgewählten VertreterInnen.

Im Laufe des Februars ist es wiederholt zu Drohungen und Übergriffen der staatlichen Sicherheitskräfte gekommen. Schwerbewaffnete Polizei und Armee kontrollieren die Arbeiterviertel von Uitenhage, Streikende werden immer wieder angehalten. Am 14. Februar durchsuchte bewaffnete Polizei ohne Durchsuchungsbeschluss den Tagungsraum der Streikenden. Der ANC-kontrollierte Stadtrat verweigert den Streikenden und dem Crisis Committe jeden Zugang zu öffentlichen Räumen.

Mitglieder des Crisis Committes müssen mit Entlassungen rechnen. Am 18. Februar traf es den Vorsitzenden Wilfus Ndandani, der vom Reifenhersteller Goodyear entlassen wurde. Auch Committee-Sekretär Myali Davids wurde von der Firma National Standards entlassen, nach dem NUMSA-Offizielle die Geschäftsleitung darüber informiert hatten, dass Davids nicht krank war, sondern an einer Demonstration für die streikenden VW-Arbeiter teilgenommen hatte.

Die 3.500 Arbeiter, die seit dem 3. Februar wieder in die Fabrik zurückgekehrt sind, arbeiten dort unter enorm repressiven Bedingungen, die von Management und NUMSA gemeinsam ausgehandelt und durchgesetzt

worden sind. Die Arbeit findet unter strengster Überwachung statt, selbst geringfügige Verspätungen können zu sofortigen Entlassungen führen. Für jeden Gang zur Toilette muss um Erlaubnis gefragt werden. Beliebige Versetzungen und bedingungsloser Gehorsam gegenüber den Meistern gehören ebenfalls zu den neuen Arbeitsbedingungen. (LabournetGermany)

Davids vituelle Schleuder

Die Belegschaft der Anlagenbau-Firma Foxboro-Eckardt GmbH in Stuttgart kämpft um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Die Firma gehört zum US-amerikanischen Invensys-Konzern, der mit rund 100.000 Beschäftigten weltweit Automatisierungs- und Regelungstechnik u.a. für die Chemieindustrie herstellt. Die 200 Eckardt-ArbeiterInnen fordern von Invensys die Einhaltung eines im April 1999 abgeschlossenen Standortsicherungsvertrages. Der Konzern will sich nicht mehr an diese Vereinbarung halten. Nachdem die unterschiedlichsten betrieblichen und überbetrieblichen Protestformen keinen Erfolg gezeigt hatten, entschloss sich der Betriebsrat und die IG Metall Stuttgart zu einer ungewöhnlichen Protestkundgebung. Mit einer auf dem Internet - Server der IG Metall eingerichteten Mailingliste wurden Unterstützer für die "weltweit erste virtuelle Protestdemonstration" gesammelt. Diese wurden dazu aufgerufen, am 21.2.2000 ihren Protest per E-mail direkt auf die Schreibtische der Konzernverantwortlichen zu senden. Nach Angaben des Betriebsrates war der Erfolg dieser "weltweit ersten virtuellen Protestdemo" derart durchschlagend, dass die mehr als 100.000 verschickten elektronischen Briefe den E-Mail-Rechner von Foxboro in den USA in kürzester Zeit lahm gelegt haben. Daraufhin sei die gesamte elektronische Kommunikation in diesem Teil des Invensys-Konzerns ausgefallen. Für mindestens acht Stunden war der Konzern über E-Mail nicht mehr erreichbar.

(LabournetGermany; TAZ)

26. Selbst-Ständig-Arbeiten. Neue/alte Selbstausbeutung und die Kampagnen der IG Metall und IG Medien

Autor: Martin Dieckmann · Rubrik: Sozialpolitik; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:13

"Arbeiten ohne Ende" - "Der Arbeit wieder ein Maß geben". Das sind die Themen einer gewerkschafts- und betriebspolitisch hochbrisanten Diskussion. Denn die bisherigen Beiträge zu dieser Auseinandersetzung mit grundlegenden Veränderungen im Verhältnis zur Arbeit und Arbeitszeit (vgl. auch ak 431) stellen - radikaler als bislang gewohnt - das Selbstverständnis von Betriebsräten und gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik in Frage.

Dass Tarifverträge oft nichts mehr gelten, weil sie permanent unterlaufen werden, gehört zur allgemeinen Erfahrung von Betriebsräten und Gewerkschaften. Dass dies keineswegs immer nur durch unmittelbaren Druck seitens der Unternehmer, sondern immer mehr "von unten" geschieht, wird mittlerweile ebenso offen zugegeben. Die klassische Erklärung, wonach dies auf die Erpressbarkeit durch die Reservearmee der Erwerbslosen zurückzuführen ist, stimmt zwar immer noch, ist aber dennoch nur ein Teil der ganzen Wahrheit. Selbst in Bereichen, in denen die Arbeitsmarktlage eine selbstbewusste Verhandlungsposition ermöglichen würde, sind die Anpassungsleistungen "von unten" keineswegs schwächer ausgeprägt als dort, wo tatsächlich binnen kurzer Zeit eine Arbeitskraft durch eine andere ersetzt werden könnte. Wie auch immer dieses Phänomen erklärt wird, es ist nicht zu leugnen, dass es sich bei diesen Anpassungsleistungen um eigenes Tun handelt, um Handlungen und Verhaltensweisen, die immer weniger auf offenen Druck oder direktes Kommando seitens der Vorgesetzten zurückzuführen sind.

Bereits bei der Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Aufgaben (Überwachung von Tarifverträgen, Gesetzen und Betriebsvereinbarungen) geraten Betriebsräte unter Umständen weniger in Gegensatz zu den Unternehmensleitungen als zu den Beschäftigten selbst. Betriebsräte nehmen dann tendenziell die Rolle einer gewerkschaftlichen Betriebspolizei ein. Extrem wird diese Rolle dort erfahren, wo Tarifverträge, die noch Schutz vor weitgehender Flexibilisierung enthalten, von Beschäftigten als "Fessel" oder bürokratische Bevormundung wahrgenommen werden. Das, was von Vorgesetzten gerne als freiwillige Überausbeutung entgegengenommen wird, entspringt bei den Beschäftigten oft dem Gefühl der Befreiung von starren, kollektiven Zeit- und Leistungskorsetten. Dieses Phänomen ist keineswegs eingrenzbar auf die herausgehobene Schicht qualifizierter Angestellter, sondern gilt vor allem für die sogenannten neuen Branchen im Dienstleistungssektor, deren Gehaltsniveau höchstens dem der Fabrikfacharbeiterschaft der Großindustrie entspricht.

"Schütz' dich vor dir selbst"

Auf einem Seminar über das Thema "Arbeiten ohne Ende" fasste Wilfried Glißmann, Betriebsratsvorsitzender bei IBM in Düsseldorf, dies prägnant in drei Sätzen so zusammen: "Früher ging es darum, den Arbeitnehmer vor dem Arbeitgeber zu schützen. Heute müsste der Betriebsrat den Arbeitnehmer vor sich selbst schützen. Das geht aber nicht, das können nur die Arbeitnehmer selbst tun." Diese drei Sätze zeigen die drei Erkenntnisstufen, auf denen man betriebs- und gewerkschaftspolitisch voran - oder auf die Höhe der Zeit - gekommen ist. Die traditionelle Betriebspolitik (auch einiger orthodoxer Rest-Linker) tut oft noch so, als müsse sie nur die Arbeitnehmer vor dem Arbeitgeber schützen. Daraus folgt oft die Sehnsucht nach der guten alten Zeit von Refa und Stechuhr: Alles Übel kommt von oben - doch es kommt halt unten an. Einzusehen, dass man den Arbeitnehmer vor sich selbst schützen müsste, ist bereits ein gewisser Erkenntnisfortschritt. Eine weitere Einsicht wäre die, dass der Schutz vor sich selbst nicht mittels Stellvertreter-Politik möglich ist. Doch die Schlussfolgerungen, die bislang meistens gezogen wurden, liefen auf nichts anderes hinaus als auf die Legalisierung - und damit auch Legitimierung - der mehr oder weniger freiwilligen Anpassungsleistungen "von unten". Dazu gehört das Hochjubeln der neuen Autonomie in der Arbeit als "Selbstverwirklichung" in der Arbeit. Am Ende steht dann meistens eine höchst entwickelte Form des Co-Managements, worin Betriebsräte nicht nur Seite an Seite, sondern sogar an vorderster Front des Managements auftreten.

Gewerkschafts- und betriebspolitische Anpassung an die Anpassung "von unten" hat katastrophale Folgen. Denn wenn es darum gehen müsste, dass sich Beschäftigte "vor sich selbst" schützen, sich also nicht selbst

durch Entgrenzung der Arbeit in den Stress jagen, dann kann die affirmative Begleitung oder nachträgliche Absicherung solcher Verhaltensweisen durch Gewerkschaften und Betriebsräte, etwa in der Arbeitszeit- und Tarifpolitik, nur dazu führen, dass die Beschäftigten noch intensiver auf sich selbst - und gegeneinander - gehetzt werden.

Die Debatte, die sich mittlerweile innerhalb von Gewerkschaften wie IG Metall und IG Medien entwickelt hat, ist vor allem deshalb interessant, weil sie bereits vorhandene umfangreiche wissenschaftlich-theoretische Erklärungsansätze mit Erfahrungen betrieblicher Praxis zusammenbringt. Eine Art Resümee der bisherigen Arbeiten und Diskussionsansätze zieht Klaus Pickshaus (früher Sekretär beim Hauptvorstand der IG Medien, jetzt IG Metall). (1)

Ausgangspunkt für diese Zwischenbilanz sind die neuen Management-Strategien, die bereits von Wilfried Glißmann, Klaus Peters und Stephan Siemens bildlich im Modell der "indirekten Steuerung" beschrieben worden sind. (2) Modellhaft wird darin das alte Kommando-System ("Command and Control"), in dem der soziale Interessengegensatz in der direkten Hierarchie zum Ausdruck kam, unterschieden von einer "indirekten Steuerung", die mehr bedeutet als die graduelle Erweiterung von Entscheidungsspielräumen für die Lohnabhängigen. Wird diesen beispielsweise eine bestimmte Zeitvorgabe gemacht, innerhalb derer sie zwar eigene Vorschläge entwickeln oder Aufträge selbstständig bearbeiten können, die dann aber innerhalb der alten Hierarchie übernommen oder modifiziert werden, so bleibt es schließlich bei der klassischen Gegenüberstellung von Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Es ist immer noch der Arbeitgeber, der dem "Kunden" gegenüber steht.

Im Modell der "indirekten Steuerung" aber tritt der Arbeitgeber zur Seite und konfrontiert so den Arbeitnehmer unmittelbar mit dem "Kunden". Dieser mag real oder imaginär inszeniert sein - das Arbeitsverhältnis löst sich in jedem Fall auf in eine Kunden-Dienstleister-Beziehung. Die Lohnabhängigen werden dann tendenziell zu "Arbeitskraftunternehmern". Der Zugriff auf die Arbeitskraft erfolgt dabei nicht nur in Bezug auf die Entfremdung der Arbeitszeit, sondern ist auch in Bezug auf Arbeitsorganisation und Unternehmenskultur insgesamt zu beobachten. Und die Internalisierung der Kundenbeziehung in Arbeitsabläufe ist auch keineswegs nur ein Phänomen der Dienstleistungsberufe, sondern wird als Managementtechnik bis weit in "klassische" Produktionsbereiche wie die Automobilindustrie hinein benutzt. (3) Die Grenzziehung zu sogenannten Scheinselbständigen wie realen Selbstständigen wird damit insgesamt immer verschwommener.

Management-by-emotion

Klaus Pickshaus und andere Autoren betonen, dass es sich hierbei nicht um klar voneinander zu unterscheidende Systeme handelt, sondern um Modelle, die in der betrieblichen und gesellschaftlichen Realität in Übergangsformen existieren. Entsprechend konfliktgeladen und zum Ausgang hin offen sind diese Übergänge zur "indirekten Steuerung". Von zentraler Bedeutung ist gerade für die Konfliktsituationen in diesen Übergängen, dass die neuen Management-Modelle "von unten" äußerst widersprüchlich aufgenommen oder sogar übernommen werden. "Die Abschaffung von Kommandostrukturen, die für den tayloristischen Kapitalismus typisch waren, wird als Befreiung von Bevormundung und Kontrolle erlebt. Die neue Selbstständigkeit in der Arbeit kann geradezu einen Lustgewinn in der Arbeit produzieren, der ähnlich oftmals bei Freien und Selbstständigen anzutreffen ist." (Pickshaus).

Dieser Lustgewinn ist so ambivalent wie das Verhältnis von Genuss und Sucht im Konsumverhalten. Gerade die Dokumentationen zum Thema "Arbeiten ohne Ende" aus betrieblicher Praxis zeigen drastisch Züge eines Alltags- und Arbeitsverhaltens, das sich dem selbstzerstörerischen Umschlag von Genuss in Sucht angleicht. Was in den ersten Phasen noch als radikale Freisetzung kreativer Fähigkeiten erfahren wird, entpuppt sich am Ende als radikale Entfremdung, als eine "Selbst"-Bestimmung, in der ein fremdes "Selbst" die eigene Person beherrscht.

"Management by Emotions" nennt sich die Herrschaftsmethode, in der am Ende die Subjektivität der Handelnden in einen Zustand existenzieller Verunsicherung versetzt wird. "Mich regiert blanke Angst", notiert eine Projektleiterin bei IBM plötzlich in einem Text, in dem sie sich mit ihrem eigenen Arbeitsverhalten konfrontiert und nach den Motiven des eigenen Handelns sucht.

Aktionen wie bei IBM in Düsseldorf, aber mittlerweile auch andernorts herbeigeführte Auseinandersetzungen mit der neuen Selbstständigkeit in der Arbeit zeigen, wie dicht Anpassung und Revolte beieinander liegen.

Diese Revolte findet durchaus statt, freilich auf der Ebene der psychosomatischen Rebellion des eigenen Selbst in Form aller erdenklichen Krankheiten. "Die Konstitution von Gegenmacht in den Unternehmen wird in Zukunft jedenfalls durch das Nadelöhr der Auseinandersetzung des einzelnen Arbeitnehmers mit der Ambivalenz seines eigenen Willens gehen müssen", zitiert Pickshaus Klaus Peters.

Damit wird das Schlüsselproblem benannt: Es wäre nämlich ein verhängnisvoller Irrtum, das neue Arbeitsverhalten einzig als fremdbestimmtes Tun und nicht als eigenes Tun wahrzunehmen. Gerade weil Systeme der "indirekten Steuerung" derart perfide funktionieren, dass sie zur inneren Logik der unwillkürlichen Handlungen von Einzelnen werden, liegt letztlich in der Konfrontation dieser Einzelnen mit ihrem eigenen Verhalten - und damit ihrem eigenen Willen - der Schlüssel für eine wirklich emanzipative Eingrenzung der Arbeit. Auf diese Weise erfährt dann die "neue Selbstständigkeit in der Arbeit" eine ganz neue Wendung: selbstständig zu werden gegen diese Selbstständigkeit.

Das bedeutet nicht, dass die entfremdete und entfremdende Individualisierung nur individuell aufzuheben wäre. Dies ist unmöglich, auch wenn entsprechende Ansätze beim Individuum beginnen müssen. Betriebliche und gesellschaftliche Praxis muss daher darauf ausgerichtet sein, einen gemeinschaftlichen Rahmen und einen öffentlichen Raum herzustellen, in dem diese Auseinandersetzung mit sich selbst und mit den Anderen möglich wird. Das ist eine Zeit lang exemplarisch bei IBM in Düsseldorf im Rahmen von kleinen Kampagnen und Veranstaltungen im Ansatz gelungen. Dort wie anderswo bleibt aber die Frage offen, wie denn derartige Prozesse von kollektiver und öffentlicher Auseinandersetzung auch nachhaltig zur Selbstorganisierung führen können. Wilfried Glißmann vom Düsseldorfer IBM-Betriebsrat warnt deshalb auch vor dem bloßen Kopieren dieser Kampagne in ganz anders gearteten betrieblichen Zusammenhängen. Die mittlerweile in IG Metall und IG Medien angelaufenen Kampagnen geben allenfalls die Richtung und allgemeine Losungen vor. Was damit im Einzelnen praktisch gemacht wird, ist eine ganz andere Frage.

Thema Lebensqualität

Dennoch kann man jetzt schon hervorheben, dass mit diesen Aktionen, Kampagnen, Untersuchungen und Diskussionen eine neue Auseinandersetzung mit "der Arbeit" begonnen hat. Klaus Pickshaus sieht darin deshalb auch einen neuen Ausgangspunkt für die betriebliche und gewerkschaftliche Praxis, ihr eigenes, traditionell im alten Kommandosystem verhaftetes Selbstverständnis aufzugeben, und auch die "Zentralität der Arbeit" zu hinterfragen. Ob die Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse nun antagonistisch oder sozialpartnerschaftlich begriffen werden, traditionelle Betriebspolitik reduziert sich zumeist auf die Beschäftigten als Arbeitskräfte. Mit der Kritik der "neuen Selbstständigkeit in der Arbeit" rückt aber der gesamte Lebenszusammenhang der Einzelnen ins Blickfeld. Der Ausgang der Auseinandersetzungen um die neue Selbstständigkeit in der Arbeit hängt deshalb entscheidend davon ab, wie weit "Lebensqualität" oder das "gute Leben" an die Stelle der Zentralität der Arbeit gerückt wird.

Klaus Pickshaus nennt erste Schlussfolgerungen für die gewerkschaftliche Politik: Nur wenn die faktische Arbeitszeit und die ihr "zu Grunde liegenden Mechanismen und Zwänge" thematisiert würden, könnte wieder eine Arbeitszeit-Offensive möglich werden. Widerstand gegen den "Zugriff auf den ganzen Menschen" wird sich betrieblich zunächst im Aushandeln des Lohn-Leistungs-Zeit-Verhältnisses niederschlagen müssen, mit einer klaren Abkehr von der Methode individueller Zielvereinbarungen. Ferner wird die Orientierung auf Lebensqualität und damit auf ein besseres Leben zu einer Verschränkung von betrieblicher und Tarifpolitik mit sozialpolitischen Alternativen führen müssen, als selbstbewusste Abkehr vom "Monopol eines lebenslangen, gleich verteilten und männlich geprägten Arbeitszeitmodells im Sinne einer Neudefinition des Verhältnisses von Produktions- und Reproduktionsarbeit."

Betriebspolitisches Neuland

Die Schwierigkeit in der weiteren Debatte wird darin bestehen, die verschiedenen Ebenen und "Felder" differenziert zu bestimmen und dennoch im Zusammenhang aufeinander zu beziehen. Denn diese Bezugnahme ist zwingend; schließlich können - selbst unter der noch gar nicht gegebenen Voraussetzung eines breiteren sozialen Widerstandes - ohne kollektive Absicherung keine realen Freiheiten für Einzelne erkämpft werden; umgekehrt wird es in der Tarifpolitik keine Wende nach vorn geben, wenn nicht eine grundlegende Veränderung in den unmittelbaren sozialen und zwischenmenschlichen Alltagsbeziehungen in Betrieb und "Lebenswelt" herbeigeführt wird. Was dies für die traditionellen Formen und Inhalte betrieblicher

und gewerkschaftlicher Interessenvertretungspolitik bedeutet, wird heute zwar noch nicht einmal im Ansatz begriffen, aber durchaus geahnt. Denn Ansätze wie die von Glißmann, Peters, Siemens und anderen wirken in kleinen wie großen Diskussionszusammenhängen schon heute wie heilsame Provokationen. Damit wird wenigstens im ersten Schritt so etwas wie Gegenöffentlichkeit hergestellt, womit der erste Schritt schon zu einem großen geworden ist.

Martin Dieckmann

Anmerkungen:

1) Klaus Pickshaus: Der Zugriff auf den ganzen Menschen, in: Z, Zeitschrift für marxistische Erneuerung, März 2000

2) Klaus Pickshaus, Wilfried Glißman, Klaus Peters, Stephan Siemens: Der Arbeit wieder ein Maß geben, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Februar 2000

3) Mag Wompel: Vom Störfaktor zum Wettbewerbsfaktor. Das unternehmerische Menschenbild im Strudel der Flexibilisierung, Forum Wissenschaft, 1/2000, Marburg

Zur Lektüre empfohlen

Dokumentation "Meine Zeit ist mein Leben. Neue betriebspolitische Erfahrungen zur Arbeitszeit", in: Denkanstöße (IG Metaller in der IBM), Februar 1999

Dokumentation "Wenn die ‚normale` Arbeitszeit nicht mehr ausreicht - ein Bericht über die Ausbreitung unbezahlter Mehrarbeit", hg. vom IG Metall-Hauptvorstand, Abt. Tarifpolitik, März 1999

Mehrere Beiträge zum Thema können über das Labournet bezogen werden: http:/www.labournet.de/diskussion/arbeitsalltag/index.html# Arbeitszeit

Dieser Beitrag erschient zeitgleich in express, 2/2000

27. Flexi voll normal. Klassische Regelarbeitszeit wird immer mehr zur Ausnahme

Autor: dk · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:46

Was ist im Bereich der Arbeit schon "normal". Die Arbeitszeit auf jeden Fall nicht. Eine neue Studie im Auftrag des nordrhein-westfälischen Arbeitsministeriums zeigt: Die neue Normalität der Ausbeutung heißt Flexibilisierung.

In ihrer Ausgabe vom 1.12.1999 stellt die Zeitschrift ARBEIT & ÖKOLOGIE-BRIEFE eine bundesweit repräsentative Untersuchung des Kölner Institut zur Erforschung sozialer Chancen (ISO) vor. Für den Bericht "Arbeitszeit '99" haben die AutorInnen Hermann Groß und Eva Munz in der ersten Jahreshälfte letzten Jahres insgesamt 4.024 lohnabhängig Beschäftigte in West- und Ostdeutschland über ihre tatsächlichen und die gewünschten Arbeitszeiten befragt. Einbezogen wurden Beschäftigte zwischen 18 und 65 Jahren. Die Ergebnisse zeigen: Die Entwicklung der Arbeitszeiten ist heute schon viel flexibler als vielfach angenommen. Die klassische Regelarbeitszeit wird immer mehr zur Ausnahme.

Nur noch 15% der abhängig Beschäftigten in Deutschland arbeiten unter Bedingungen des Normalarbeitszeit-Standards, d.h. in einer Vollzeitbeschäftigung mit wöchentlich zwischen 35 und 40 Stunden, montags bis freitags und in der Lage nicht variiert. 85% der Beschäftigten sind dagegen in irgendeiner Form flexibler Arbeitszeit tätig: Wochenendarbeit, Schicht- und Nachtarbeit, Teilzeitarbeit, Überstunden, Arbeitszeitkonten. Seit 1989 hat diese Flexibilisierung stetig zugenommen. Damals arbeiteten immerhin noch 24% der Beschäftigten in Normalarbeitszeit, gegenüber 76% in flexiblen Arbeitszeitformen.

Diese Zunahme betrifft alle Formen flexibler Beschäftigung (Ausnahme: Gleitzeitregelungen). Die Teilzeitquote etwa stieg von 15% im Jahr 1989 auf 20% in diesem Jahr, in Westdeutschland sogar auf 22%. Teilzeitarbeit ist in aller Regel Halbtagsbeschäftigung von Frauen. Für Fach- und Führungskräfte ist diese Form der Flexibilisierung nach wie vor eine Ausnahme.

Mit den Wünschen der abhängig Beschäftigten haben die vorhandenen Teilzeit-Angebote wenig zu tun: Vollzeitbeschäftigte mit Teilzeitwunsch wollen ihre Arbeitszeit um 12 Stunden auf 27 Stunden reduzieren. Sie wollen keine Halbtagsbeschäftigung (zum Halbtags-Lohn), sondern eine Drei- oder Vier-Tage-Woche. Die jetzt Teilzeitbeschäftigten wollen ihre Arbeitszeit im Schnitt um vier Stunden erhöhen.

Arbeiten rund um die Uhr

Der Anteil regelmäßiger Schicht- und Nachtarbeit stieg von 14% auf 18%, der von Samstagsarbeit von 30% auf 35% (siehe Abbildung). Ein gutes Drittel (34%) der Beschäftigten arbeitet regelmäßig samstags (1989: 30%). Stark zugenommen hat auch die Sonntagsarbeit: Vor zehn Jahren mussten 10% der Beschäftigten regelmäßig sonntags arbeiten, heute sind es insgesamt 16%. Dabei ist der Widerwille gegen Wochenendarbeit offenbar beträchtlich. Zwei Drittel der Befragten geben an, lieber weniger oder gar nicht am Samstag oder Sonntag zu arbeiten. Gegenüber 1995 ist die Ablehnung der Sonntagsarbeit noch einmal um vier Prozentpunkte auf 67% gestiegen. Samstagsarbeit wird von 64% der Befragten abgelehnt (1995: 63%).

Sprunghaft angestiegen ist auch der Umfang der Nacht- und Schichtarbeit. Mehr als jede/r sechste Beschäftigte (18%) muss regelmäßig Nacht- und Schichtarbeit leisten (1995: 13%). Die Akzeptanz von Nacht- und Schichtarbeit ist allerdings heute höher als vor zehn Jahren. Mehr als die Hälfte (51%) sind damit einverstanden (1989: 43%). Über die Ursachen dieser Akzeptanz kann sicher spekuliert werden. Hier spielen möglicherweise die realen Einkommensverluste der letzten Jahre eine Rolle. Auf jeden Fall passt der Zuwachs bei Schicht- und Nachtarbeit zu der in anderen Studien festgestellten Zunahme der Betriebszeiten im verarbeitenden Gewerbe: Während 1984 im Durchschnitt 60,6 Wochenstunden gearbeitet wurde, waren es 1996 71,8 Wochenstunden.

Stark zugenommen haben auch die Überstunden. 1989 hatten nur 35% der Beschäftigten regelmäßig Überstunden geleistet. 1999 sind es schon 56%. Dieser Trend gilt allerdings nicht für die Anzahl der wöchentlichen Überstunden pro Person. Hier hat es gegenüber 1995 keine nennenswerten Veränderungen gegeben. 1995 hatte jede/r Beschäftigte 2,9 Überstunden pro Woche auf seinem Konto, 1999 waren es 2,8

Überstunden pro Woche. Der Anstieg der Überstunden deutet also darauf hin, dass insgesamt mehr Beschäftige Überstunden leisten.

Starke Verschiebungen gibt es in den Abgeltungsformen. 1999 liegen erstmals die in Freizeit ausgeglichenen Überstunden (1,1 Stunden pro Beschäftigten pro Woche) vor den bezahlten (0,9) und den unbezahlten (0,8) Überstunden pro Woche.

dk

Tabelle 1: Arbeitszeitformen im Vergleich (Angaben in %)

1989, 1995, 1999

Vollzeitbeschäftigte, 85, 82, 80

Teilzeitbeschäftigte, 15, 18, 20

Gleitzeitarbeit, 81, 74, 83

Nacht- und Schichtarbeit (regelm.), 14, 13, 18

Samstagsarbeit (regelm.), 30, 32, 35

Sonntagsarbeit (regelm.), 12, 15, 16

Überstunden (regelm.), 35, 45, 56

Arbeitszeitkonten, , 37,

Normalarbeitszeit-Standard, 24, 19, 15

Quelle: ISO

Obwohl die Anzahl der Überstunden zugenommen hat, sind diese unter den Beschäftigten deutlich unbeliebter geworden. Nur noch ein Drittel der Beschäftigten, die regelmäßig Überstunden leisten, war mit dieser Mehrarbeit zufrieden. Ein wachsender Anteil von Beschäftigten würde seine Überstunden lieber beschäftigungswirksam (und gesundheitsförderlich) in Freizeit ausgleichen oder würde für kürzere Arbeitszeiten sogar finanzielle Einbußen in Kauf nehmen.

Die Abnahme der entlohnten und die Zunahme der mit Freizeit ausgeglichenen Überstunden ist auch dem starken Zuwachs an Arbeitszeitkonten-Modellen geschuldet. 37% der abhängig Beschäftigten arbeiten unter Bedingungen eines Arbeitszeitkonten-Modells. Dieser Anteil hat rasant zugenommen. Der ISO-Studie zufolge gibt es solche Modelle offenbar besonders häufig in den Bereichen Bergbau und Energie, Metall- und Elektroindustrie, Verkehr und Nachrichten, chemische Industrie und öffentlicher Dienst.

Tabelle 2: Tatsächliche,, vertragliche und gewünschte Wochenarbeitszeit 1995 und 1999 nach Arbeitszeitumfang

(Angaben in Stunden pro Woche)

Alle Beschäftigten

West, +, Ost, +, gesamt

95, 99, 95, 99, 95, 99

1. tatsächliche Arbeitszeit, 38,1, 36,9, 41,3, 40,1, 38,7, 37,5

2. vertragliche Arbeitszeit, 35,1, 34,8, 38,5, 37,6, 35,8, 35,3

3. gewünschte Arbeitszeit, 34,1, 34,5, 37,2, 37,8, 34,7, 35,2

Differenz zwischen 2 und 1, 3,0, 2,1, 2,8, 2,5, 2,9, 2,2

Differenz zwischen 3 und 1, 4,0, 2,4, 4,1, 2,3, 4,0, 2,3

Differenz zwischen 3 und 2, 1,0, 0,3, 1,3, 0,2, 1,1, 0,1

Quelle: ISO

Im Jahre 1999 beträgt die vertragliche Wochenarbeitszeit der lohnabhängig Beschäftigten durchschnittlich 34,8 Stunden, die tatsächliche Wochenarbeitszeit durchschnittlich 36,9 Stunden. Gewünscht wird eine Arbeitszeit von 34,5 Stunden! Die ISO-Studie belegt somit noch einmal die zunehmende Arbeitsverdichtung bei gleichzeitig faktischer Verlängerung der Arbeitszeiten und damit wachsender Gesundheitsbelastungen am Arbeitsplatz.

28. "Ein Wachstumsmarkt par excellence." Leiharbeit wird zur echten Börsenattraktion

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:47

Sie sind die Gewinner der Flexibilisierung: Zeit- und Leiharbeitsfirmen. Im Windschatten der allgemeinen Deregulierung der Arbeitsverhältnisse blüht der moderne Sklavenhandel, das Geschäft mit der Ware Arbeitskraft.

Firmen wie Manpower oder Randstad liefern Beschäftigte auf Bestellung. Sie machen die "atmende Fabrik" (und das "atmende Büro") möglich, den Unternehmertraum von einer Belegschaft, die problemlos an die Auftragslage angepasst werden kann, von Beschäftigten, die sich einfach nach Hause schicken lassen, wenn die Firma mal nicht so brummt - ohne Sozialplan, Abfindungen und Streitereien vor dem Arbeitsgericht. Um 20,9% ist der Anteil der LeiharbeiterInnen an der Anzahl der Beschäftigten im letzten Jahr gestiegen. Und ein Ende des Booms ist nicht in Sicht.

Von 1992 bis 1999 hat sich die Zahl der ZeitarbeiterInnen in Deutschland mehr als verdoppelt: 286.000 Menschen werden von Leiharbeitsfirmen beschäftigt. Nach Angaben des unternehmerfreundlichen Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln sind zwischen Mitte 1998 und Mitte 1999 fast 500.000 Zeitarbeitsverträge neu geschlossen worden (FAZ, 14.2.2000). Angesichts der im internationalen Vergleich geringen Rolle, die die Zeitarbeit in Deutschland dennoch immer noch spiele, sieht das Kölner Institut erhebliche Wachstumschancen bei der Vermittlung von Frauen und Höherqualifizierten sowie bei der Personalüberlassung für Dienstleistungsunternehmen.

Für Michael Gierse, Fondsmanager bei Union Investment ist die Leiharbeit ein "Wachstumsmarkt par excellence", ein zukunftsträchtiger Nischenmarkt, an dem auch Anleger kräftig mitverdienen können. Personaldienstleister wie der US-Marktführer Manpower, die Benelux-Riesen Vedior und Randstad oder auch die Schweizer Adecco sind längst börsennotiert. Der Knüller für Broker und Analysten sind jedoch Spezialanbieter wie die deutschen DIS, Allbecon und Amadeus. (Tagesspiegel, 11.12.1999) Im Unterschied zur ausländischen Konkurrenz liefern diese Firmen Spitzenware: hoch qualifizierte Just-in-time-MitarbeiterInnen statt einfacher Aushilfen.

So konzentriert sich Amadeus, kleinster und jüngster Sklavenhändler an der Börse, auf kaufmännische Fach- und Führungskräfte mit dem Schwerpunkt Finanz- und Rechnungswesen. Klevere Anlageberater wittern hier lukrative Spekulationsmöglichkeiten. Für Jan Herbst vom Bankhaus Sal. Oppenheim ist Amadeus ein "Kauf". Die Aktie sei deutlich unterbewertet, und das Unternehmen sei noch stärker im hochpreisigen Segment tätig als Allbecon und DIS. Die vergleichsweise schlechte "Performance" der Aktie geht wohl auch auf die geringe Liquidität des kleinen Wertes zurück. Vor allem institutionelle Investoren dürfte das abschrecken. So notiert Amadeus Mitte Dezember mit rund elf Euro noch unter dem Emissionspreis vom März von 11,50 Euro, während Konkurrent DIS in diesem Jahr um 80 Prozent zulegen konnte.

Damit ist die DIS-Aktie aus SpekulantInnensicht ausgereizt. "Das Kursziel ist bereits erreicht", sagt Dominik de Daniel von der Deutschen Bank. Allbecon sieht er dagegen weiter als "Kauf". Die Firma hat durch Akquisitionen von sich reden gemacht. Seit dem Börsengang sind fünf Unternehmen dazugekauft worden, darunter auch in Spanien. Dort ist Zeitarbeit erst seit kurzer Zeit zugelassen. Hier verspricht sich die Branche ein hohes Wachstumspotenzial. In Deutschland dürfen Zeitarbeiter nur für zwölf Monate eingesetzt werden. Sollte diese Spanne auf drei Jahre verlängert werden, wie es ein Gesetzentwurf der CDU vorsieht, gibt es für die Zeitarbeit in Deutschland zusätzliches Wachstumspotenzial.

Die ausländische Konkurrenz betrachten die Börsianer eher zurückhaltend. Die Giganten der Branche seien vor allem im kurssensiblen Massengeschäft tätig und erzielten deutlich niedrigere Margen als die spezialisierten deutschen Anbieter. Doch die Großen haben von den Kleinen gelernt und versuchen inzwischen verstärkt, in das Geschäft mit qualifiziertem Personal vorzudringen. Zudem müssen sie als "Global Player" weltweit präsent sein. In der Branche hat deshalb eine rege Übernahmetätigkeit eingesetzt. Die deutschen Ertragsperlen dürften für Manpower, Randstad & Co. besonders interessant sein. Zu den guten Wachstumsperspektiven der deutschen Anbieter kommt also auch noch Übernahmefantasie.

dk

29. Fusionswelle auf dem Atommarkt. Siemens und Framatome bilden neuen Atomkonzern

Autor: Henrik Paulitz · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:08

Durch die Fusion des Atomgeschäfts von Siemens und des (noch) staatlichen französischen Konzerns Framatome soll in diesem Jahr der weltweit führende Anbieter von Atomkraftwerkstechnik entstehen. Während Siemens mit der Fusion zur Nummer 1 auf dem Weltmarkt aufrückt und weiterhin mit der gefährlichen Atomtechnik Profit machen möchte, sind einst führende Hersteller wie Westinghouse und der ABB-Konzern aus dem Atomgeschäft ausgestiegen. Für Siemens-Framatome gibt es nur noch wenige ernst zu nehmende Konkurrenten.

An der neuen Unternehmung mit Sitz in Paris wird Framatome mit 66% und Siemens mit 34% der Anteile beteiligt sein. Nach Angaben der beiden Atomkonzerne erzielte Framatome 1999 mit 9.000 Beschäftigten einen Umsatz von zwei Milliarden EUR, der Atombereich von Siemens kam 1998/99 mit 4.100 Mitarbeitern auf einen Umsatz von 1,1 Mrd. EUR. Siemens kann mit seinem Anteil am neuen Atomkonzern in allen entscheidenden, strategischen Fragen voll mitbestimmen.

Das Joint Venture soll Mitte des Jahres 2000 sein Geschäft aufnehmen. Das bisherige Atomgeschäft von Siemens/KWU in Deutschland wird organisatorisch in einer deutschen Tochtergesellschaft des gemeinsamen Atomkonzerns aufgehen.

Siemens vollzieht mit der Fusion eine schon seit Jahren enge Kooperation mit dem Konkurrenten. Die Zusammenarbeit mit Framatome begann bereits 1989 mit der gemeinsamen Gründung der Nuclear Power International (NPI) für die Entwicklung des Europäischen Druckwasserreaktors (EPR) und weitete sich im Laufe der Jahre auf den Austausch von Großkomponenten (Dampferzeuger) in Westinghouse-Reaktoren sowie auf die Nachrüstung (z.B. Kosloduy) und Fertigstellung (Mochovce) osteuropäischer Atomkraftwerke aus.

1997 und 1998 hatte Siemens auch mit der British Nuclear Fuels Ltd. (BNFL) über eine Fusion des Atomgeschäfts verhandelt. Doch die Verhandlungen wurden unterbrochen, nachdem der britische Spezialist für Brennelemente und Wiederaufarbeitung von Brennelementen zusammen mit dem amerikanischen Baukonzern Morisson Knudsen (MK) 1998 die verbliebene Nuklear-Sparte von Westinghouse übernommen hatte. Auch Siemens war an einer Übernahme des Atomgeschäfts von Westinghouse interessiert. Dazu kam es nach offizieller Begründung aber nicht, weil zur Nuklearsparte von Westinghouse auch das Rüstungsgeschäft gehört und diese nur zusammen mit MK verkauft werden sollte. Inoffiziell hieß es, es habe Vorbehalte des Pentagon gegen einen Verkauf des Rüstungsgeschäfts (Bereich Nukleare Dienstleistungen) an ein deutsches Unternehmen gegeben.

Atomwirtschaft rückt zusammen

Siemens übernahm aber 1998 die konventionelle Kraftwerkssparte von Westinghouse (Westinghouse Power Generation) und stieg so zum zweitgrößten Kraftwerksbauer der Welt auf. Weltweit konkurriert Siemens nun insbesondere mit General Electric (USA), mit dem schwedisch-schweizerischen-französischen Gemeinschaftsunternehmen ABB Alstom Power und Mitsubishi (Japan).

Die Unternehmensstrategie von Siemens zielt darauf ab, in möglichst allen Sparten weltweit die Nummer eins oder zwei zu werden. Was im konventionellen Kraftwerksgeschäft durch die Übernahme von Westinghouse gelang, ist im AKW-Geschäft offenbar nur als Juniorpartner mit Framatome möglich.

Siemens war außerhalb Deutschlands zwar bei Brennelementlieferungen, im Kraftwerksservice und bei Nachrüstungen einigermaßen erfolgreich, - nicht jedoch beim Export von Atomkraftwerken. Trotz massiver Lobbyarbeit gelang es Siemens weder in Ägypten noch in der Türkei, in China, in Finnland, in der Schweiz, in Kuba oder in Taiwan auch nur einen einzigen Bauauftrag für AKWs zu bekommen (abgesehen von der Beteiligung am Neubau von zwei Blöcken russischer Bauart in China).

Im Ausland konnte Siemens insgesamt nur jeweils ein AKW in Argentinien (Atucha-1), in den Niederlanden (Borssele), in der Schweiz (Gösgen) und in Spanien (Trillo-1) errichten. Derzeit bemüht sich Siemens noch darum, in Brasilien (Angra) und Argentinien (Atucha) Altaufträge aus den 70er Jahren abzuarbeiten.

Framatome war bis September 1998 im Ausland insgesamt neun Mal erfolgreich. Im eigenen Land waren Mitte 1998 57 Atommeiler von Framatome in Betrieb, während es Siemens in Deutschland - nicht zuletzt wegen des Widerstands aus der Bevölkerung - auf "nur" 19 Atomanlagen gebracht hat.

Doch selbst in Frankreich ist seit Jahren kein Atomkraftwerk mehr in Auftrag gegeben worden (vgl. ak 419). Frankreichs Elektro-Industrie hat sich nach dem Boom in den siebziger und achtziger Jahren aus diesem Sektor fast ganz verabschiedet. Der Alcatel-Konzern gab 1999 seine Beteiligung von 44% an Framatome ab. Auch der Alstom-Konzern, vor Jahren noch heftig bemüht, Siemens als Framatome-Partner auszubooten, zeigt seit der Zusammenlegung des Kraftwerksgeschäfts mit ABB keinerlei Interesse mehr.

Der Weltmarkt für Atomtechnik wird immer enger. Neubauaufträge gibt es kaum noch und die Liberalisierung der Strommärkte führt mit dem verbundenen Kostendruck bei den Betreibern zu sinkenden Umsätzen und Gewinnen bei den Kraftwerksbauern.

Westinghouse und ABB steigen aus

So erstaunt es nicht sehr, dass selbst die ganz großen US-Konzerne aus dem Geschäft ausgestiegen sind. Von dem einst führenden Reaktorbauer Westinghouse waren Mitte 1998 immerhin 48 AKWs in den USA und weitere 26 im Ausland in Betrieb. Da es aber seit 1980 keinen Neubau-Auftrag mehr gab, stieg Westinghouse 1998 vollständig aus dem Kraftwerksgeschäft aus. Der einst zweitgrößte amerikanische Elektrokonzern ist heute ein Medienkonzern mit dem Namen CBS Corp., der im Kabelfernsehen aktiv ist und das größte Radionetz des Landes kontrolliert.

Europäische Firmen halten hingegen stur an der Atomenergie fest und kauften systematisch die amerikanische Atomindustrie auf. Drei von vier US-Herstellern wurden von Atomfirmen aus Europa übernommen. Combustion Engineering (CE) mit bis 1998 14 Atommeilern in den USA, ging an die schwedisch-schweizerische ABB. Babcock & Wilcox (7 AKWs in den USA) wurde von Framatome übernommen. Und schließlich wurde 1998 Westinghouse von der britischen BNFL gekauft. Übrig blieb (bislang) nur General Electric, der bis Mitte 1998 35 Siedewasserreaktoren in den USA und 15 im Ausland in Betrieb hatte.

Doch nicht nur Westinghouse stieg aus. Im Dezember 1999 verkaufte der ABB-Konzern seine sämtlichen nuklearen Aktivitäten an die britische BNFL. Zum verkauften Atomgeschäft von ABB zählt u.a. die Mannheimer ABB Reaktor GmbH sowie die Hansa Projekt Anlagentechnik nebst der nuklearen Leittechnik (u.a. Hartmann & Braun).

Die neue BNFL-Westinghouse-ABB (inkl. der ehem. Combustion Engeneering) wird damit zum Gegenspieler von Siemens-Framatome (inkl. der ehem. Babcock & Wilcox).

Den globalen Markt für Atomtechnik teilen sich damit nur noch eine Hand voll Firmengruppen. Siemens und Framatome bilden mit erheblichem Abstand die Nummer eins ihrer Branche (Atomkraftwerksbau, Atomkraftwerks-Service und Brennelemente, ohne Wiederaufarbeitung). Siemens-Pressesprecher Wolfgang Breyer sieht nur noch BNFL-Westinghouse-ABB und General Electric als bedeutende Konkurrenten.

Hinzu kommen die japanischen AKW-Hersteller (Mitsubishi, Hitachi und Toshiba), die russische Atomindustrie sowie die kanadische AECL. Sie spielen jedoch eine deutlich nachrangige Rolle. Und das Überleben der russischen Atomindustrie hängt ganz wesentlich von der Kooperation insbesondere mit Siemens und Framatome ab, die für gemeinsame Atomprojekte in Osteuropa immer wieder Staatskredite aus der Europäischen Union sowie aus Deutschland und Frankreich beisteuern (zum Beispiel für das Atomkraftwerk Mochovce).

Bei allen Atomfirmen dominiert das Geschäft mit dem Nuklear-Service (Brennelemente, Wartung, Nachrüstungen). Das Neubaugeschäft hält sich in Grenzen. Derzeit werden nur sehr wenige Atomkraftwerke in Frankreich, Rußland, Slowakei, Tschechien, Rumänien, Korea, Japan und China sowie in Brasilien und Argentinien (vgl. oben) errichtet.

Die Zusammenlegung ihrer Atomsparten sollen für Siemens-Framatome kurzfristig in den USA und Asien eine "Geschäftsausweitung" ermöglichen.

In Europa und Amerika rechnen sie nach eigenem Bekunden damit, dass es noch in diesem Jahrzehnt zu einer "Wiederbelebung des Neubaugeschäfts" kommt. Derzeit bemühen sie sich in Westeuropa um Neubauaufträge in der Türkei, in Finnland und in Frankreich. In Osteuropa wollen sie in der Ukraine und in Rußland jeweils zwei Atomkraftwerksblöcke fertig stellen. Offenbar haben sie auch angeboten, von Westinghouse (BNFL) die Fertigstellung des tschechischen Atomkraftwerks Temelin zu übernehmen. Auch in Weißrußland soll es ein Angebot von Siemens und Framatome für den Bau eines Atomkraftwerks geben. In Asien bestehen u.a. in China Chancen für weitere Aufträge.

Abgesehen vom schwierigen Neubaugeschäft ist zu erwarten, dass Siemens und Framatome den Weltmarkt für Nukleartechnik im Bereich von Wartung, Nachrüstung und Brennelementen weiter durchdringen werden.

Im Brennelementegeschäft war Siemens/KWU nach der Übernahme der Advanced Nuclear Fuels Corp. vom amerikanischen Exxon-Konzern bereits seit Jahren die Nummer zwei auf dem Weltmarkt. Siemens und Framatome werden bei Uranbrennstoffen mit einem Marktanteil von 41 Prozent weltweit die Nummer 1 sein. Beide Firmen vereinbarten Ende 1999 auch eine enge Kooperation mit der französischen Atomfirma Cogéma (Betreiberin der WAA La Hague), wonach Paketlösungen für die Versorgung mit und die Entsorgung von Brennelementen angeboten werden sollen. Cogéma wiederum ist Großaktionär von Framatome.

Die Fusion von Siemens und Framatome wird in der deutschen Presse teilweise als Rückzug von Siemens aus dem Atomgeschäft gewertet. Das ist sicherlich insofern nicht ganz falsch, als Siemens akzeptiert, dass in dem gemeinsamen Atomkonzern Framatome die Mehrheit haben und den Vorsitzenden stellen wird. Siemens ist jahrelang mit Neubauprojekten gescheitert und schreibt im Atombereich offenbar rote Zahlen. Es ist offenkundig, dass der Atombereich mit einem Umsatzanteil von rund 2% im Gesamtkonzern keine tragende Rolle mehr spielt. Und sicherlich bietet das Zusammengehen mit Framatome theoretisch die Möglichkeit, sich irgendwann einmal vollständig zurückzuziehen.

Es ist gut möglich, dass die Siemens-Boykott-Kampagne das ihre dazu beigetragen hat, dass Siemens mit einer Minderheitsbeteiligung am neuen Weltmarktführer zufrieden ist. Schließlich beklagte sich Vorstands-Chef Heinrich von Pierer mehrfach, dass die Atomgeschäfte bei nur 2 Prozent Umsatz für 90 Prozent des Ärgers bei Siemens sorgen.

Andererseits muss festgehalten werden, dass Siemens in den letzten beiden Jahrzehnten alles getan hat, um das Atomgeschäft zu erhalten und nach Möglichkeit auszubauen. Die jetzige Fusion ist lange angestrebt worden und schlicht das Resultat der realen Marktverhältnisse. Weltweit rückt die Atomwirtschaft enger zusammen, nur noch wenige Konsortien bemühen sich um Aufträge.

Doch Siemens steigt eben nicht aus wie der einstige Marktführer Westinghouse, sondern katapultiert sich sogar mit Unterstützung von Framatome an die Spitze der Branche. Damit hat der deutsche Atomkonzern die politische Entscheidung getroffen, in dem engen Markt für Atomtechnik jetzt sogar weltweit die erste Geige spielen zu wollen. Siemens möchte so lange wie möglich an dem Risikogeschäft partizipieren und neue Atomkraftwerke bauen ... bis zur nächsten Atomkatastrophe. Der Aufruf zum Boykott von Siemens-Produkten, mit dem Siemens zum Ausstieg aus dem Atomgeschäft bewegt werden soll, hat daher mehr Berechtigung denn je.

Henrik Paulitz

organisiert für die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW den Siemens-Boykott.

30. Repolitisierung des Sofortausstiegs

Autor: Gruppe Anna-Liese, Marburg · Rubrik: Regierungspolitik zu AKWs; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:43

Die Anti-AKW-Bewegung diskutiert: In der letzten ak kritisierte Wolfgang Ehmke u.a., dass die Politik der Anti-AKW-Bewegung sich auf Aktionsfähigkeit reduziert habe. Aufgaben, wie die Mobilisierung der öffentlichen Meinung in Form von Veranstaltungen etc. müsten ebenso erledigt werden. Sonst könnte die Bewegung ihre Handlungsfähigkeit verlieren. Es reiche nicht aus, nur die Forderung nach dem Sofortausstieg vor sich herzuschieben, so richtig diese auch angesichts der atomaren Gefahren ist. Will die Anti-AKW-Bewegung politisch ernst genommen werden, dann muss sie sich auch darum bemühen, zu zeigen, wie denn der Sofortausstieg politisch durchgesetzt werden kann. Die Marburger Gruppe Anna-Liese antwortet auf diesen Teil der Kritik von Ehmke.

Bis in die 90er Jahre stellten Forderungen nach der "Beendigung des Atomprogramms", der "Energiewende" oder des "Sofortausstiegs" den Atomstaat BRD in Frage. Sie unterschieden sich vermeintlich nur im Grad der "Verbalradikalität". Seit dem Machtwechsel brechen die Widersprüche zwischen den vormals nur im Duktus verschiedenen AtomkraftgegnerInnen auf und werden sich wohl noch vertiefen. Nach dem Wehklagen über die Inhaltsleere der letzten Buko warf Wolfgang Ehmke in ak 435 der Anti-Atom-Bewegung vor, sich einer konstruktiven Kritik der Atom-Konsens-Gespräche zu verweigern, und sich stattdessen in "Gejammer" und "Verbalradikalität" zu üben.

Zur Forderung nach der sofortigen Stilllegung schreibt er: "Die Forderung ist aber auch billig, weil sie die Antwort auf die Frage verweigert, wie aus einem unbefristeten Reaktorbetrieb auf einen Schlag ein befristeter wird. (...) Denn ich kenne niemanden, der seriös und unter Beachtung der rechtlichen und machtpolitischen Verhältnisse dargelegt hätte, was ‚sofort` eigentlich bedeutet".

Kritikwürdig ist hier das Verständnis politischer Praxis sozialer Bewegung, die sich daran zu messen habe, wie realistisch ihre Position sei. Diese Lesart fußt darauf, vorzurechnen, dass keine Lichter ausgehen, wenn morgen abgeschaltet würde und dass es verfassungsrechtlich zwingend sei, sofort stillzulegen. Argumente, dies zu belegen, gibt es zuhauf. Doch wie wirkt eine Bewegung auf den Atomkonflikt, wenn sie die kompetentere Version der Grünen spielen will?

Kern der Sofortausstiegsforderung ist nicht ihre Machbarkeit, sondern dass nur so der brutalen Realität der "friedlichen Nutzung der Kernenergie" entsprochen wird. Jede Debatte um Restlaufzeiten trägt dazu bei, die täglichen Opfer der Atomenergie in Uranabbaugebieten und an den Atomanlagen gegen Konzerninteressen bzw. volkswirtschaftliche "Sachzwänge" aufzurechnen. Das Aufmachen dieser Rechnung und nicht ihr vermeintlich falsches Ergebnis ist der Menschen verachtende Zynismus hinter den Konsensversuchen. Hier begründet sich das bedingungslose "Sofort" und hier ist die Trennlinie zu grüner "Realpolitik" - nicht in der schlichten Substraktion der verbleibenden 19 Jahre Restlaufzeit. Nur mit der Forderung nach sofortiger Stilllegung bleibt die Bewegung realistisch, also der Wirklichkeit der Betroffenen angemessen. Dieses "Sofort" ist weder ein linksradikales Identitätsprojekt noch ein alternativ zu den Grünen aufgestelltes realpolitisches Konzept - das wäre ein rein gradueller Unterschied zwischen außerparlamentarischer Bewegung und "ihrem" parlamentarischen Arm. Nein, die Forderung der "Sofortisten" entspricht dem Anspruch, dass parlamentarische Politik nur ein Teil politischer Intervention sozialer Bewegung sein kann. Nicht mehr und nicht weniger.

So radikal wie die Wirklichkeit

Das Ausklammern der realen täglichen, nicht bloß potenziellen Opfer bei Uranabbau und an den WAAs, macht es den Grünen heute so leicht, die Debatte auf Konzernbilanzen und juristische Machbarkeit zu verkürzen.

Niemand kann den Grünen vorwerfen, sie hätten in den Konsensgesprächen zu wenig erreicht. Unter dem Titel "Atomkonsens" kann nichts anderes herauskommen, als ein Wunschkonzert für die Atomkonzerne. Fatal ist aber der grüne Versuch, das ungestörte Auslaufen der Reaktoren als "Ausstieg" zu verkaufen und den Alleinanspruch auf den Atomausstieg zu erheben.

Keine Stilllegung der Anti-AKW- Bewegung

Hier liegt das Besondere an der machtpolitischen Rolle der Grünen: Ihre Befriedungskompetenz, d.h. die ihnen zugesprochene Fähigkeit zur Befriedung der gesellschaftlichen Konflikte aus deren oppositionellen Bewegungen sie einmal entstanden sind. Ein Beispiel: Castor-Transporte als Kristallisationspunkt der Bewegung werden durch Zwischen- und Transportbereitstellungslager an den AKW-Standorten abgeschafft. Wenn hier von den Grünen gesprochen wird, sind die Führungskader gemeint und nicht jener große Teil der Basis, der den Atomkonsensversuchen ablehnend gegenübersteht. Die rot-grünen Kader sind dabei, statt der AKWs die Protestbewegung stillzulegen und wissen dies. Die drohende Marginalisierung der Bewegung vollzieht sich nicht durch den von Ehmke konstatierten Verbalradikalismus, sondern durch den selbstauferlegten Zwang, unbedingt ernst genommen zu werden. Der Ort, wo mensch ernst genommen werden soll, ist aus dieser Sicht der offiziell dafür vorgesehene: Parlament und bürgerliche Öffentlichkeit.

Auch wir halten die von Ehmke geforderte Aufklärung (Kongresse, Symposien etc.) für einen wichtigen Bestandteil der Anti-AKW-Arbeit. Dass dies zu wenig geschieht, ist aber weniger den Anti-Castor-AktivistInnen vorwerfen, sondern den "SpezialistInnen" der institutionalisierten KernkraftgegnerInnen (z.B. dem Öko-Institut), die sich auf Konferenzen etc. der Bewegung nicht mehr sehen lassen. Stattdessen stellen diese Fachmenschen ihr Know-how in den Dienst des "sicherstmöglichen" Weiterbetriebs der Atomanlagen.

Wenn er schreibt , "all diese Instrumente müssen eingesetzt werden, wenn man sich in die laufenden politischen Debatten einmischen und ernst genommen werden will, wenn gesellschaftliche Veränderungen erreicht werden sollten", ist dies zumindest schwammig. Energiepolitische Ratschläge werden allein auf Grund ihrer vernünftigen Inhalte kaum Einfluss auf das Konsensgeschehen haben, wenn daraus keine konkreten politischen Aktionen entstehen. Es ist nicht die bloße öffentliche Meinung, sondern dass Wissen auch zu Widerstand werden kann, was bei Parteien und Atomlobby für Kopfschmerzen sorgt. Der Anspruch anstiftender Aufklärung untergräbt sich aber selbst, wenn dabei ständig die Machbarkeit der Forderungen Bezugspunkt ist und nicht die Verhältnisse, die eine Intervention notwendig machen.

Der mittelfristige Wegfall der Castor-Transporte durch den Neubau von Zwischenlagern stellt eine Chance dar, die real Betroffenen der Kernenergie, z.B. in den Uranabbaugebieten Kanadas und Australiens, in Zukunft auch bei Aktionen sichtbar zu machen. Den nächsten Castor-Transport nach Ahaus mit Aktionen an der nahe gelegenen Urananreicherungsanlage in Gronau zu beenden, ist der erste Schritt, dies in die Praxis umzusetzen. Darüber hinaus sollte auf der Frühjahrskonferenz in Mülheim die laufende Debatte über eine langfristige Urankampagne forciert werden.

Gruppe Anna-Liese, Marburg

31. Fußball unterm Hakenkreuz. 100 Jahre Fußball in Deutschland, Teil 2: 1933 bis 1945

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Geschichte; Geschichte des Faschismus; Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:06

100 Jahre Fußball in Deutschland, Teil 2: 1933-1945

Im ersten Teil unserer Serie zur Geschichte des Fußballs in Deutschland (ak 435) ging es um die Anfangsjahre: Angefeindet von deutschnationalen Turnern, hatte es das "undeutsche", aus England "importierte" Spiel anfangs schwer, sich durchzusetzen. Doch schon Ende der zwanziger Jahre zählte der Deutsche Fußball-Bund annähernd eine Million Mitglieder, die in "bürgerlichen" Clubs und Vereinen der Arbeiterbewegung aktiv waren. Deren "Gleichschaltung" begann unmittelbar nach dem Machtantritt der Nazis.

Was den Sport allgemein anbelangt, so diente er den Nazis als Mittel nationaler Selbstdarstellung und Überhöhung sowie zur totalen Durchmilitarisierung der Gesellschaft, wofür die militaristische Tradition des deutschen Sportbetriebs genügend Anknüpfungspunkte bot. Des weiteren entwickelte der Nationalsozialismus die massenintegrative und disziplinierende Funktion des Sports weiter. Dies war zwar auch schon zu Weimarer Zeiten Gegenstand staatlicher Sportpolitik gewesen, jedoch auf Grund der Existenz der Arbeitersportbewegung an gewisse Grenzen gestoßen.

Was den Fußball betrifft, so bewirkte der Nationalsozialismus vor allem zweierlei: das Ende des "wilden" Straßenfußballs und die Schaffung einer Monopolstellung für den DFB. Aus der Sicht des totalitären Staates erschienen Straßenmannschaften, die sich außerhalb jeder offiziellen Kontrolle bewegten und auch gesellschaftliche Außenseiter integrieren konnten, als eine Bedrohung für das staatliche Gefüge. Vereine besaßen im Gegensatz zu den "wilden" Straßenmannschaften Satzungen und greifbare Vorstände, waren relativ problemlos gleichzuschalten und kontrollierbar. Allerdings sollte es den Nazis nicht gelingen, der wilden Balltreterei der Arbeiterjugend vollends den Garaus zu machen.

Während die Organisationsform des Vereins erheblich aufgewertet wurde, nahm die Zahl der Vereine und der in ihnen aktiven Fußballspieler in einer proletarischen Region wie dem Ruhrgebiet deutlich ab.

Der DFB schwört dem Führer Treue und Gefolgschaft

Im Gegensatz zu den Sportorganisationen der Arbeiterbewegung, aber auch den konfessionellen Verbänden blieb der DFB weitgehend unbehelligt. Der bürgerliche Fußballverband wurde lediglich "gleichgeschaltet" und war nun als "Fachamt Fußball" noch eine Unterabteilung im "Reichsausschuss für Leibesübungen". Die Gleichschaltung des DFB verkündete sein damaliger Verbandspräsident und SS-Obersturmbandführer Felix Linnemann mit den Worten: "Wir sind heute stolz darauf, dass sich die Amtswalter des alten Deutschen Fußball-Bundes versammelten, um als erste sportliche Organisation ihre Auflösung zu beschließen und sich mit allem ‚lebenden und toten Inventar` in den eben gegründeten Reichsbund für Leibesübungen der NSDAP einzugliedern."

Im November 1933 veröffentlichte Linnemann gemeinsam mit dem NSDAP-Mitglied und Führer der Deutschen Sportbehörde für Leichtathletik (DSB), Dr. Ritter von Halt, einen Aufruf an alle Verbandsmitglieder, in dem über die bevorstehenden Reichstagswahlen zu lesen war: "In der Volksgemeinschaft des Dritten Reiches hat der Sport seine politische Mission erhalten. Er wird sie erfüllen, denn an nationaler Hingabe soll uns niemand übertreffen. ‚Eisern hinter dem Kanzler`. Als Führer des DFB und des DSB haben wir dem Kanzler Treue und Gefolgschaft gelobt. Er war der Niederschlag dessen, was uns alle beseelte. Am 12. November werden wir aufs Neue unsere unerschütterliche Gefolgschaft beweisen."

Der DFB verhielt sich gegenüber dem NS-Regime nicht anders als andere Teile des nationalkonservativen Lagers. Anpassung, nicht selten gar vorsorgliche willige Erfüllung möglicher zukünftiger Forderungen der Nazis sollten die eigene Haut retten und die totale Vereinnahmung und Unterwerfung bremsen. Allerdings waren ideologische Affinitäten zum Faschismus nicht nur bei den Turnern, sondern auch beim DFB bereits vor 1933 sichtbar geworden. Die deutsch-nationale Prägung des Verbands erleichterte das Arrangement mit den neuen Machthabern.

Was man beim DFB unter parteipolitischer Neutralität verstand, verdeutlicht der folgende Appell des Vorsitzenden des Baltischen Rasen- und Wintersportverbandes, einer DFB-Unterorganisation, Paul Bräuel: "Wer wahrhaft vaterländische Arbeit leisten will, muss sich frei machen von Parteiprogrammen. Ausgleich, Zusammenfassung ist vaterländische Arbeit und Arbeit im Sinne einer fortschreitenden Kultur, nicht Unterstützung der Gegensätze. Ausgleich der Gegensätze und Zusammenfassung der Kräfte heißt das Gebot der Stunde... Wir sind parteipolitisch neutral. Nach unserer Auffassung muss ein Boden geschaffen werden, auf dem sich wenigstens der größte Teil unserer Volksgenossen zu gemeinsamer Arbeit die Hände reicht, damit wir verhindern..., dass Volksteile ihre beste Kraft verbrauchen in den Versuchen zur Ausschaltung oder Vernichtung anderer Volksgenossen."

Gegenüber den Arbeitersportlern schwang die nationalsozialistische Sportpolitik nicht nur den Knüppel der Repression, sie machte ihnen auch Angebote zur Integration. Zwar wurden ehemalige Mitglieder der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitersportbewegung in den neuen Sportvereinen nur akzeptiert, wenn sie sich zuvor einem entwürdigenden Abschwörungs- und Loyalitätsritus unterzogen. Aber gleichzeitig wurde der Reichssportführer Hans von Tschammer und Osten nicht müde, zur "kameradschaftlichen Zusammenarbeit mit den von ihren Führern verlassenen Arbeitersportlern" aufzurufen. Die Nazis wollten sich die sportliche Potenz der Arbeitersportbewegung zu Nutze machen. Nachdem die Integrationspolitik angelaufen war, wies von Tschammer und Osten die Vereine mit ehemaligen Arbeitersportlern in ihren Reihen an, Mannschaftsaufstellungen nur nach sachlichen und nicht nach weltanschaulichen Gesichtspunkten vorzunehmen.

Nazis umwerben Arbeitersportler

Das Werben der Nazis galt vor allem den Fußballern. Das Vorgehen des Regimes gegenüber den Arbeitersportlern entsprach den propagandistischen und strategischen Inhalten des NS-Sports: Zum einen sollte der Sport dazu dienen, germanische/arische Leistungsfähigkeit und Überlegenheit zu demonstrieren und die Identifikation der Bevölkerung mit dem Regime zu erhöhen. Zum anderen und zugleich wurde er - was die Übertritte von Arbeitersportlern erleichterte - bewusst entpolitisiert, um als Medium der Ablenkung und Zerstreuung zu dienen.

In dieser Hinsicht konnte der Nationalsozialismus wohl einen seiner größten Erfolge verzeichnen. Das Phänomen, dass noch heute große Teile der NS-Generation bezüglich der Jahre nach 1933 vor allem über die großen Erfolge der Schmelings, Rosemeyers, Caracciolas, Szepans und Kuzorras zu berichten wissen, ohne dabei zugleich auch die politischen Verhältnisse jener Zeit kritisch zu reflektieren, bestätigt dies nur.

Das berühmteste Beispiel für die Vereinnahmung von Spitzensportlern aus der Arbeiterschaft durch das Nazi-Regime ist sicherlich Schalke 04. Zwischen 1933 und 1944 gewannen die "Knappen" sämtliche elf Gaumeisterschaften. Die unglaubliche Dominanz Schalkes in der Gauliga Westfalen wird auch daraus ersichtlich, dass vier dieser Meistertitel mit lediglich einem Minuspunkt (in 18 Spielen) errungen wurden. Des weiteren fallen nicht weniger als sechs der insgesamt sieben von Schalke gewonnenen Deutschen Meisterschaften in die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft (1934, 1935, 1937, 1939, 1940, 1942), darunter auch die erste sogenannte Großdeutsche Fußballmeisterschaft von 1939 (9:0 Sieg gegen Admira Wien vor 100.000 Zuschauern in Berlin), die gemeinhin als größter Triumph der Königsblauen betrachtet wird.

In welchem Ausmaß die zeitliche Parallelität von Schalker Erfolgsära und Nazi-Herrschaft Zufall und inwieweit sie ein Produkt bewusster sportpolitischer Intervention war, ob die Schalker Triumphe mehr eine von den Nazis propagandistisch funktionalisierte Gelegenheit oder aber diese Gelegenheit gar von ihnen selbst herbeigeführt wurde, lässt sich nicht mit letzter Sicherheit klären. Da sich der Schalker Aufstieg aber bereits einige Jahre vor der nationalsozialistischen Machtübernahme und in einem gänzlich anderen politischen Milieu abzuzeichnen begann, dürfte allemal falsch liegen, wer die Erfolgsära der "Knappen" ausschließlich als nationalsozialistisches Retortenprodukt interpretiert. Auch die Tatsache, dass die Schalker nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Zusammenbruch des NS-Regimes ihre große Ära nicht mehr fortsetzen konnten, taugt kaum als Indiz für diese Interpretation, da dies mit allgemeineren sozial-geographischen Verschiebungen in der deutschen Fußballlandschaft zusammenhing.

Mit Schalke 04 siegt die Volksgemeinschaft

Schalkes Charakter eines "bürgerlichen Arbeitervereins" hat seine Integration und Instrumentalisierung durch die Nazis zweifellos erleichtert. Ansätze für ihre Vereinnahmungspolitik erblickten die Nazis aber auch im Schalker Spielstil, wenngleich dies ziemlich hergeholt war. Die Nazis benutzten Schalke, um ihr Bild vom deutschen Arbeiter - gekennzeichnet durch harten Einsatz in der Produktion und unbedingtes Pflichtbewusstsein gegenüber der "Volksgemeinschaft" -, zu transportieren und ihre Ertüchtigungsideologie und deren Erfolgsträchtigkeit zu propagieren.

Neben der propagandistischen Unterstützung kamen die Schalker aber auch zuweilen in den Genuss direkter Hilfeleistungen durch das NS-Regime, obwohl hierüber wenig überliefert ist. So wurde im vierten Kriegsjahr der vom VfL Osnabrück stammende Torwart Heinz Flotho von der Front zu den "Knappen" beordert: Beim Endspiel 1942 gegen Vienna Wien hatten die Blau-Weißen einen Mann zwischen den Pfosten stehen, der auf höheren Befehl zu ihnen gestoßen war. Wahrscheinlich wollten die Nazis nichts unversucht lassen, eine Wiederholung des Endspiel-Debakels vom Vorjahr zu verhindern, als Rapid Wien die Schalker unplanmäßig geschlagen hatte. Denn jeder Sieg einer österreichischen Mannschaft drohte den antipreußischen Nationalismus der Österreicher zu nähren und damit den Zusammenhalt des Reiches zu bedrohen.

Inwieweit die Spieler selbst dem NS-Regime und seiner Ideologie huldigten, oder sich ihre Vereinnahmung durch die Politik lediglich mehr oder weniger widerwillig gefallen ließen, kann nicht zur völligen Zufriedenheit geklärt werden. Die Bilder von einer den rechten Arm zum Hitlergruß gestreckten Schalker Mannschaft im von den Nazis erbauten Berliner Olympiastadion reichen zur Beantwortung dieser Frage sicherlich nicht aus. Vermutlich verhielt es sich mit vielen Schalkern so wie mit der Arbeiterschaft allgemein. Hans-Dieter Baroth schreibt: "Die große Masse der Arbeiter ging weder in den Widerstand, noch ließ sie sich zu jener begeistert-gläubigen Gefolgschaft bewegen, die die NS-Propaganda herbeizureden suchte. Die meisten blieben in einer skeptischen Distanz, zogen sich auf Familie, Freundeskreise und ein betont unpolitisches Leben in der Nachbarschaft zurück." (1) Diesen Rückzug ins Unpolitische ermöglichten auch bürgerliche Arbeitervereine wie Schalke 04.

Dietrich Schulze-Marmeling

Anmerkung:

1) Hans-Dieter Baroth: "Jungens, euch gehört der Himmel!" Die Geschichte der Oberliga West 1947-1963, Essen 1988

32. Verkürzter Antifaschismus. Politik mit der NS-Vergangenheit in der DDR und der BRD

Autor: Gerd Wiegel · Rubrik: Geschichte der BRD; DDR; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:07

Die Diskreditierung des Antifaschismus der DDR stand gleich nach 1990 im Zentrum bundesdeutscher Geschichtspolitik, wurde doch hier eines der wenigen relativ verankerten Legitimationsmerkmale des anderen deutschen Staates gesehen. Allerdings bot der Antifaschismus der DDR auch Angriffsflächen - er war Gegenstand der von der DDR-Führung betriebenen Geschichtspolitik.

Den Siegern von 1989/90 kamen die "roten Kapos", die der Historiker Lutz Niethammer in einer Untersuchung zur Rolle der Kommunisten im Konzentrationslager Buchenwald ausmachte, wie gerufen, um Kommunisten und Nazis auf eine Stufe stellen zu können und aus den in der DDR heroisierten kommunistischen Antifaschisten Helfershelfer der SS-Mörder zu machen. Mochte Niethammer auch differenzierter argumentieren, in der Öffentlichkeit wurde das politisch nützliche Bild der roten und braunen Verbrecher kolportiert.

Ein Grund jedoch, warum der Antifaschismus der DDR zum Angriffspunkt westdeutscher Geschichtspolitik werden konnte lag in diesem selbst begründet, denn der Antifaschismus war eine gewichtige Waffe in der Geschichtspolitik der DDR. So wäre also für eine radikale Linke zwischen der politischen Funktion und der inhaltlichen Stimmigkeit bei der Kritik des DDR-Antifaschismus zu unterscheiden. Letztere gilt es zu reflektieren, um von hier aus zu einer neuen Bestimmung antifaschistischer aber auch sozialistischer Inhalte zu kommen.

Nicht aus linksradikaler, sondern aus bürgerlich-liberaler Sicht schreibt der britische Historiker Jeffrey Herf seine Untersuchung zu "Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland", in der er den Antifaschismus der DDR mit der "Vergangenheitsbewältigung" der Bundesrepublik vergleicht. Trotz vieler Einseitigkeiten bietet Herfs Buch Stoff, um über Defizite des Antifaschismus in der DDR und in Teilen der Linken nachzudenken.

Der Kampf der SED gegen den "Kosmopolitismus"

Herfs Arbeit ist vor allem politikgeschichtlich orientiert: Im Mittelpunkt stehen Politiker in Ost und West, wohingegen die Stimmung in der Gesellschaft nur mittelbar erwähnt wird. Eine weitere und sehr entscheidende Einschränkung: Erinnerung an den Faschismus beurteilt Herf primär nach der Thematisierung der "jüdischen Frage", des Völkermordes an den Juden. Diese Einschränkung ist begründbar, aber sie wirft auch Probleme auf, wie Herfs Bewertungen verdeutlichen. Kein Zweifel besteht aus heutiger Sicht, dass der Genozid das Signum des deutschen Faschismus ist, der zentrale Punkt des Zivilisationsbruchs, der das NS-Regime auch heute noch einer weitgehenden Historisierung entzieht. Allenfalls der Vernichtungskrieg im Osten hat eine vergleichbare Wirkung.

Damit ist jedoch nicht gesagt, dass sich der deutsche Faschismus allein oder vornehmlich aus dem Antisemitismus und dem folgenden Genozid erklären lässt. Der kommunistische Antifaschismus sah die Hauptursache des Faschismus in dessen sozioökonomischer Funktion, und in der Verabsolutierung dieser Sichtweise wurde die ideologische Eigendynamik des Regimes sträflich unterschätzt. Namentlich der Antisemitismus war ein entscheidendes Element der faschistischen Dynamik in Deutschland. In der Verbindung dieser ideologischen und sozioökonomischen Elemente des Faschismus würde also eine vollständige Erinnerung an das NS-Regime bestehen. Unter moralischen Gesichtspunkten steht heute zu Recht der Genozid im Mittelpunkt, denn nur von hier aus lässt sich mehr als fünfzig Jahre nach dem Ende des Regimes dessen letzte Konsequenz begreifen.

Einleitend geht Herf auf die Selbstwahrnehmung des kommunistischen Antifaschismus ein und verdeutlicht dessen blinde Flecken, die auch zu einer Unterschätzung der antisemitischen Ideologie des NS beigetragen haben. Dabei wird deutlich, dass es auf kommunistischer Seite Elemente der bewussten Solidarität mit den angegriffenen Juden gab, die jedoch taktischen Wendungen, wie der nationalkommunistischen Politik zu Beginn der dreißiger Jahre, geopfert wurden. Die Eigenständigkeit der antisemitischen Ideologie wurde dabei

jedoch nie wirklich erkannt. Dies änderte sich durch die Erfahrung des Völkermords bei einem Teil der aus der Emigration zurückkehrenden Kommunisten, die nun dem Genozid eine zentrale Stellung beimaßen und die massenhafte Beteiligung der deutschen Bevölkerung an den Verbrechen betonten. Dennoch standen die Opfer der Sowjetunion und des antifaschistischen kommunistischen Kampfes von Anfang an im Zentrum des Gedenkens, wohingegen der Holocaust nur eine Nebenrolle spielte.

Der Blick auf die mexikanischen Emigranten der KPD, zuvorderst Paul Merker, eröffnet dann eine alternative Variante des Gedenkens, für die die "jüdische Frage" und vor allem die Möglichkeit der Wiedergutmachung eine zentrale Position einnehmen. In der guten Zusammenarbeit zwischen den jüdischen und kommunistischen Emigrantengruppen in Mexiko sieht Herf einen der Hauptgründe warum Merker (selbst kein Jude) eine größere Sensibilität für die "jüdische Frage" entwickelte.

Auch nach der Rückkehr in die SBZ versuchten Merker und andere ihre Sichtweise zu etablieren. Vor allem die Frage von Entschädigungen für Juden spielte eine wichtige Rolle und führte auch zu ersten Auseinandersetzungen. Wie sollte die Gewichtung zwischen "aktiven" antifaschistischen Kämpfern und "passiven" Opfern vorgenommen werden? Gab es hier eine Hierarchie oder sollten sie, in der Erinnerung - aber auch der Entschädigung - auf einer Stufe stehen?

Zumindest bis 1949 hatte Merkers Position noch Chancen auf Gehör, dann veränderten sich die Bedingungen radikal, und Merker geriet in den Strudel der Stalinisierung der SED. Das Kapitel über die "Säuberung vom ‚Kosmopolitismus`" gehört sicherlich zu den bedrückendsten des Buches. Nur wenig verschleiert wurden von SED-Seite alte antisemitische Stereotypen neu belebt. Aus den Opfern von gestern wurden nun die Agenten des US-Imperialismus. Die Verstrickung der Bevölkerung mit dem NS-Regime trat vollständig in den Hintergrund, wohingegen die Opferrolle der Deutschen hervorgehoben wurde.

Adenauer und das Beschweigen der "jüdischen Frage"

Trotz vielfältiger Belege für diese Verschärfung der politischen Linie bleibt Herfs Bild einseitig. Nur wenig erfährt man über die Motivation dieser politischen Wende, in deren Rahmen der Kampf gegen den "Kosmopolitismus" zu verorten ist, sieht man von der "Hysterie" angesichts des beginnenden Kalten Krieges ab. Diese "Hysterisierung" lag jedoch nicht nur im Osten vor, und dennoch erscheint die Stalinisierung bei Herf als rein immanentes Phänomen, wohingegen der Druck des Westens auf den Osten nicht thematisiert wird.

Doch auch diese Einordnungen können die auf kommunistischer Seite vorgenommene Anknüpfung an latent antisemitische Stereotypen nicht erklären. Herf verdeutlicht, wie die Identifizierung von Kapitalismus und Judentum ein durchgängiges Element beim Verfahren gegen Merker wurde. Diese Verknüpfung von Judentum, Kapitalismus, amerikanischem Imperialismus, Frankreich und Israel, wie sie in der DDR vorgenommen wurde, schloss direkt an den antiwestlichen deutschen Nationalismus an, der schon immer vom Antisemitismus durchzogen wurde. Es zeigt sich hier die fatale Folge der vernachlässigten materialistischen Kapitalismusanalyse zu Gunsten eines populistischen Antikapitalismus. Weite Teile der Bevölkerung wurden nicht nur wider besseren Wissens von der ideologischen Verstrickung mit dem Faschismus freigesprochen, sondern vorhandene Ressentiments gegen die Juden wurden nur leicht verschleiert bedient, um auch so Akzeptanz zu gewinnen.

Die anti-"kosmopolitische" Kampagne von 1952/53 gab laut Herf das Muster der Erinnerung an den NS in der DDR ab, welches bis 1989 im wesentlichen bestehen blieb. Die Haltung der DDR zu Israel wird von ihm als Konsequenz dieser spezifischen Erinnerung in der DDR gesehen. Der Antifaschismus der DDR erscheint bei Herf immer mehr in seiner funktionalen Rolle als Immunisierung des Staates gegen Kritik. Welche Berechtigung ein sicherlich verkürztes Faschismusverständnis der DDR und der daraus abgeleitete Antifaschismus dennoch hatten, wird von Herf nicht diskutiert. Die völlige Untauglichkeit des marxistischen Faschismusverständnisses wird von ihm einfach vorausgesetzt.

Genau hier zeigt sich aber die Schwäche seiner nur moralischen Position zur Erinnerung. So wie es richtig ist, den Antisemitismus zu den zentralen Elementen des deutschen Faschismus zu zählen, so falsch ist es, den NS von seinen sozialen Voraussetzungen zu trennen. Kapitalinteressen, Weltmachtpolitik, Imperialismus - diese Elemente sind nicht nur Beiwerk des Faschismus, sondern gehören genauso zu seinen Voraussetzungen und Wesensmerkmalen wie seine ideologischen Ausformungen. Ein Antifaschismus ohne diese Elemente ist ebenso "verkürzt" wie der DDR-Antifaschismus. Letztere hat immerhin die materiellen

Voraussetzungen eines neuen Faschismus sehr viel konsequenter beseitigt, als Herf dies zugestehen mag. Dies entschuldigt allerdings nicht die weitgehende Unfähigkeit, die ideologischen Elemente, namentlich den Antisemitismus zu verstehen.

Der zweite Teil des Buches, der sich mit der Erinnerung in der Westzone und der späteren Bundesrepublik befasst, erscheint sehr viel weniger spektakulär als der erste. Adenauer, Schumacher und Heuss stehen zunächst im Zentrum der Darstellung, ihre Konzepte der Erinnerung werden miteinander verglichen. Herf, der sich schon in der Einleitung als Anhänger der liberalen Demokratie westlicher Prägung vorstellt, sieht das Bekenntnis zu dieser Demokratie als entscheidenden Unterschied der politischen Eliten in Ost und West. Die gänzlich unterschiedlichen Voraussetzungen auch ökonomischer Art, demokratische Verhältnisse zu verwirklichen und eine weitgehend faschisierte Bevölkerung zu integrieren, bleiben unbeachtet.

Herf konstatiert, dass man in der Nachkriegszeit entweder Demokratie oder Gerechtigkeit durchsetzen konnte; beides zusammen sei nicht gegangen, da die Mehrheit der Bevölkerung kein Interesse an der Erinnerung hatte. Adenauer entsprach dieser Anforderung des Beschweigens - auch und gerade der "jüdischen Frage" - am besten, weshalb ihm die größte Zustimmung aus der Bevölkerung zuteil wurde. Trotz dieser Widerstände sei es im Gegensatz zur DDR zu einer gesetzlich fixierten Wiedergutmachung und dem Abkommen mit Israel gekommen, wenngleich gerade hier, quasi zur Beruhigung der eigenen Bevölkerung, eine massive Relativierung deutscher Schuld vorgenommen wurde. So wurde die deutsche Täterschaft auf wenige Ausnahmen reduziert und selbst für diese wurde eine weitgehende Amnestie gefordert. Herf beklagt die "gravierenden Defizite" beim juristischen Umgang mit der Vergangenheit und erwähnt auch die personellen Kontinuitäten zwischen NS-Staat und BRD.

Vom Ende der fünfziger Jahre an sieht Herf eine aufsteigende Linie der bundesdeutschen Erinnerung. So wurde 1958 die Zentrale Ermittlungsstelle in Ludwigsburg gegründet, und die Prozesse zu Auschwitz, Majdanek u.a. erzwangen und beförderten die Auseinandersetzung mit dem Thema.

Bitburg, der Historikerstreit und auch der verstärkte Nationalismus nach 1989/90 werden von Herf als retardierende Momente, nicht als Wendepunkte gesehen. Die Erinnerung an den Holocaust habe auch in dieser Zeit eher zugenommen. Dies ist einerseits richtig, vernachlässigt aber die veränderte Bedeutung der Erinnerung im vereinigten Deutschland. Denn heute wird die NS-Vergangenheit nicht mehr als Beschränkung eigener Machtpolitik verstanden. Ganz im Gegenteil ließ sich wärend des Kosovo-Krieges beobachten, wie die Erinnerung an Auschwitz zur Legitimation eines Angriffskrieges missbraucht wurde.

Für eine umfassende Faschismustheorie!

Auch dass in der Walser-Bubis-Debatte (die Herf nicht mehr berücksichtigt hat) zum Ausdruck kommende Bedürfnis nach einem Ende der Erinnerung ist mehr als ein retardierendes Element. Was sich hier andeutete, ist das von der Vergangenheit befreite Selbstbewusstsein einer europäischen Hegemonialmacht, die ihre ökonomische Potenz jetzt auch wieder politisch und wenn nötig militärisch zum Ausdruck bringen will.

Insofern könnte für eine radikale Linke gerade das so bekämpfte Antifaschismusverständnis der DDR von neuer Bedeutung sein, denn die Frage nach kapitalistischer Konkurrenz- und Interessenpolitik ist für das Begreifen heutiger Konflikte nach wie vor von entscheidender Bedeutung. So, wie der verkürzte Antifaschismus der DDR einer Ergänzung um die ideologische Seite des Faschismus bedarf, so bedürfen die von manchen Linken verbreiteten Faschismusanalogien heute der Ergänzung: Eine umfassende Faschismustheorie plus Imperialismustheorie wäre hier eine angemessen Forderung.

Gerd Wiegel

Jeffrey Herf: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998, 575 Seiten, 68 DM

33. Männer und Mensuren. Corpsbruder Wippermann und sein elitärer Männerbund

Autor: Felix Krebs · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Rechte, Neue · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:21

Mitglieder in dem Dachverband Kösener Senioren Convents-Verband sind sowohl Rechtsextreme als auch Wolfgang Wippermann, verdienter Kritiker des Schwarzbuch des Kommunismus. Angeblich wegen des "Toleranzprinzipes", das die Korporationen vertreten, ist dieses kuriose Sammelsurium möglich. Verwirrend ist auch, dass Wippermann die feministische Kritik an den Männlichkeitsvorstellungen, denen die Kölner Korporationen huldigen, als nicht überzeugend abtut.

Warum ist ein engagierter Antifaschist und Historiker wie Prof. Wolfgang Wippermann als Alter Herr in einer schlagenden Verbindung tätig, fragte sich im Frühjahr 1999 die Antifaschistische Gruppe Hamburg (AGH), nachdem sie von diesen Aktivitäten ihres Referenten erfahren hatte. Kurz zuvor hatte die AGH ihn zu einer Veranstaltung eingeladen. Auf schriftliche Nachfrage, doch bitte zu diesem Vorwurf Stellung zu beziehen, schickte Wippermann eine geharnischte Antwort, die Antifagruppe suche ihn "als Rechtsradikalen zu denunzieren" und sagte daraufhin selbst die Veranstaltung ab.

Wippermann ist Alter Herr der Korporation Hildeso-Guestphaliae, Vandaliae-Rostock, aus dem Dachverband Kösener Senioren Convents-Verband (KSCV), einem der zwei großen Corpsverbände mit etwa 2.300 Aktiven und 15.000 Alten Herren.

Zögerliche Aufarbeitung der Vergangenheit

Der KSCV ist einer der großen Korporationsverbände und gründet sich nicht auf einem völkisch-nationalistischen Nationenverständnis, wie beispielsweise die Deutsche Burschenschaft (DB), sondern ist politisch eher konservativ-elitär ausgerichtet. Allerdings sind seine Corps auch in Österreich vertreten, wie zum Beispiel das Corps Vandalia-Graz mit Corpsbruder Andreas Mölzer. Vom Mitarbeiter verschiedener neofaschistischer Zeitungen stieg dieser zum Redakteur der Jungen Freiheit auf und wurde schließlich Grundsatzreferent der FPÖ und Chef des parteieigenen Freiheitlichen Bildungswerkes. Erst in jüngster Zeit entmachtete Jörg Haider seinen korporierten Chefideologen, weil ihm dieser zu weit nach rechts abdriftete.

Auch in Deutschland werden Rechtsextremisten im KSCV geduldet, wie zum Beispiel der Revanchist Alfred M. de Zayas. Dieser durfte anlässlich seiner Auszeichnung mit dem Kulturpreis des Vereins für das Deutschtum im Ausland, seine revisionistischen Ansichten in der Zeitschrift Der Corpsstudent verbreiten. Oder Prof. Georg Christoph von Unruh aus Kiel, der in einem Leserbrief anmerkt: "es ist unzutreffend, Carl Schmitt sowie Ernst Forsthoff und Ernst Rudolph Huber pauschal als 'Verfassungsfeinde' zu bezeichnen. Ihr Bemühen galt vielmehr einer stabileren Grundnorm als der sogenannten Weimarer Reichsverfassung."

Sich selbst stellen die Corps trotzdem immer als unpolitisch dar. Die offene Flanke nach rechts sei dem Toleranzprinzip, einem Grundsatz der Corps, geschuldet, so Wippermann. Er selbst werde ja auch geduldet, obwohl seine Bundesbrüder ihn teilweise "als Linksradikalen bezeichnen" würden. Fraglich ist jedoch, warum ausgerechnet ein Antifaschist so viel Toleranz für braune Corpsbrüder im eigenen Verband aufbringt.

Zudem hat auch der KSCV eine eindeutige und unheilvolle Vergangenheit, an deren Aufarbeitung sich nur zögerlich gemacht wird. Ihre Blütezeit hatten die Kösener Corps in der Kaiserzeit, ihr Couleurband bestimmte oftmals über Chancen auf ein hohes Regierungsamt als Minister, Staatssekretär, Ministerialdirektor, Landrat oder Botschafter. Dabei verwehrten die stark feudal geprägten Corps der Masse der Studenten die Zugangsmöglichkeit durch hohe finanzielle Beiträge oder Überprüfung der nötigen standesgemäßen Herkunft. Der Soziologe und Burschenschafter Max Weber schrieb 1917 : "Die geistige Inzucht (eigene Lesezimmer in den Coleurhäusern, besondere, nur von Alten Herren mit einer unsäglich subaltern-kleinbürgerlichen Art von gut gemeinter Patriotischer Politik versorgten Coleurblätter, Perhorreszierung oder doch sehr große Erschwerung des Verkehrs mit Gleichaltrigen anderen gesellschaftlichen oder geistigen Gepräges) ist in den letzten Jahrzehnten stetig gesteigert worden ..., jedenfalls bietet sie keine weltmännische Erziehung, sondern mit ihrem schließlich unleugbar banalen Pennalismus und ihren sozialen Formen so ziemlich das Gegenteil

davon." So viel nur zu den beschworenen Traditionen der Corps aus dem Munde eines ausgewiesenen Insiders.

Mit dem Ende der Monarchie mussten die aristokratischen Corps ihre Vormachtstellung an den Universitäten an andere eher bürgerlich geprägte Korporationen abgeben. Der Verlust ihrer aristokratischen Privilegien und Karrierechancen ließ viele Corps zu monarchistisch gesinnten Feinden der jungen Republik werden. So beteiligten sich die Corps auch an den studentischen Freikorps, die im Kapp-Putsch gegen die Republik kämpften. Die tief antihumanistische und antidemokratische Haltung der Corps verschärfte sich im Verlauf der 20er Jahre zu einer völkischen und antisemitischen Richtung und der KSCV bestimmte schon 1921 durch Statutenänderung: "Ein Mischling soll als Jude gelten, wenn ein Teil seiner Großeltern getaufter Jude war oder sonst sich herausstellt, dass er jüdischer Abkunft ist." Die Kösener blieben trotz dieser protofaschistischen Ideologie weiterhin sehr elitär und verachteten oftmals NSDAP und ihren NS-Studentenbund (NSDAStB) als zu "pöbelhaft".

Pflege überkommener Traditionen

Dennoch wurde die Machtübertragung an Hitler 1933, trotz bleibender Rivalitäten, vom KSCV emphatisch begrüßt und die eigenen faschistischen Bestrebungen in der Deutschen Corpszeitung herausgestellt: "Wir haben in schärfster Form den Grundsatz des arischen Blutbekenntnisses durchgeführt, wir haben durch die Einführung des Führerprinzips die parlamentarischen Formen unseres Verbandslebens ausgerottet. Wir haben unsere junge Mannschaft in die SA und SS geschickt (...), wir brachten einen guten Teil der Voraussetzungen für den Nationalsozialismus mit."

Doch schon bald erfolgte die Selbstauflösung des KSCV, keinesfalls eine antifaschistische Tat oder Zeichen der Verfolgung, wie oftmals von Korporierten behauptet: Trotz aller ideologischen Gemeinsamkeiten und der Anbiederung der Corps an die neuen Machthaber, bestand die NSDAP auf ihrer Alleinherrschaft an den Universitäten und die Gleichschaltung auch der StudentInnen, viele Corps wurden jedoch in Kameradschaften des NSDStB umgewandelt, die Altherrenverbände blieben weitgehend bestehen.

Nach 1945 saßen die Alten Herren, welche ihre aktive Zeit im Faschismus oder kurz davor hatten, schnell wieder an den Hebeln der Macht, der KSCV wurde 1951 wiedergegründet. An einer Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit herrschte damals kein Interesse, die wenigen Kritiker aus den eigenen Reihen wurden mundtot gemacht, von den zuvor ausgeschlossenen jüdischen Corpsbrüdern ließ man sich aber gerne Persilscheine ausstellen. Erst jetzt, nachdem die Tätergeneration fast vollständig gestorben ist, findet eine zögerliche Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit in den Corps statt, zu der Wippermann zugegebenermaßen einen großen Beitrag leistet. Dieses alleine reicht jedoch nicht für eine Rechtfertigung, weiterhin Mitglied in einem Verband zu sein, welcher weiterhin überkommene Traditionen pflegt und seiner großartigen korporierten Vergangenheit huldigt.

So hält der KSCV laut Wippermann immer noch, neben dem unreflektierten Toleranzprinzip, die Grundprinzipien Ehre und Männlichkeit hoch. Für letzteres habe "die Mensur eine ganz zentrale Funktion", so Wippermann, weshalb er zu dem Thema "Männer und Mensuren. Waffenstudenten in geschlechtergeschichtlicher Sicht" forschen würde. Unter dem gleichen Titel publizierte er auch eine Rede für eine verbindungsstudentische Tagung 1997 in Würzburg, in der es vordergründig tatsächlich nur um die Skizzierung eines historiografischen Forschungsfeldes geht, bei näherer Betrachtung jedoch die Nähe des Forschers zum Gegenstand seiner Forschung eine kritische Auseinandersetzung verhindert. Wer selber Mensuren geschlagen hat, das Lebensbundprinzip der Korporationen und die damit verbundenen Ideale bejaht und dem Corps als Alter Herr weiterhin dient, verteidigt den Schmiss und die korporierte Ehre auch gegen feministische und egalitäre KritikerInnen. "Duelle dienten ...zur Austragung von Ehrenhändeln unter Männern, während die Mensur den Zweck hatte (und hat!), den Mut von Männern zu erproben. So gesehen war und ist die Mensur wirklich männlich," skizziert Wippermann sein Forschungsfeld.

Dabei macht er in seiner geschichtlichen und soziologischen Forschung einen Kunstgriff, um die Mensur seiner Corps im besseren Licht darzustellen: Es gäbe einen nationalistischen Diskurs der Burschenschaften, bei dem die Mensur an militaristische und völkisch-nationalistische Ideale und den Kampf mit der Waffe für Germanien geknüpft werde. Dem gegenüber stehe der individuelle Diskurs der Corps, deren Mensur sich aus dem Streben nach Ehre, "Charakterfestigkeit und Männlichkeit" erkläre. Abgesehen davon, dass auch

Corpsstudenten begeistert für Führer, Volk und Vaterland in den Krieg zogen, bleibt fraglich, welche Ehrenrettung im doppelten Sinne Wippermann hier betreibt.

"Sie waren und wollten 'charakterfeste' männliche Männer sein und bleiben, die ihre Charakterfestigkeit und Männlichkeit nicht nur, aber eben auch auf der Mensur unter Beweis stellen wollten", schreibt Wippermann. Die Thesen der Historikerin Ute Frevert, welche Duell und Mensur als "Bollwerk gegen die drohende Feminisierung des Mannes ..., als Schutz harter Männlichkeit vor weicher Weiblichkeit" kritisiert, tut Wippermann als nicht überzeugend ab. Es ist jedoch offensichtlich, dass Mensuren Frauen aus schlagenden Verbindungen ausgrenzen sollen, "Corpsstudenten sind Männer, eine Integration des weiblichen Geschlechts würde als Fremdkörper wirken, einem Freundschaftsbund hinderlich", konnte man noch in den 80er Jahren in der "Deutschen Corpszeitung" lesen.

Die spezifisch männliche Ehre und Charakterfestigkeit, die durch die Mensur erworben werden sollen, sind fester Bestandteil korporierter Sozialisation in einer auf Konkurrenz und Leistung beruhenden kapitalistischen Gesellschaft. Norbert Elias bezeichnete die Persönlichkeitsstruktur, auf die das waffenstudentische Charaktertraining hinwirkt, als "menschlichen Habitus ohne Mitleid ... Wer sich schwach zeigte, galt nichts ...; die eigene Überlegenheit nicht fühlen zu lassen, nicht hart zuzuschlagen, war Schwäche." Der Schmiss als Standes- und Ehrennarbe "charakterfester Männer" und die damit verbundenen korporierten Ideale sollen noch heute die Eintrittskarte in Kabinett, Kapital oder eben Universität sein. "Wir haben den Wunsch und sehen es als selbstverständlich an, dass Corpsstudenten im Leben hervorragende Stellungen einnehmen ... Auf Dauer genügt nicht mehr das reine Examenswissen." erklärte Corpsbruder Dieter Schmoeckel von der TH Darmstadt 1994 auf einer korporierten Tagung "Junge Führungskräfte für die Marktwirtschaft". Dass die Korporationen ihren Protektionismus gerne mit der nötigen politischen Einstellung verknüpfen brachte am prägnantesten der ehemalige Innenminister Manfred Kanther, Bundesbruder von Wippermann, auf den Punkt: "Wir wollen auch weiterhin national gesinnte Menschen in alle führenden Berufe unserer Gesellschaft entsenden."

Grundprinzipien Ehre und Männlichkeit

Auf die Frage angesprochen, warum er sich denn heute noch als Alter Herr bei den Kösenern engagiere, sagte Wippermann, einerseits sei es ein wissenschaftliches Interesse, andererseits würde er gerne eine innerverbandliche Diskussion vorantreiben, er sei schließlich jemand, der gerne gegen den Strom schwimme. Dass Wippermann in fortschrittlichen Kreisen lieber nicht gegen den Strom schwimmt, sprich in diesem Falle zu seiner Meinung steht, wurde allerdings schnell deutlich, als dieser Artikel ursprünglich im Sommer 1999 in der Zeitung jungle world veröffentlicht werden sollte. Nach der mündlichen Zusage des verantwortlichen Redakteurs erfolgte nach Monaten des Hinhaltens eine Distanzierung von dem Artikel. Die jungle world, sonst sofort den Antifahammer in der Hand, wenn irgendein PDS-Hinterbänkler einen nationalistischen Furz lässt, wollte wohl dem wichtigsten Autor der Antifa Edition aus dem Hause Elefanten Press lieber nicht an den Karren fahren. Allenfalls ein Streitgespräch in der jungle world mit Wippermann unter der Leitung von Jens Mecklenburg von Elefanten Press wurde in vage Aussicht gestellt. Ob dieses unter dem Titel "Antifa heißt Mensuren schlagen" noch vor dem St. Nimmerleinstag stattfinden wird blieb, jedoch offen.

Felix Krebs

34. Martin Walsers "Bruder Hitler". Über den Missbrauch Thomas Manns für reaktionäre Zwecke

Autor: Detlef Hartmann · Rubrik: Rechte, Neue; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:09

Walser bohrt weiter. Ausgerechnet ihn lud die FAZ mit notorischer Unverfrorenheit ein, die im Januar angelaufene Fernsehreihe "Auschwitz und kein Ende" in einem ganzseitigen Interview vorweg zu kommentieren und zu bewerten. (FAZ, 29.1) Walser hat es zu einer unverschämten Fortsetzung seiner Politik rechter Restauration genutzt. Er propagiert die "Selbstvereinigung" mit "Bruder Hitler". Allerdings durch die Hintertür und nicht ganz ohne Raffinesse. Zwei Ikonen des Antifaschismus zwingt er in seinen Dienst: Hannah Arendt und Thomas Mann.

In ihrem Schutz wendet er sich, wieder einmal in Opferpose, gegen die Unart der neunziger Jahre, "Gute und Böse zu produzieren". "Damals (zur Zeit des Prozesses gegen Eichmann) haben wir Intellektuellen sozusagen von Hannah Arendt gelebt, weil sie uns gesagt hat, dass sie bei der Lektüre der Eichmann-Protokolle gelacht hat... Es war nicht immer so, wie man sich das in den neunziger Jahren vorstellt, in unserer Zeit, in der Privilegierte mit leichter Hand Gute und Böse produzieren." Nun mag Hannah Arendt vielleicht wegen der banalen historischen Einkleidung des Bösen grimmig von ihrem Gelächter berichtet haben, nicht aber weil sie es deswegen für weniger böse hielt.

Dieser noch etwas plumpe Bezug dient Walser denn auch nur als Brücke zu Thomas Mann. Er erwähnt, dass Heiner Kipphardt den Titel seines in den 60ern begonnenen Stücks "Bruder Eichmann" offenbar an Thomas Mann anlehnte - und damit ist er beim eigentlichen Objekt seiner Begierde angelangt.

Thomas Mann - ein unerbittlicher Feind der Nazis

Thomas Mann hat 1939 in den USA einen kleinen Aufsatz geschrieben mit dem Titel "Bruder Hitler". Walser lobt ihn, denn: "Heute würde kein Intellektueller mehr wagen, sich in eine solche Nähe zu diesem Problem zu begeben. Er würde es vorziehen, aus der Position eines unangefochtenen Guten moralische Noten zu verteilen, und dabei ganz selbstverständlich voraussetzen, dass alle anderen nicht so gut sein können wie er. Thomas Mann hat einen Satz geprägt, den damals alle Intellektuellen kannten. Er stammt aus ‚Bruder Hitler` und heißt: ‚... besser, aufrichtiger, heiterer und produktiver als der Hass ist das Sich-wieder-Erkennen, die Bereitschaft zur Selbstvereinigung mit dem Hassenswerten. Möge sie auch die moralische Gefahr enthalten, das Neinsagen zu verlernen`." Und nun kommt, worum es Walser geht: "Bei Thomas Mann oder gar bei Kipphardt gibt es keine religionsstundenhafte Scharftrennung zwischen dem unangefochten Guten und dem weniger Guten. (...) Aber das Befreiende ist die Nähe zum Gegenstand und das unideologische Umgehen mit ihm, das nicht moralisch Besserseinmüssen, wie bei Thomas Mann als Bereitschaft zur Selbstvereinigung mit dem Hassenswerten."

Man erschrickt. Ausgerechnet Thomas Mann hätte die nazistische Einstellung und "Bruder Hitler" als nur weniger Gutes neben das Gute gestellt? Thomas Mann hätte die Identifikation mit "Bruder Hitler" propagiert? Das Zitat ist korrekt, aber das ist auch alles. Walser kennt Thomas Mann, er kennt das ganze Ausmaß der unverschämten Falschmünzerei, mit der er diesen Antifaschisten für die Zwecke der historisierenden Annäherung an "Bruder Hitler" umprägen will. Wenige bürgerliche Schriftsteller waren in der Härte der moralischen Bewertungen des Nationalsozialismus derart rigoros und unerbittlich wie Thomas Mann:

- "...Degout vor dem Pöbel- und Gangstergeist des Nationalsozialismus, vor seinem moralischen Tiefstand..." ("der Friede" des Münchener Appeasementvertrags);

- "Man geht nicht zu weit, wenn man sie den Feind der Menschheit nennt." (Rede auf dem Deutschen Tag in New York)

- "Ja, wir wissen wieder, was Gut und Böse ist. Das Böse hat sich uns in einer Nacktheit und Gemeinheit offenbart, dass uns die Augen aufgegangen sind für die Würde und schlichte Schönheit des Guten. Wir wagen es wieder, Worte wie Freiheit und Wahrheit in den Mund zu nehmen... Wir halten sie dem Feinde der Menschheit entgegen, wie einst der Mönch dem leidigen Satan das Kruzifix." ("Kultur und Politik")

Walser findet den Nazismus "weniger gut"

Diese Verdikte vor Beginn des Kriegs und des Holocaust sind exemplarisch für seinen publizistischen Krieg gegen den NS, und es ließen sich mühelos Seiten mit ähnlichen Zitaten füllen. Sie waren nicht opportunistisch, denn er hätte sich wie andere zurückhalten können. Sie waren ernst gemeint und vom blanken Entsetzen geprägt. Ich bin kein Liebhaber Thomas Manns. Ich kann nie ganz verdrängen, mit welch höhnischer Arroganz er im ersten Weltkrieg in "Betrachtungen eines Unpolitischen" unter Berufung auf seinen Mentor Friedrich Nietzsche demokratische Aufklärung und menschliche Zivilisation als "psychisch widerdeutsch" gebrandmarkt hatte. Von alldem hat er sich wenige Jahre später abgewandt, glaubwürdig, kompromisslos und ohne sich selbst zu schonen.

Und genau in diesen Kontext gehören die Ausführungen über "Bruder Hitler". Hier liegt die fundamentale Differenz zu Walser. Für Mann ist "Bruder Hitler" eine an die Wurzeln gehende Abrechnung mit seinem eigenen geistesgeschichtlichen Anteil an Hitlers Machtergreifung - Walser pervertiert sie zu einer Hinwendung und Annäherung. Zeitgleich beschreibt Thomas Mann Nietzsches Philosophie als "anti-humane Lehre, ...die sich verwirklicht sieht" - im Nationalsozialismus. ("Denken und Leben") Nietzsches willensmetaphysischen Impulsgeber Schopenhauer zeichnet er in der erbärmlichen Machtergebenheit des Antidemokraten, wenn dieser gegen die 48er Revolution das Volk als die "souveräne Kanaille" schmäht. ("Kultur und Politik") Er verurteilt Schopenhauer und Nietzsche als philosophische Ahnen der "konservativen Revolution" und damit zugleich als geistesgeschichtlichen Grund der nazistischen Barbarei. Und er verurteilt damit zugleich sich selbst und seine früheren Anschauungen, weil auch er bei ihnen seine Orientierung gesucht hat, nicht nur in "Betrachtungen eines Unpolitischen", sondern auch in noch älteren Arbeiten.

Als Emigrant schon vor der Machtergreifung, der seine Lernprozesse längst lange hinter sich gebracht und öffentlich bekannt hatte, brauchte er sich 1939 nicht mehr zu rechtfertigen. Aber er hörte nicht auf, den unheilvollen Entwicklungslinien nachzuspüren. "Bruder Hitler" ist eine seiner vielen Auseinandersetzungen mit den geistigen Wurzeln des Nazismus, die in seiner Jugend einmal seine eigenen gewesen sind. "Ich war sehr jung", sagt er, "als ich in ‚Fiorenza` die Herrschaft von Schönheit und Bildung über den Haufen werfen ließ; ... ich war nicht ohne Kontakt mit den Hängen und Ambitionen der Zeit, mit dem, was kommen sollte und wollte, mit Strebungen, die zwanzig Jahre später zum Geschrei der Gasse wurden. Wer wundert sich, dass ich nichts mehr von ihnen wissen wollte, als sie auf den politischen Hund gekommen waren ... Man muss es hassen."

Seinen unerbittlichen Hass und seine moralische Verurteilung stellt er dabei nicht in Frage. Er spürt dem Kult des deutschen Genies nach, den er jetzt auf den Hund gekommen sieht, auf Hitler. Was er introspektiv im "Sich-wieder-Erkennen" umspielt und in seinen verschiedenen Facetten durchprobt, ist der eigene Anteil an dessen Geschichte. Der "Feind der Menschheit" blieb für ihn der "Satan", er beschäftigt sich mit dem Material, aus dem er gemacht war. So viel man an Thomas Mann kritisch sehen mag, seine Verurteilung des nazistischen Bösen und sein Bekenntnis zum antinazistischen Guten blieb immer von jener "religionshaften Scharftrennung" geprägt, an deren Beseitigung Walser arbeitet, ohne Raum für die Differenzierung zwischen "Gutem und weniger Gutem".

Mit Fälschungen zur konservativen Revolution

Walser kennt das alles. Er kennt Manns Verabschiedung von den geistigen Quellen der "konservativen Revolution". Insoweit ist die Berufung auf ihn mehr als nur Falschmünzerei. Mit beachtlichem Zynismus ruft er ihn zum Zeugen seiner eignen Propaganda für eine neue "Bereitschaft zur Selbstvereinigung mit dem Hassenswerten" auf. Verräterisch ist der Versuch, die Verurteilung aufzuheben und das Hassenswerte als "weniger Gutes" als bloße Abschattung des "Guten" akzeptabel zu machen. Er offenbart sich als Bemühung, zu den Wurzeln zurückzufinden und sie als die Wurzeln des eigenen Selbst im Jahre 2000 für die Zukunft wieder zu erschließen und zu aktualisieren.

Und noch eins. Thomas Mann schrieb seinen Essay vor Beginn des Kriegs und der Radikalisierung des Völkermords, noch ausdrücklich in der Illusion, der Hasardeur Hitler wäre zu feige, dies zu riskieren. Walser spricht seine Einladung zur Identifikation mit Bruder Hitler nach vollendetem Völkermord und Krieg aus.

Wir wissen, dass Walser im Diskursstrom der Wiedererregung der kulturellen und gesellschaftlichen Kräfte zu einer neuen "konservativen Revolution" schwimmt, neben Botho Strauß, neben Sloterdijk. (vgl. ak 432 und 433) Er hat wieder einen kräftigen Stoß gemacht. Die FAZ, die im Walser-Skandal und bei der Demontage von

Ignatz Bubis eine zweifelhafte Vermittlerrolle gespielt hat und die Sloterdijks Offensive begeistert mitgetragen hat, sie macht sich frag- und kommentarlos zum Sprachrohr von Walsers Selbstvereinigungspropaganda. Hier liegt das eigentliche Politikum.

Detlef Hartmann

35. Rap statt Rancheras. Hybrider Sound aus Mexikos Metropolen zeigt neues Latino-Bewusstsein

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Kultur; Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:29

Wenn es um mexikanische Rockmusik geht, denken hier zu Lande die meisten an schwarz gekleidete Mariachis, mit großen Schnurrbärten und riesigen Sombreros, die verliebte Paare mit schmalzigen Rancheras beim Tete-a-Tete in luftigen Sommerlauben beglücken. Sicher sind die Mariachis in Mexiko nach wie vor beliebt, doch sie haben Konkurrenz bekommen: Plakate für Trash-, Speed- und Deathmetal-Konzerte, Punkrocker mit schrill gefärbten Haaren oder Technoclubs weisen auf eine pulsierende Musik- und Subkulturszene hin, die nicht nur in der Hauptstadt D.F. den Sound angibt.

Bis Ende der 80er Jahre wurde Rockmusik in Mexiko von der allgegenwärtigen Staatspartei PRI zensiert und mit Repression belegt. Man befürchtete Subversion und moralischen Verfall. Mittlerweile ist das Kulturmonopol der staatstreuen Medien durchbrochen. "Heute kannst du einfach auf einem öffentlichen Platz ein Konzert veranstalten", erzählt Vladimir Garnica, Gitarrist der neunköpfigen Band Los de Abajo. Mexikanischer HipHop, Ska und Punkrock haben es geschafft, in die Ohren einer breiten Öffentlichkeit zu dringen.

Viele Independant-Bands sind dafür in den letzten 20 Jahren einen ungewöhnlichen Weg gegangen. "In Mexiko gab es kein Independent-Netzwerk wie in den USA oder Europa, das es erlaubte, auf die offiziellen Medien zu verzichten" erklärt Garnica, "die Rock-Generation vor uns musste sich also mit dem Televisa-Imperium auseinander setzen und in schlechten TV-Shows auftreten. Es war der einzige Weg, aus der Marginalisierung herauszukommen."

Los de Abajo (Die von Unten) aus Mexiko Stadt mixen Ska, Punkrock und Latinorhythmen. Ihre Wurzeln hat die Combo in den Underground-Bands der 80er Jahre, wie El Bodeguito de Jerez, die als erste über Themen sang, die sonst Tabu waren und traditionelle lateinamerikanische Musik, wie die kolumbianischen Cumbias, mit Rock mixte. Carlos Cuevas, Keyboarder von Los de Abajo, sieht die Ursprünge ihres Sounds im Alltag des Molochs Mexiko Stadt: "Du steigst hier in einen Kleinbus und hörst erst eine Cumbia, dann Hardrock und dann eine Norteña - ein musikalisches Chaos."

Bekannter im Ausland sind allerdings die ebenfalls aus Mexiko-Stadt stammende Crossover-Band Molotov oder die Rapper von Control Machete aus der nordmexikanischen Industriemetropole Monterrey, deren erstes Album sich allein in Mexiko 250.000-mal verkaufte. Mit Voto Latino trat Molotov gegen Rassismus ein und forderte Gerechtigkeit für die in den USA lebenden Latinos - der Song entwickelte sich beiderseits der hochmilitarisierten Grenze zu einer heimlichen Hymne für das stark wiederauflebende Latino-Bewusstsein.

Rap gegen Rassismus

Auch in den Texten der drei Rapper von Control Machete nimmt das schwierige Verhältnis zu dem nördlichen Nachbarn USA großen Raum ein. "Viele unserer Lieder richten sich gegen den Rassismus und konkret gegen jene, die an der Grenze den Mexikanern Schaden zufügen", beschreibt Fermin. Toy sieht den Sound der Band in gewisser Weise als typisch für Nordmexiko an. "Die Norteña, die Musik aus dem Norden Mexikos, ist ja aus einer Fusion traditioneller Polka mit den revolutionären Liedern entstanden. So ist auch Control Machete eine Fusion: die Freude am Funk, Rap und HipHop, gemischt mit traditionellen mexikanischen und lateinamerikanischen Klängen". Auf der kürzlich erschienenen zweiten CD Artillería Pesada, Presenta ... ist das HipHop-Trio bei dem Stück Danzón sogar gemeinsam mit einigen der kubanischen Musiker von Buena Vista Social Club zu hören. Die erste Singleauskopplung aus dem zweiten Album wurde in den USA bereits einen Monat nach Erscheinen vergoldet.

Molotov sind in den USA sogar noch erfolgreicher, aber auf Grund sexistischer und homophober Texte von vielen Seiten in die Kritik geraten, seit ihr erstes Album Dónde jugarán la niñas? - wo spielen wohl die Mädchen? herauskam. Umstritten war auch das Cover, auf dem die nackten Beine eines mit heruntergezogener Unterhose im Auto sitzenden Mädchens in Schuluniform zu sehen ist. Letztendlich profitierten Molotov von der Debatte, in Mexiko verkaufte sich das Album über 400.000, weltweit über eine Million mal. Die Band setzt weiterhin auf Provokation, den "Spaßfaktor" und spricht nicht gerne über den Vorwurf. Sänger Paco Ayala umgeht die Thematik, indem er die Band als Opfer der Medien darstellt: "Hin und

wieder kommt etwas Neues heraus, oft spricht es bestimmte Themen an, die gewissen Leuten nicht passen und immer versucht wurden, zu unterdrücken. Tatsächlich ist ja dieses Land auch unterdrückt durch die Medien, die in den Händen der Regierung sind."

Los de Abajo hingegen stellen ganz klar das politische Engagement in den Vordergrund: "Wir sind definitiv eine politische Band mit dem klaren Anspruch, Missstände aufzuzeigen und Positionen zu äußern", betont Keyboarder Carlos Cuevas. "Als Band sind wir Teil einer Musiker-Organisation namens La Bola, die für die Demokratisierung Mexikos und die Rechte der Indígenas eintritt", berichtet Gitarrist Garnica. "Wir organisieren gemeinsam Solidaritätskonzerte, und alle, die kommen, spenden 10 Peso (etwa ein Dollar) und ein Kilo Reis. Mit dem Geld wird die Anlage finanziert und die Lebensmittel gehen zum Beispiel an die zapatistischen Gemeinden in Chiapas." Der Name La Bola - "Haufen" - bezieht sich auf die revolutionären Truppen Pancho Villas, die sich so nannten.

Revolutionsromantik kann Los de Abajo dennoch nicht nachgesagt werden. "Wir berichten darüber, was wir als Jugendliche in Mexiko Stadt erleben", erklärt Cuevas pragmatisch, "wenn wir über die zapatistische Bewegung singen, dann geht es darum, was sie für uns bedeutet. Wir sind zwar alle Marcos, wie es immer heißt, aber wir sind nicht alle in den Bergen von Chiapas und wir haben auch nicht alle ein Gewehr in der Hand".

Dario N. Azzellini

Control Machete: Mucho barato (PolyGram) und Artillería Pesada, Presenta (Motor Music/Universal)

Los de Abajo: Los de Abajo (Luaka Bop/Warner Bros.)

Molotov: Dónde jugarán las niñas? (Surco/Universal) und Apocalypshit (Surco/Universal)

36. Kammerpop der Traurigkeit

Autor: Hz · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:28

Die Eels als Besprechungsobjekt der musikalischen Genüsse zu wählen, hat Härten. Kaum einer kennt sie. Vergleichen kann man sie musikalisch vielleicht und auch das ist schräg, da sie noch ruhiger und weniger folkig sind, mit dem experimentellen bzw. introvertierten Beck von dem Album "Mutations" (wer kennt den schon, außer die Musikjournalisten).

Warum versucht man eine Gruppe wie die Eels den geneigten LeserInnen nahe zu bringen? Rätselraten, Kopfkratzen. Ganz einfach, das Feld ist weit und Spreu und Weizen liegen bekanntlich dich beieinander bzw. das besondere ist immer noch interessanter als das gewöhnliche oder einfacher - die Eels kennen zu lernen, ist sicherlich kein Verlust, da sie zum erquicklicheren Bereich der aktuellen Popularmusik zu zählen sind.

Die Eels sind Mark Everett, der sich sich nur "E" nennt, an der Gitarre, fast allen anderen Instrumenten und dem Gesang. Butch Norton am Schlagzeug und auf der ersten CD Tommy Walter am Bass. Seit 1996 sind sie bei dem Dream-Works-Label von Steven Spielberg und David Geffen als, zumindest damals, Post-grunge-Band engagiert. Und damals hegte die Plattenfirma wohl noch größere Hoffnungen mit der Band, als nur von der Musikjournaille getätschelt zu werden.

"Sad lyrics and happy Music. When you put those two things together, something magical happens". Diese Aussage von "E" durchzieht zumindest bisher die gesamte Arbeit der Eels. Wenn man Everett, der zweifelsohne der bestimmende Kopf der Eels ist, hinter seinen dicken Hornbrillengläsern sieht, ahnt man, was er alles an inneren Desorientierungen - hervorgerufen durch Schicksalschläge und den Gang der Dinge an sich - aufzuarbeiten hat.

"E" hat den Vater in der Kindheit verloren, die Schwester beging nach einer langen Depressionsphase nach der ersten Veröffentlichung der Eels Selbstmord, die Mutter starb nach der zweiten CD an Krebs. Dem Mann ist zuzugestehen, das er einiges zu verarbeiten hat, dies tut er in gewisser Weise öffentlich und mit Bravour.

Auf der ersten Platte des damaligen Trios, Beautiful Freak, beginnt Edwarts seine desaströse Gefühlslage textlich und musikalisch aufzuarbeiten. Es entstand ein Album, welches musikalisch so überzeugte, das jedweder Voyerismus in Richtung des Edwartschen Seelenelends als nicht angebracht erscheinen ließ. Die Musik wirkt eklektizistisch, ist gleichzeitig aber sehr homogen bzw. ungekünstelt. Die Songstrukturen sind extrem durchkonstruiert, wirken aber nicht kalkuliert. Von Synties über Grungegitarren, Posaune und eingespielter Straßengeräusche ist Beautiful Freak mit seinen Jazz- und HipHop Elementen in erfrischender Art und Weise experimentell. Mit den Songs Novacaine for your Soul und Susans House hatten sie einen Nummer 10 bzw. 9 Hit in England. Auf der zweiten CD, Elektro Shock Blues von 1998 geht es dann richtig zur Sache. Das Cover-Inlet und die CD selbst werden von einem Grabstein geziert, der, und dieses Beispiel ist typisch für die dialektische Weltsicht von Edwarts, mit dem Sinnspruch "Everything is Changing" beschriftet ist. Die Songtitel lauten u.a. Elisabeth on the bathroom floor, My descent to Madness oder Going to your funeral. Friedhof, Beerdigung und Tod als zentrale Themen der musikalischen Ich-Verarbeitung. Elektro-shock blues ist musikalisch düster und korrelierend zu den Texten schwer verdaulich. Von Weihnachtsglocken über Free Jazz hin zu Oh du fröhliche, oh du selige... sind die 16 Stücke der CD im wesentlichen Hörarbeit.

Ganz im Gegensatz dazu das neue Werk Daisies of the Galaxie, dass trotz des Todes der Mutter von Everett, in der Form eines luftig leichten Kammerpops daherkommt. Schöne sparsame Melodien, zurückhaltend instrumentiert, aufs wesentliche beschränkt - irgendwo zwischen Beatles und frühen Pink Floyd. Offentsichtlich ist Everett jetzt in der Lage, seine ganze aufgearbeitete Seelenpein in wunderschöne musikalische Perlen umzuarbeiten. Man kann ihm nur wünschen, das, ihm das in Zukunft ohne weitere Todesfälle in seiner näheren Umgebung gelingt. Wenn nicht, was sollte ich mir wünschen - für das weitere Leben von Mark Everett?

Konzerttermine (teilweise bestuhlt): 19.3 Hamburg Markthalle, 20.3. Berlin Passionskirche, 21.3. München Babylon, 22.3. Köln Live Music Hall

Madrugada "Industrial Silence"

Stimmlich gesehen hat Sivert Hoyem, der Sänger von Madrugada aus Norwegen, keine Konkurrenz zu fürchten. Irgendwo zwischen Jim Morrison und Chris Isaak ist die beschreibbare Nähe zu definieren. Madrugada sind über Hoyem hinaus Frode Jacobsen am Bass, Robert Burass an der Gitarre und Schlagzeuger Jon Lauvland Pedersen. Alle vier stammen aus der Provinz Nordland und sind mit 23 bzw. 24 Jahren erstaunlich reif in ihrer musikalischen Anlage. Der Grundtenor ihrer Musik ist geprägt von einem eher düsteren schleppenden Rhythmus. Gitarren dominieren, allerlei Glockenspiel wird in den ruhigeren Sequenzen eingesetzt. Die Einordnung ist schwierig, Fingerzeige gibt es dennoch genügend. Zum einem ist da der Gastmusiker Bob Eagan, der mit Freakwater, Billy Bragg und Wilco zusammengearbeitet hat und auf dem Debutalbum der Gruppe Pedal- und Lapsteelgitarre beisteuert und der Produzent John Agnello (Dinosaur Jr., Mark Lenegan), der die CD in den Watermusic Studios in Hoboken, New Jersey abgemischt hat. Zum anderen blitzt bei Belladonna eine unüberhörbare musikalische Nähe zu den Doors auf.

Wenn die Jungs nicht zu früh gehypt werden, nicht zu schnell auf die Masse schielen und einigermaßen auf dem Teppich bleiben, steht einer Zukunft als Rockstars nichts entgegen.

Konzerttermine: 20.3. Berlin Knaak Klub, 21.3. Hamburg Logo, 22.3. Köln Underground 23.3. München Atomic Cafe

Na, Hand aufs Herz, hattet ihr sie nicht schon längst abgeschrieben? Vorbei, aus, die zitieren sich doch nur noch selbst. Irrtum, Pustekuchen! Still alive sind die Musiker um Justin Sullivan. Zwei Neuzugänge, Michael Dean an den Drumms und Dean White am Keyboard und so allerlei andere Musikanten hat die Band zum 20ten Geburtstag zu verzeichnen. Die Songs der neuen CD eight sind vielleicht nicht mehr so enthusiastisch, wie bei ihrem Meisterwerk The ghost of the Chaine, aber genauso intensiv und einnehmend. Die Grundstimmung ist sentimental, nicht resignativ. Es gelingt NMA in Stücken wie Paekakariki Beach und Snelmore Wood wie früher dichte und eindringliche Atmosphären zu zeichnen.

Touren tun sie, wie übrigens jedes Jahr, auch Konzerttermine: 9.3. Bremen Modernes; 10.3. Hannover Capitol, 11.3. Hamburg Große Freiheit, 12.3. Köln E-Werk,15.3. Berlin Columbia Halle, 17.3. Losheim Eisenbahnhalle, 8.3. München Colloseum, 19.3. Stuttgart LKA, 1.3. Neu-Isenburg Hugenottenhalle, 22.3. Göttingen Outpost, 1.4. Dresden Alter Schlachthof.

Hz

37. Zwei Filme zum Holocaust: Einmal zum Lachen, einmal zum Weinen

Autor: Tim Gallwitz · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak436/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:38

Wohin steuert die Aufarbeitung des Holocaust? Martin Walser oder das zentrale Mahnmal in Berlin. Die Versuche, den Holocaust zu Ende zu bewältigen, erweisen sich oft als Bumerangs. Doch wo Debatten und Denkmäler noch scheitern, im Kino scheint es zu gelingen. Keine Aufregung mehr, nein, anything goes in Shoah-business. Milde Sentimentalität, das beruhigende Gefühl, etwas für die historische Umwelt getan zu haben, wird geboten. Die Filme Zug des Lebens und Die letzten Tage fahren volle Kraft in gefühlige Sphären.

Die Geschichte der - nennen wir sie Holocaust-Filme - ist eine Geschichte von Kontroversen, Missverständnissen und angestrengten Diskussionen. Doch seit Roberto Benignis Das Leben ist schön ist das anders geworden. Im Rückblick zeigt Benignis Film ganz offenkundig eine Zäsur an. Das Leben ist schön war skeptisch, aber auch neugierig erwartet worden. Als Komödie überzeugend, gelang dem Film aber noch mehr. Es gelang, recht reibungslos ein bislang tabuisiertes Genre zu etablieren. Aus einem Genre sind unterdessen etliche geworden. Der Holocaust-Film boomt.

Noch Steven Spielbergs Schindlers Liste sorgte für anhaltende und hitzige Debatten. Warum aber hatten alle Benigni plötzlich so lieb? Man war sich nun einig, dass das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte auch ganz entspannt mit genretypischen Mitteln erzählt werden kann. Ja, man war fast erleichtert. Und seitdem flimmern fast pausenlos Holocaust-Filme jeglicher Couleur über die Leinwände. Seien es Remakes wie Jakob, der Lügner, Justiz-Thriller wie Nichts als die Wahrheit, Heimatdramen wie Viehjud Levi, Melodramen wie Tee mit Mussolini oder Gloomy Sunday - Ein Lied von Leben und Tod. Bald hat jedes Format zumindest eine Holocaust-Abteilung eingerichtet und Holocaust-Soaps scheinen nur eine Frage der Zeit.

Gewiss, es gibt nichts dagegen einzuwenden, sich in Filmen mit dem Holocaust zu beschäftigen. Die These von der Unmöglichkeit jeglicher Darstellbarkeit ist als Bilderverbot missverstanden. Sie bezweifelt nur die Überzeugung, die Shoah in einer allgemein gültigen Erzählung stillzustellen. Doch nicht nur die sozusagen amtliche Deutung verhindert eine lebendige Erinnerung. Das unfassbare Grauen bleibt ebenfalls hinter den Kulissen von Filmen verborgen, die Auschwitz zur interessanten Location reduzieren. Der Holocaust verspricht ein ebenso ergiebiger Steinbruch für Filmstorys zu werden, wie es die Eroberung des amerikanischen Westens bereits seit langem ist. Einige wenige Requisiten oder ein appliziertes Foto reichen aus und schon ist im Betrachter der ganze Kontext aufgerufen. Nur, um den Kontext geht es gar nicht mehr - der ist tatsächlich nur noch Setting für die ganz alten Geschichten um Liebe, den Kampf zwischen Gut und Böse, Versuchung und Läuterung. Und so wurde aus Abwehr und angestrengtem Schweigen der Nachkriegszeit hitziges Post-'68-Streiten, wurde bekömmliche Geschwätzigkeit von Heute.

Zwei unterschiedliche Holocaust-Filme erreichen unsere Kinos in diesem Monat: Der Dokumentarfilm Die letzten Tage von James Moll und die Komödie Zug des Lebens von Radu Mihaileanu. Die letzten Tage, präsentiert von der Shoah-Foundation und Big Spielberg himself, kombiniert die Erzählungen von fünf Überlebenden mit Doku-Material aller Art. Vorgeblich wird nichts ausgelassen, sowohl Vorkriegs-, Kriegs- als auch Nachkriegszeit werden angeschnitten. Das ist handwerklich gut gemacht und teils instruktiv, teils rührend im Ergebnis. Zwar ohne belehrenden Off-Kommentar, schlägt aber der pädagogische Impetus, der hier waltet, genau in die Kerbe, die Henryk M. Broder unlängst ausgemacht hatte: "Spielberg gibt dem Holocaust post festum auch einen Sinn, indem er ihn als ‚erzieherisches Mittel` einsetzt." (Der Spiegel, 37/1999) Doch die Crux ist, dass hier nicht nur Pädagogik und Sinnstiftung betrieben wird. Nein, in der Shoah Foundation wird die Erinnerung zudem privatisiert und nach kapitalistischen Verwertungsprinzipien organisiert sowie schließlich noch massentauglich frisiert. Diesem Zweck dient auch die Musik, die James Moll dem Film zusetzte, "um ihn noch emotionaler zu machen". Dem Betrachter wird außer tränenduseliger Anteilnahme kaum etwas abverlangt. Das Ringen um historisches Verstehen - ganz abgesehen davon, ob dieses in puncto Holocaust nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt ist - buchstabieren Moll/Spielberg eben nicht als schmerzhaften Prozess, sondern als emotionale Einfühlung in der Einwegpackung. Dass der millionenfache Mord etwa über menschliches Vorstellungsvermögen hinausginge, dass jede Erklärung am Grauen zerbricht - kein Thema. Die letzten Tage atmen in nahezu jeder Filmminute das Bemühen, den Holocaust in einer konsumkompatiblen

Light-Version auf den Markt zu bringen. Bloß nicht beunruhigen oder verschrecken scheint die Vorgabe, der die Inszenierung allzu bereitwillig folgt.

Beunruhigung ist auch nicht das Ziel von Zug des Lebens. Regisseur Mihaileanu hält es an der "Zeit, in einem neuen Stil über die Shoah zu sprechen. Viele haben vor allem den Tod gezeigt. Ich zeige das Leben, das da getötet wurde." Solcherart unbelastetes Komödiantentum kommt an. Die zaghafte Frage, ob man sich dem Holocaust derart nähern könne, wird allerorten im Brustton der Überzeugung mit einem festen "Ja" beantwortet. Doch diese Stimmen wirken ein wenig zu laut, als gelte es, den eigenen leisen Zweifel gleich noch mit zu übertünchen.

Auch Zug des Lebens ist ein ordentlich gemachter Film, die Gags zünden, die Musik von Goran Bregovic (Time of the Gypsies) ist ausgelassen. Kurzum, das Publikum wird unterhalten. Die Story um die Bewohner eines osteuropäischen Stetls, die sich einen Deportationszug kaufen, ihn herrichten, sich teils als Deutsche verkleiden und mitten im Krieg auf die abenteuerliche Reise nach Palästina gehen, ist so grotesk, dass sicher niemand auf die Idee käme, sie mit historischer Realität zu verwechseln. Doch darum geht es gar nicht. Der Film funktioniert einfach zu gut als Komödie. "Das Leben, das da getötet wurde", wird eben nur als Leben gezeigt. Mit der Ermordung wird niemand belästigt. Und das zum Schluss aufgesetzte KZ-Schwarz-Weiß-Foto soll als Ausrufezeichen zwar allen noch mit auf den Heimweg geben: War alles nur Spaß, die Realität war... Ja, aber wie war die Realität? Das Foto ist ein angenehmer Stellvertreter, der den Kontext aufruft, ohne genauer auf ihn eingehen zu müssen. Die schreckliche Realität? Die mag sich jeder später nach den eigenen Bedürfnissen und Fähigkeiten hervorholen. Im Kinosaal heißt es hingegen: Mach dir ein paar schöne Stunden mit der schrecklichen Vergangenheit. Die Applikation von dokumentarischem Material in den Spielfilm dient offenbar nur dem Zweck, sich im fiktionalen Bereich umso unbeschwerter austoben zu können.

Ein Oscar für James Moll, ein knappes Dutzend Festivalpreise für Radu Mihaileanu - kein Zweifel, gefühliges Holocaust-Kino ist beliebt. Allerdings hinterlassen diese Erfolgsstorys gerade hier zu Lande einen üblen Beigeschmack. In der Art eines Ablasshandels gibt man sich zwei Stunden Judenvernichtung light, um im Gegenzug von jeglicher Verantwortung freigesprochen zu sein. Und noch mehr: So wie Spielberg über die Shoah Foundation sagte, "Mit diesem Projekt verhindern wir einen zweiten Holocaust!", so kann sich auch der Kinobesucher auf die Schulter klopfen und in die Anti-Nazi-Liga eingemeinden. Vorhin bei der Mülltrennung das ökologische, danach im Kino das historische und politische Gewissen beruhigt. Und es hat gar nicht weh getan...

Tim Gallwitz

Die letzten Tage seit 2. März,

Zug des Lebens ab 23. März im Kino

38. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak436/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:36

Politische Gefangene

Die Rote Hilfe Duisburg ruft für den Tag der politischen Gefangenen zu einer Demonstration für die Freilassung aller politischen Gefangenen auf. Nachmittags gibt es eine Veranstaltung mit Beiträgen zur Situation türkischer und kurdischer Gefangener, zur Situation der Gefangenen aus RAF und Widerstand, der Abschiebegefangenen sowie der Kriminalisierung von AntifaschistInnen.

Duisburg, 18.3., 11 Uhr, König-Heinrich-Platz (Demo), 14 Uhr Gertrud Bäumer Schule Klöckner Str. 48

(Veranstaltung)

Informationskrieg

Die Informationsveranstaltung des Gegeninformationsbüros zum Thema "Krieg und Medien" geht auf die Rolle der Medien vor und während des Kosovo-Krieges ein; v.a. sollen die Desinformationen von PR-Agenturen, der NATO und Regierungsvertretern aufgezeigt werden.

Berlin, 19.3., 19 Uhr im Kato,

U-Bahnhof Schlesisches Tor

Schwarzbuch Kapitalismus

Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft - Robert Kurz präsentiert sein jüngst erschienenes Buch "Schwarzbuch des Kapitalismus".

Essen, 20.3. um 20 Uhr, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt Alle 100

Protest gegen Putinismus

Michail Bojarskij von der anarchistischen Gewerkschaft MPST (Moskau) wird über die Aktionen der kleinen Antikriegsbewegung gegen den Tschetschenienkrieg berichten. Am 26. März wird aller Voraussicht nach der amtierende Präsident Putin nun auch gewählt werden. Angesichts dessen spricht der Referent auch über die Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven linker alternativer Gruppen in Russland.

Berlin, 22.3., 20 Uhr. Stadtteilladen Zielona Gora, Grünberger Straße 73

Selbstverwaltung

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Arbeit ... ist das halbe Leben?" der Arbeitsgruppe Arbeitswut Tübingen/Reutlingen diskutieren Tom Adler und Karin Schröder über das Thema "Kapital goes Selbstverwaltung, Selbstverwaltung goes Kapital?. Was ist in selbstverwalteten Betrieben aus den zu Anfang formulierten Ansprüchen Zielen und Werten geworden? Der Gewerkschafter Tom Adler war früher Mitglied der "Plakat"Gruppe bei DaimlerChrysler und beschäftigt sich mit den neuen Formen von Arbeitsorganisation; Karin Schröder arbeitet im Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation und ist Mitglied im Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie.

Reutlingen, 24.3., 20.30 Uhr im Café Nepomuk, Unter den Linden 3.

Kontakt: 07121/334828

Der vergessene Aufstand

Lesung mit Thomas "Tovi" Blatt, Überlebender des Aufstandes im Nazi-Vernichtungslager Sobibor und Autor des Buches "From the Ahes of Sobibor". Sobibor war ein Vernichtungslager auf polnischem Gebiet. Das Lager wurde aufgelöst, nachdem eine Widerstandsgruppe innerhalb des Lagers mit Hilfe von jüdisch-sowjetischen Kriegsgefangenen einen bewaffneten Aufstand ausgeführt hatte, bei dem elf SS-Männer getötet wurden. Blatt ist einer der Beteiligten an diesem Aufstand.

Hamburg, 28.3., um 19 Uhr im

Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12

Nach dem Kosovo-Krieg

Die neue Weltordnung nach dem Kosovo-Krieg beleuchten vier Referenten in einem Wochenendseminar des Bildungswerks Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung. Christoph Görg spricht über die Wirtschaftspolitik der neuen Weltordnung, Stefan Gose über neue militärische Strategien von Nato und EU. Weiter referieren Thomas Seibert zum Thema "Menschenrechte - mehr als universelles Schmiermittel?" und Ulrich Brand zur Frage "Global-Governance statt Krieg?".

Berlin, 31.3.-2.4., Tagungshaus Die Wille, Wilhelmstr. 115. Kontakt:

Isidoro Bustos: 030/61128966

Anti-Atom

Die diesjährige Anti-AKW-Frühjahrskonferenz läuft unter dem Titel "Hinter der Strahlung steht der Wert". Kernthemen der Konferenz sind die Trends im Energiesektor sowie Positionen und Interventionen gegenüber der rot-grünen Atompolitik. Es werden auch die Grenzen und Möglichkeiten der "Verstopfungsstrategie" im Hinblick auf die anstehenden Castortransporten diskutiert.

Mühlheim a.d. Ruhr, 31.3.-2.4., Eröffnung: 19 Uhr, Autonomes Zentrum, Auerstr. 51. Kontakt: 0208/4445633

Antisemitismus

Der Arbeitskreis Oral History und die Gemeinwesenarbeit St.Pauli-Süd e.V. (GWA) laden zu der Diskussionsveranstaltung mit dem Thema "Wird mit Haider der Antisemitismus wieder gesellschaftsfähig?" ein. Sandra Wachtel schildert ihre Eindrücke von dem Stimmungsumschwung in Wien. Begleitet wird die Veranstaltung von Filmdokumenten über die Situation der Wiener Juden Ende der dreißiger Jahre.

Hamburg, 3.4. um 19.30 Uhr im Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12

WTO und Menschenrechte

Die Antifaschistische Aktion Düsseldorf und der Antifa-Arbeitskreis an der FH-Düsseldorf laden zu der Veranstaltung "Beware! Culture War in Progress" ein . Thema ist die WTO, Menschenrechte und der Kampf um Demokratie. Eric Ward, Mitarbeiter der "Nordwest Coalition against Malicious Harassment" und Christien Storm von der Frauen-Selbsthilfeorganisation "Home Alive" berichten über die Politik der WTO, über den Widerstand und die Tage des Ausnahmezustandes in Seattle

Düsseldorf, 5.4, 20 Uhr im ZAKK, Fichtenstr. 40

Deutsche Vergangenheit

Podiumsdiskussion mit den Referenten Herrmann Gremliza, Günther Jacob, Rolf Surmann und Rayk Wieland. Die Autoren stellen eine Verbindung her zwischen den großen vergangenheitspolitischen Debatten der letzten Jahre - die angebliche Entschädigung der Zwangsarbeiter, Wehrmachtsausstellung, Holocaust-Mahnmal, Goldhagen, Martin Walsers Ausschwitzkeule - und beschreiben, wie sich auch ehemalige Linke an der Entsorgung der deutschen Vergangenheit beteiligen.

Hamburg, 10.4., 20 Uhr, Hein-Köllisch-Platz 12

Zwang zur Arbeit

Dirk Burczyk vom LV JungdemokratInnen/Junge Linke NRW referiert über den neuen staatlichen Zwang zur Arbeit und beschreibt die Konsequenzen für die Gesellschaft und den/die Einzelnen.

Essen, 11.4. um 19 Uhr, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt Alle 100

Schickt Eure Veranstaltungshinweise!

Per E-Mail, per Post oder als Fax.

Annahmeschluss für ak 437 ist der 4.4.2000

39. LESERBRIEF

CD-Datei: daten/aksuche/ak436/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:37

Russland nicht verteidigen!

Betr.: Putin njet, ak 434

Liebe GenossInnen,

Euer neues Layout finde ich klasse! Nur der Kopf wirkt irgendwie noch etwas plump. Was den Kommentar vom 20.1. Seite 1 betrifft, stimme ich nicht überein. Ich verstehe nicht, warum man als Linker verurteilen soll, wenn ein tschetschenischer "Außenminister" von US-Diplomaten empfangen wird. Können solche internationalen Kontakte nicht dazu beitragen, das inhumane Vorgehen Russlands in Tschetschenien zu bremsen? Der Kommentator tut fast so, als ob US-Truppen schon in Tschetschenien einmarschiert sind. Außerdem: Ist es nicht das gute Recht von Georgien und Aserbaidschan, Pipeline-Verträge mit anderen Staaten abzuschließen? Hat Russland irgendein Recht da mitzureden? Nein! Die Sowjetunion hat sich 1991 aufgelöst! Etwas anderes ist es, dass die USA die Schwächen, Dummheiten und Fehler der russischen Politik gnadenlos für sich ausnutzen. Nur das sollten Linke anprangern, sich aber nicht zum Anwalt der russischen Politik machen. An der ist wenig Verteidigenswertes.

Gruß Ulli

40. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak436/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:41

Das Buch zum Castor

In dem 134 Seiten starken Paperback "ahaus - das buch zum castor" wird der Widerstand gegen das atomare Zwischenlager in der katholischen, überwiegend landwirtschaftlichen Region westlich der Uni-Stadt Münster dargestellt. Welche materielle Gewalt die Atomwirtschaft in die Kommunalpolitik bringen kann, um Entscheidungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen, zeigt Hartmut Liebermann, Sprecher der BI "Kein Atommüll nach Ahaus". Horst Blume schildert, wie der Atommüll aus dem 1989 stillgelegten Reaktor Hamm in über 50 Castortransporten eingelagert wurde - zunächst ohne großen Widerstand, bis im März 1998 die ersten Castoren aus laufenden AKWs mit über 20.000 PolizistInnen als Begleitschutz nach Ahaus durchgeknüppelt wurden. Die bundesweite Bedeutung des Zwischenlagers Ahaus wird in einem Beitrag zur Entsorgungspolitik (Markus Pettrup und Andreas Speck) herausgearbeitet. Dass die Region nicht nur mit der Entsorgung des Atommülls zu tun hat, sondern mit einer Urananreicherungsanlage in Gronau auch für die Herstellung frischen Brennstoffes zuständig ist, arbeitet Udo Buchholz heraus. Eine schöne Chronologie des bundesweiten Anti-AKW-Widerstandes liefert Markus Beinhauer. Zusätzlich werden konkrete Beispiele einer Energiewendepolitik aufgegriffen (Ursula Sladek vom "Störfall Schönau", Martin Heintze über ein selbstverwaltetes Wohnprojekt). Den Beitrag von Traute Krisch, die den Atomausstieg als ein rechtspolitisches Problem angeht, hätten die Herausgeber getrost weglassen sollen. Die Seiten hätte man lieber dem Zwischenlager im ostdeutschen Greifswald widmen sollen - einem Standort, den die Herausgeber in der Vorbemerkung leider vollkommen übersehen. Dass das gerade in einem Buch geschieht, welches den oftmals übersehenen Standort Ahaus abhandelt, ist schon eine echte Panne! Aber Schwamm drüber.

Thomas Oelschläger, Kerstin Enning, Bernd Drücke (Hg.): ahaus, das buch zum castor; Verlag Klemm & Oelschläger, Ulm 1999, ISBN 3-932577-16-7; 134 Seiten, 29,80 DM

Neue Rechte zwischen Schmitt und Smith

Um personelle und inhaltliche Kontinuitäten an den Hochschulen vom NS-Staat bis in die Bundesrepublik, die Entwicklung akademischer (Un-)Kultur und den neoliberalen "Umbau" der Hochschulen geht es in dem von Christoph Butterwegge und Gudrun Hentges herausgegebenen Sammelband "Alte und Neue Rechte an den Hochschulen". Dass der antiliberale Carl Schmitt und der wirtschaftsliberale Adam Smith sehr wohl eine Symbiose eingehen können, zeigen Dieter Plehwe und Bernhard Walpen am Beispiel marktradikaler Think-Tanks der neuen Rechten wie der 1947 gegründeten Mont-Pélerin-Society (M.P.S.). Kaum einer aus dem illustren Kreis würde sich in die Alt- oder Neonazi-Ecke stellen lassen. Doch das Apartheid-Regime Südafrikas zählte ebenso zu ihren Freunden wie die Pinochet-Diktatur in Chile. Das prominente M.P.S.-Mitglied Milton Friedmann fungierte jahrelang als Wirtschaftsberater für das Pinochet-Regime und etablierte unter der Militärjunta den Prototyp einer neoliberalen Wirtschaftsdiktatur, von der selbst Thatcher und Reagan nur träumen konnten. Während die Autoren des ersten Kapitels mit dem Schwerpunkt Wirtschaftsliberalismus und Neue Rechte Neuland betreten, behandeln die übrigen Aufsätze Themen, die in der antifaschistischen Debatte schon lange eine Rolle gespielt haben. Gerhard Schäfer porträtiert den Historiker Karlheinz Weißmann, der eine Scharnierfunktion zwischen Konservativen und Rechtsextremen ausfüllt. Sehr informativ ist die Untersuchung von Diana Auth und Alexandra Kurth über die Rolle der Männerbünde (u.a. Burschenschaften) an den Universitäten. Der Wiener Publizist Karl Pfeiffer zeigt im Kapitel "Nazi-Töne eines Hochschullehrers", wie tief die wirtschaftsliberale FPÖ noch immer im braunen Sumpf steckt. Enttäuschend ist der Aufsatz des Jenaer Professors Ludwig Elm über die nazistische Kontinuität westdeutscher Universitäten. Über den DDR-Forschungsstand von 1980 kommt der Aufsatz nicht hinaus. Leider fehlt ein Kapitel über ehemalige Apo-AktivistInnen wie Bernd Rabehl, die sich der Neuen Rechten angenähert haben.

Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hg.): Alte und Neue Rechte an den Hochschulen; Agenda Verlag, Münster, 1999; 240 Seiten, 36 DM

Deutsche Flüchtlinge in der Türkei

In einem gut ausgestatteten Bildband "Haymatlos - Exil in der Türkei 1933-1945", der zu einer gleichnamigen Ausstellung in der Berliner Akademie der Künste erschienen ist, erinnert der Verein Aktives Museum an die zahlreichen Flüchtlinge vor allem aus Deutschland, die in den Jahren des Nationalsozialismus in der Türkei Aufnahme fanden. "Haymatlos" stempelten die türkischen Behörden denjenigen deutschsprachigen Flüchtlingen in ihre türkischen Fremdenpässe, die von den Nazis ausgebürgert wurden. So ist das Wort "haymatlos" als Lehnwort in die türkische Sprache eingegangen. Aber die Immigranten haben auch andere Spuren in der Türkei hinterlassen. Vor allem Wissenschaftler, Politiker und Künstler kamen seit 1933 auf Einladung der türkischen Regierung in das Land, um bei der Modernisierung von Kultur und Gesellschaft der türkischen Republik mitzuwirken. Insgesamt waren dort nach 1933 etwa 800 deutsche Experten tätig. Die Autoren haben vor allem die Biografien von Prominenten nachgezeichnet. Daneben wird aber auch das Exil von Menschen geschildert, die bisher weitgehend unbekannt waren. Trotz einer gewissen wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland (1938 kamen 47% der türkischen Importe aus Deutschland, 42% der Exporte gingen dorthin) hat sich die türkische Regierung den deutschsprachigen Flüchtlingen gegenüber in der Regel großzügig verhalten. Während des Krieges allerdings wurde die Lage für die damals etwa 2.000 deutschen Flüchtlinge in der Türkei schwieriger. 1940, nach der Ausweitung des Zweiten Weltkrieges, wurden Ausländer aus dem türkischen Staatsdienst entlassen. Schon vorher war die Einwanderung vor allem jüdischer Flüchtlinge erschwert worden. Reichsdeutsche brauchten seit 1938 einen Ariernachweis, ab 1939 wurde Staatenlosen die Einreise verwehrt, seit 1943 wurden staatenlose Immigranten ohne Arbeit ausgewiesen. Zu einer Katastrophe kam es 1942, als das Schiff "Struma" mit 769 visalosen Flüchtlingen unterging, nachdem die Türkei ihm sowohl Landung als auch Durchfahrt verweigert hatte. Im August 1944 brach die türkische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab; die deutschen Immigranten wurden aufgefordert, umgehend in ihre Heimat zurückzukehren. Fast 700 Deutsche reisten aus, mehr als 600 wurden in Anatolien interniert. Nach Kriegsende wurde den Flüchtlingen die Rückkehr durch die Alliierten erschwert, viele blieben noch bis 1949 in der Türkei. Dass sie vielfältige Spuren in dem Land hinterlassen haben, versuchen die Autoren ebenfalls nachzuzeichnen.

Haymatloz - Exil in der Türkei 1933-1945. Begleitband zu einer Ausstellung des Vereins Aktives Museum. Das Buch ist unter Telefon und Fax 030-281 51 98 zu bestellen und kostet 38 DM plus Versandkosten

So oder so:

Genossen, so nicht!

In der aktuellen Ausgabe von So oder So. Zeitung der Kampagne Libertad! Für internationale Zusammenarbeit und Solidarität für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit gibt es wieder zahlreiche Berichte über die staatliche Repression in den verschiedensten Ländern und Regionen der Welt (USA, Peru, Italien, Baskenland, Türkei und die BRD). Neben einem kritischen (Diskussions-)Beitrag zu den RZ-Verhaftungen, findet sich auch eine interessante Reportage aus Kolumbien. An einem Punkt muss allerdings Widerspruch angemeldet werden. Ein Artikel widmet sich dem Leben von Sigurd Debus, der 1981 im Hungerstreik starb. Debus schloss sich Anfang der 70er Jahre in Hamburg dem bewaffneten Kampf an, nachdem er zuvor in ML-Zirkeln politisch gearbeitet hatte. Hinsichtlich einer 1.-Mai-Demonstration 1972 in Hamburg wird in dem Artikel behauptet, Ordner des Kommunistischen Bundes (KB) hätten "die Demo vor dem Knast ... angegriffen". Wie intensive Recherchen in einer von äußerster - selbst von der Konrad-Adenauer-Stiftung attestierten - Seriösität geprägten Zeitung ergeben haben, ist diese Darstellung unhaltbar. Zum konkreten Umfeld der 1.-Mai-Demonstrationen in Hamburg heißt es dort präzise: "So gab es in Hamburg 2 Demonstrationen, genau genommen sogar 5." Und weiter: "In einer fünften ‚Mai-Demonstration` - sozusagen die größte Kuriosität, die Hamburg am 1. Mai anzubieten hatte - zogen 30 Demonstranten anarchistischer und anderer Gruppen zum Hamburger Untersuchungsgefängnis." Von Auseinandersetzungen berichtete der Arbeiterkampf in seiner Juni-Ausgabe des Jahres 1972 nichts! So weit zur "offiziellen Geschichte".

Bestellung bei: Libertad!-Redaktion so oder so, Falkstr. 74, 60487 Frankfurt/Main, eMail: so-oder-so@libertad.de/zeitung@libertad.de. Die Zeitung ist kostenlos.

Broschüre Rabehl und Rechtsrock

Bei der Vorstellung der Broschüre in ak 434 wurde eine falsche Bestell-Adresse angegeben. Die richtige Adresse lautet:

Hochschul-Antifa, c/o Bürogemeinschaft, Kaiser-Wilhelm-Ring 11, 55118 Mainz

41. Solidarität ist die Parole der Stunde!

... und Solidarität kostet: 60.000 DM für ak!

CD-Datei: daten/aksuche/ak436/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:50

Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. An die 47.000 Mark hat unsere diesjährige Spendenkampagne bislang eingebracht. Nach einem fulminanten Start - innerhalb von zwei Monaten war die Hälfte der von uns benötigten 60.000 Mark eingegangen - sind seitdem die Eingänge auf dem Spendenkonto unseres neuen Herausgebers leider spärlicher ausgefallen. Wir wissen, mit 60.000 Mark haben wir uns viel vorgenommen. Leider zwingt uns die finanzielle Situation dazu. Eine Zeitung wie ak ist in der momentanen politischen Situation und als politisches Projekt unter kapitalistischen Bedingungen einfach nicht Kosten deckend zu machen.

Wir sind aber der Meinung, dass die Linke in diesem Land eine Zeitung wie ak braucht - und wir haben den Eindruck, dass sie so eine Zeitung auch will! Die von uns in Gang gebrachten Neuerungen in der Zeitung - klarere politische Schwerpunktsetzung, neues Layout, erhöhte Lesefreundlichkeit - scheinen sich auszuzahlen. Im Zusammenhang mit unseren verstärkten Bemühungen, ak bekannter zu machen, ist jedenfalls ein erhöhtes Interesse an ak zu verspüren. Auch erste Erfolge sind zu verzeichnen: Die Zahl der Abos ist spürbar nach oben gegangen. Wir hoffen, dass sich diese Entwicklung fortsetzt.

Um aber auf dem eingeschlagenen Weg weiter zu machen, ist es nötig, dass wir das Spendenziel erreichen. Der erfreuliche Trend bei den Abos schlägt leider nicht kurzfristig auf unsere Finanzen durch. Wir danken allen Spenderinnen und Spendern, die bis jetzt dazu beigetragen haben, dass ak auch noch in Zukunft in die politischen Debatten in diesem Land eingreifen kann. Trotzdem kommen wir nicht umhin, an Euch zu appellieren, an Euren Anstrengungen festzuhalten, das Weitererscheinen von ak zu sichern. Die Zielmarke ist immer noch 60.000 Mark. Wie Ihr bereits wisst, sind Spenden an den Herausgeber von ak steuerabzugsfähig. Nutzt den beiliegenden Überweisungsträger - das ist einfach und sicher!

ak-Redaktion

Spenden-Konto:

E. Seidel, Konto Nr.: 116 838 203

BLZ: 200 100 20,

Postbank Hamburg

Verwendungszweck:

Spende für Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik

Summe bis 03.02.00 40.997,00

I.B., Hamburg 600,00

M.H., Berlin 900,00

G.W., Hamburg 300,00

K.B., Hannover 30,00

B.-I.H., Berlin 50,00

U.S., Berlin 300,00

T.H., Marbach 50,00

R.H., Berlin 106,00

A.N., Köln 100,00

T.W., Hamburg 100,00

D.H.B., xy 100,00

M.G., Berlin 100,00

D.+N.P., Saarbrücken 150,00

T.S.+B., Frankfurt 100,00

A.B., Berlin 10,00

F.-P.K., Münster 200,00

S.Sp., Berlin 100,00

W.L., Hamburg 45,00

P.P.K., Berlin 30,00

C.Sch., Detmold 120,00

W.R.+B., Sch.-K., xy 500,00

J.N., Hamburg 1.000,00

B.L., xy 200,00

r.u.l.a., Frankfurt/Main 200,00

Summe bis 09.03.00 5.391,00

Summe gesamt 46.388,00

42. Anleitung im ArbeiterInnenkampf

CD-Datei: daten/aksuche/ak436/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:51

Der Untertitel dieser Zeitung heißt: Zeitung für linke Debatte und Praxis. Wie immer wollen wir Euch an dieser Stelle zu einer etwas anders verstandenen "Praxis" auffordern. Werdet aktiv, bei der Verbreitung von ak - analyse und kritik! Überzeugt Eure Freundinnen und Freunde, Eure Kolleginnen und Kollegen, Eure Genossinnen und Genossen von der Qualität dieser Zeitung. Macht ihnen klar, dass ak nicht ein Luxus ist, dass die Zeitung nicht umsonst zu haben ist. Als besondere und eigenständige Stimme in der Linken wird sie von vielen geschätzt. Damit diese Stimme auch weiterhin hörbar bleibt, sorgt mit uns dafür, dass sie ihren Wirkungskreis vergrößern kann.

- Bestellt die Werbe-Postkarte und verteilt sie in Eurem Umfeld, in Kneipen, linken Zentren oder an anderen Orten in Eurer Stadt!

- Wenn Ihr Veranstaltungen macht, überlegt Euch, ob ihr dabei ak's verkaufen oder Probeexemplare auslegen wollt!

- Verkauft ak in Eurer Stadt. Als WiederverkäuferInnen erhaltet Ihr 30 Prozent Rabatt auf den Einzelverkaufspreis.

- Wenn Ihr eine neue Verkaufstelle für die Zeitung wisst, sagt uns das. Für die Vermittlung bekommt Ihr eine akArchiv.-CD-ROM.

- Eine CD gibt es auch, wenn Ihr für uns einen neue/n AbonnentIn gewinnt.

43. Was will Putin?

CD-Datei: daten/aksuche/ak436/putin.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:436:putin

Wenn am 26. März Russlands BürgerInnen zur Wahl schreiten, wird am Ende der neue der alte Präsident sein: Wladimir Putin. Das aber ist auch so ziemlich das Einzige, was nach den Wahlen über Russlands politische und ökonomische Zukunft klar sein dürfte. Aber wohin steuert Putin das Land? Und was will die Opposition? Kai Ehlers versucht einen Überblick, wer wohin mit Russland will. Seite 12

Mit den liberalen Intellektuellen in Russland rechnet Boris Kagarlitzki ab. Der Moskauer Theaterwissenschaftler und Marxist wirft ihnen die Unterstützung des Autoritarismus im nach-sowjetischen Russland vor. Als Demokraten könnten diese "Liberalen" nicht gelten: Denn sie haben die Rechts- und Verfassungsbrüche in der Jelzin-Ära ebenso gebilligt wie den Krieg in Tschetschenien. Seite 11